

PAPERS

**LATEINAMERIKAS LINKE
IN DER DISKUSSION**

**STRATEGISCHE ÜBERLEGUNGEN UND
TRANSFORMATORISCHE ANSÄTZE**

**ANALYSEN VON JOACHIM WAHL UND
HELMA CHRENKO, AUGUST 2011**

Lateinamerikas Linke in der Diskussion – strategische Überlegungen und transformatorische Ansätze

Analysen von Joachim Wahl und Helma Chrenko
August 2011

Inhaltsverzeichnis

JOACHIM WAHL:

DIE TRANSFORMATIONSDISKUSSION DER LINKEN IN LATEINAMERIKA AN HAND AUSGEWÄHLTER PERSONEN UND MIT DEM SCHWERPUNKT BRASILIEN4

Eine Vorbemerkung4

Quellen und Grundlagen transformatorischen Denkens in Lateinamerika – historische Wurzeln5

1. *Historische revolutionäre Traditionen 6*
2. *Einfluss linken humanistischen Denkens und des Marxismus 6*
3. *Die lateinamerikanische Linke, Che Guevara und Kuba heute 7*
4. *Entstehung der „Theorie der Entwicklung“ – der Desarrollismus - die Cepalisten 8*
5. *Kommunitäre Gemeinschaften und die Entwicklung der partizipativen Demokratie auf lokaler, regionaler Ebene als Form des Widerstandes 9*
6. *Theologie der Befreiung 10*
7. *Rolle des Forum von Sao Paulo (FSP) und des Weltsozialforums (WSF) 10*

Der „bolivarische Prozess“ in Venezuela11

1. *Überwindung des Neoliberalismus und der Folgen der sozialen und wirtschaftlichen Krise 11*
2. *Vertiefung des „bolivarischen Prozesses“ und Hinwendung zu einem post-kapitalistischen Modell 12*
3. *Der bolivarische Prozess (Chavismus) und die Linke 13*
4. *Der Transformationsprozess in Bolivien 19*
5. *Die Bürgerrevolution in Ecuador („la Revolución Ciudadana“) 23*
6. *Die Transformationsdebatte in Brasilien – Neo-Desarrollismus, Reform oder Revolution? 28*

Einige (auch polemische) Nachbemerkungen49

Die Transformation der Gesellschaft 51

HELMA CHRENKO UND JOACHIM WAHL:

DIE TRANSFORMATIONSPROZESSE IN LATEINAMERIKA UND IHRE KRITIKER53

- Hat es reale Veränderungen in den Gesellschaften gegeben oder ist alles beim Alten? 54*
- Die Rolle des Staates und Fragen der Macht 55*
- Der Charakter, die Wege und die Ziele der Transformation 56*
- Die Debatte um das Entwicklungsmodell 57*
- Regierungen, Parteien und soziale Bewegungen heute 60*
- Die regionale Integration und die internationalen Wirkungen der Veränderungsprozesse 61*

Die Transformationsdiskussion der Linken in Lateinamerika an Hand ausgewählter Personen und mit dem Schwerpunkt Brasilien

Eine Vorbemerkung

Ist die Euphorie der ersten Jahre des XXI. Jahrhunderts über die Erfolge der Linken in Lateinamerika verebbt oder haben in der Transformationsdiskussion der Linken realistischere Positionen Raum gewonnen? Dieser Fragestellung wird in der vorliegenden Arbeit nachgegangen und aus lateinamerikanischer Sicht untersucht.

Zeitbezogen und aktuell wurde vom Büro der RLS in Ecuador im Juni 2010 und zu seiner Eröffnung ein Seminar zum Thema „Demokratie, Partizipation, Sozialismus – Bolivien Ecuador, Venezuela“ durchgeführt.¹

Einige der in den Debatten geäußerten Gedanken sind es wert, als Ausgangspunkte für die vorliegenden Erörterungen genommen zu werden. Sie resümieren in bestimmter Weise einige der zu untersuchenden Probleme.

Der Ausgangspunkt der Übergangsprozesse in den Ländern mit Mitte-links Regierungen ist der übernommene Staat. Aufgabe ist es, – so während des Seminars festgestellt - den „ererbten“ Staat zu transformieren und einen neuen Staat, einen Staat „von unten“ zu schaffen.

Voraussetzung dafür ist für die Linke die Analyse des Kräfteverhältnisses im und außerhalb jedes Landes. Zu fragen ist, wie die Existenz von Mitte-links Regierungen dazu beigetragen hat, dieses Kräfteverhältnis zu ändern. Jedoch kann von den neuen Regierungen nicht verlangt werden, was im Sinne des konkreten Kräfteverhältnisses im Moment nicht realisierbar ist. „Die Kunst der Politik ist in der Zukunft die Kunst des Möglichen. Das, was gegenwärtig als unmöglich erscheint, nicht aus Voluntarismus zu tun, sondern dass wir – nach Gramsci - die Aufgabe haben, das Kräfteverhältnis zu ändern, unsere Kräfte zu stärken und sie zu erweitern und zukünftig in der Lage sind, das, was heute unmöglich ist, möglich zu machen.“²

Als problematisch und als ungelöst wird das Verhältnis zwischen Regierungen und sozialen Bewegungen eingeschätzt. Befürchtet wird eine Schwächung sozialer Bewegungen. Kritisch werden solche Regierungen beurteilt, die es nicht verstehen, eine konstruktive Beziehung zu den sozialen Bewegungen herzustellen. „Groß ist das Risiko für die Übergangsprozesse durch wenig kooperative Regierungen, die nicht versuchen, Beziehungen und Allianzen mit jenen Bewegungen herzustellen, die es ermöglichen, geschichtliche Fortschritte zu machen.“³

Aufgeworfen wurde die Beziehung zwischen dem praktizierten Neo-Extraktivismus und dem Prinzip *sumak kawsay* oder *suma qamaña*⁴. Einige Aussagen zum Thema bezogen sich kritisch auf die Politik einiger Mitte-links Regierungen. Boaventura scheint diese Kritiken zu relativieren, wenn er feststellt, dass „Wir haben es mit einer zivilisatorischen Debatte zu tun und alle solche Debatten Jahrzehnte andauern. Wir rechnen mit der Zeitskala des Menschen, die nicht der sozialen und historischen Zeitskala entspricht. Es gibt eine große Anzahl von Übergangsprozessen, die länger dauern, als wir uns vorstellen können.“⁵

¹ Im Oktober 2010 erschien dazu unter dem gleichen Titel eine Broschüre in Spanisch, die auch auf der Website des Büros der RLS in Quito einzusehen ist.

² Marta Harnecker, in oben bezeichneter Broschüre, S. 190

³ Alberto Acosta, in der oben bezeichneten Broschüre, S. 181

⁴ Sumak kawsay (Quechua-Sprache), suma qamana (Aymara) = vivir bien (gut leben) und bedeutet Gleichheit der Mitglieder der Gesellschaft und leben in Übereinstimmung mit den natürlichen Bedingungen.

⁵ Boaventura de Sousa Santos, in oben bezeichneter Broschüre, S. 196

Der gegenwärtige Moment wird als Kreuzweg in der Entwicklung Lateinamerikas bezeichnet. Die Veränderungen, die erreicht wurden, können nicht hoch genug eingeschätzt werden. „Dieser Moment wäre undenkbar ohne die historische Erfahrung der Kämpfe der Völker Lateinamerikas, die auf die Transformation der Welt abzielen.“⁶ Dieser Kampf ist plural, von Land zu Land verschieden und bestimmt von den Besonderheiten jedes Landes.

Interessant sind auch Bezüge einzelner Teilnehmer auf die Losung des „Sozialismus des XXI. Jahrhunderts“, die inhaltlich nicht unkritisch aufgenommen wird. „Beim Nachdenken über Sozialismus können seine Wurzeln, seine Kämpfe nicht negiert werden, vor allem seine großen Ziele, eine gerechte Gesellschaft aufzubauen, eine Gesellschaft des Friedens und des Wohlstandes für alle Menschen. Wie schmerzhaft auch einige Erfahrungen des real existierenden Sozialismus sind, können wir in keinem Moment sein schweres und komplexes Erbe negieren, das gleichzeitig auch hoffnungsvoll war.“⁷ Mit dieser Feststellung geht die Schlussfolgerung einher, dass es in den Transformationsprozessen in Lateinamerika kein einheitliches, einziges Modell geben kann und aufkommender Autoritarismus und Voluntarismus zutiefst schädlich sind.

Das Spektrum der aufgezeigten Probleme verdeutlicht, dass die in Lateinamerika eingeleiteten Prozesse in der Debatte der sich sehr differenziert entwickelnden Linken⁸ eine große Rolle spielen. In dieser Debatte werden konkrete Ausgangspunkte sowie historische und soziale Besonderheiten in gleicher Weise wie auch unterschiedliche Betrachtungsweisen einzelner Strömungen, Organisationen, Parteien und Bewegungen reflektiert. So breit wie das Spektrum linker Kräfte so breit gefächert ist eben auch die Beurteilung der Veränderungen in Lateinamerika und der konkreten Veränderungspraxis, auch unter der Voraussetzung, dass Gemeinsamkeiten verzeichnet werden und daraus die Stärke oder Schwäche transformatorischer Prozesse abgeleitet wird. Boaventura sagt dazu: „Was ich unter «Linke» und unter «schwierigem Problem» verstehe. Linke heißt die Gesamtheit

der Transformationstheorien und -praktiken, die sich im Lauf der letzten fünfzig Jahre der Ausbreitung des Kapitalismus und der von ihm hervorgebrachten wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Beziehungen widersetzt haben. Theorien und Praktiken, die in der Überzeugung geschaffen wurden, dass eine postkapitalistische Zukunft, eine alternative Zukunft möglich und gerechter ist, weil sie sich auf die Befriedigung der wahren Bedürfnisse der Völker ausrichtet und freier ist, weil sie sich auf die Umsetzung der Bedingungen für eine tatsächliche Ausübung der Freiheit konzentriert. Diese alternative Gesellschaft wurde allgemein Sozialismus genannt.“⁹

In dieser Ausarbeitung wird deshalb der Frage nachgegangen, welche Theorien und Praktiken von Transformationsprozessen sich in Lateinamerika mit Schwerpunkt auf bestimmte „Schulen“ und insbesondere Brasilien entwickelt haben, ohne dabei Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

Quellen und Grundlagen transformatorischen Denkens in Lateinamerika – historische Wurzeln

Ausgelöst durch die Entwicklungen in Lateinamerika im letzten Jahrzehnt des XX. und im ersten Jahrzehnt des XXI. Jahrhunderts, hat die Debatte um Transformationsprozesse in den Ländern Lateinamerikas unter den Linken an Intensität zugenommen und in den Gesellschaften, in linken Parteien und sozialen Bewegungen intensives Nachdenken ausgelöst. Übereinstimmend und über alle Unterschiede der Auffassungen hinweg wird festgestellt, dass die politische und soziale Praxis theoretischen Vorstellungen der politischen und sozialen Wissenschaften ein Stück voraus ist.

In der Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus kam es zu einem von unten kommenden, von breiten Volksschichten getragenen Widerstandes, der sich zu einem komplexen und intensiven Prozess entwickelte. Das jetzige Bild Lateinamerikas wird geprägt vom Kampf unterschiedlichster

⁶ Alberto Acosta, in oben bezeichneter Broschüre, S. 181

⁷ Alberto Acosta, in oben bezeichneter Broschüre, S. 182

⁸ „Die Europäische Union und die lateinamerikanische Linke, Autoren Helma Chrenko, Achim Wahl, Papers RLS, Februar 2010

⁹ Boaventura „Warum ist Kuba für die Linke zu einem schwierigen Problem geworden?“, RLS, Standpunkte international, 30/2010

Akteure, ist Produkt des Kampfes politischer Parteien und sozialer Bewegungen, die sich in vielfältiger Form als neue Akteure in der Auseinandersetzung mit den Folgen neoliberaler Politik formierten. Ohne den Widerstand und die Mobilisierung sozialer Bewegungen gegen neoliberale Politik wären diese Entwicklung und das Entstehen linker und Mitte-linker Regierungen in ihrer gegenwärtigen Vielfalt nicht möglich gewesen.

Für die aktuelle Transformationsdebatte ist eine historische Sicht auf die Entwicklung linken Denkens und möglicher Alternativen eine Voraussetzung, um die Politik der Mitte-links Regierungen einordnen zu können.

Die Entwicklung des Kontinents wurde geprägt durch seine koloniale Abhängigkeit und Beherrschung durch europäische Mächte bis hin zur Dominanz der USA nach Beendigung des zweiten Weltkrieges. Die Ausbeutung des Kontinents ermöglichte den Kolonialmächten Spanien und Portugal die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals. Die Verdrängung dieser europäischen Länder durch England verstärkte die wirtschaftliche Abhängigkeit und verhinderte die Ausprägung eines unabhängigen Kapitalismus. Der Kontinent wurde gekennzeichnet durch Unterentwicklung, die nach Francisco de Oliveira als „historische Singularität betrachtet wurde, als Form der kapitalistischen Entwicklung in den Ex-Kolonien, und deren historische Funktion darin bestand, zur Akkumulation des Kapitals im Zentrum beizutragen. Diese Beziehung blieb trotz intensiver Transformationen erhalten und verhinderte, dass eine Evolution in ein höheres Stadium der Kapitalakkumulation erfolgte.“¹⁰

Im Vergleich zu den zentralen Industrieländern verblieb Lateinamerika in peripherer Entwicklung und in direkter Abhängigkeit als Rohstofflieferant und abhängig vom Import vor allem industrieller Produkte. Die lokalen Eliten ordneten sich meist willenlos den dominierenden Mächten unter, d.h. sie entwickelten keine eigenen Vorstellungen und Strategien für ihre Länder.

Emanzipatorische Vorstellungen und Gedanken entstanden als Folge des Einflusses revolutionärer Entwicklungen in Europa, der Oktoberrevolution 1917 in Russland, in China und des Kampfes der Völker Lateinamerikas in Ländern wie Bolivien 1952, Guatemala 1954, Brasilien in den dreißiger Jahren.

1. Historische revolutionäre Traditionen

Die Völker Lateinamerikas blicken auf eine revolutionäre Vergangenheit zurück, als sie sich im 19. Jahrhundert gegen die Kolonialmächte Spanien und Portugal erhoben und ihre politische Unabhängigkeit erkämpften. Namen wie José Martí, Sandino, Simon Bolívar, Simon Rodríguez, Ezequiel Zamora u.a. waren die Führer des Freiheitskampfes, die im historischen Gedächtnis der Völker Lateinamerikas ihren festen Platz haben. Befreiungsbewegungen kämpften mit den Namen ihrer Nationalhelden gegen ausländische Invasionen, gegen koloniale Unterdrückung und ausländische Bevormundung. Unter dem Namen José Martí siegte 1959 die kubanische Revolution. Die Frente Sandinista in Nikaragua führte ihren Kampf gegen die ausländische Vorherrschaft. Der Prozess der Umgestaltungen in Venezuela wird im Namen Simón Bolívars geführt. Im Rahmen der ALBA schwebt ihren Protagonisten ein freies und sozial gerechtes, vereintes Lateinamerika vor. Parteien und soziale Bewegungen beziehen sich in ihrer Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus und ihres Strebens nach sozialer Gleichheit und Unabhängigkeit auf die revolutionären Traditionen ihrer Vergangenheit.

2. Einfluss linken humanistischen Denkens und des Marxismus

Die 20-er und 30-er Jahre des XX. Jahrhunderts, beeinflusst durch die Oktoberrevolution in Russland, waren eine Periode revolutionärer Ereignisse, gekennzeichnet durch Aufstände in Nikaragua, El Salvador und Brasilien. In Erscheinung traten marxistische Denker und Politiker wie José Carlos Mariátegui (Peru), Julio Antonio Mella (Kuba), Luis Emilio Recabarren (Chile), Caio Prado Jr. (Brasilien), Florestan Fernandes (Brasilien) u.a. Obwohl in den sich gründenden kommunistischen Parteien die Vorgaben der III. Kommunistischen Internationale und der Einfluss des Stalinismus dominierend waren, entwickelten Mariátegui u.a. die Idee des „Sozialismus à

¹⁰ Francisco de Oliveira: „O Ornitorrinco“, Verlag „Boitempo“, Sao Paulo, 2003, Seite 4

criollo“, d.h. der Transformation der Gesellschaft auf der Basis konkreter lateinamerikanischer Bedingungen. Eine seiner Thesen war, dass „unser Sozialismus weder ein Abklatsch noch eine Kopie ist, er wird eine heroische Tat unserer Völker sein.“¹¹ Deshalb geht ein wesentlicher Teil der Linken davon aus, dass antiimperialistischer Kampf in Lateinamerika, will er konsequent sein, mit sozialistischer Perspektive geführt werden muss. Mariátegui u.a. bewerteten erstmalig im marxistischen Denken die Rolle und Position der lateinamerikanischen Bauernschaft, die von der eurozentristisch dominierten Linken nicht beachtet wurde. Betrachtet wurde sie als ausgebeutete soziale Klasse, die für eine Landreform kämpft, aber als ethnisch-kultureller Faktor (Sprache, Gewohnheiten, Religiosität, Kultur der indigenen bäurischen Bevölkerung etc.) faktisch vergessen wurde. Unterschätzt wurden ihre Widerstandsfähigkeit und ihr emanzipatorisches Potential im Kampf gegen wirtschaftliche und kulturelle Unterdrückung.

Lange Jahre wurde die Bedeutung des Kampfes der indigenen Bauern um Land und vor allem auch um Territorium nicht wahrgenommen.

Lateinamerikanisch orientierte Marxisten leisteten ihren bedeutenden Anteil an der Entwicklung emanzipatorischer Vorstellungen und legten eine wesentliche Grundlage für aktuelles marxistisches Denken, so dass nach Atilio Borón „ohne Übertreibung gesagt werden kann: Die Welt heute ist sehr viel mehr marxistischer (‘Marxista’) als zu Lebzeiten Marx“¹².

Für die gegenwärtige Transformationsdiskussion erscheinen bes. folgende Fragen, aufbauend auf Erkenntnissen aus dem XX. Jahrhunderts, wichtig:

- Ausgehend von der Spezifik der Entwicklung jedes Landes kann und wird es kein Einheitsmodell bei der Transformation der Gesellschaft geben.
- Die Transformation wird als langfristiger Prozess angesehen, der verschiedene Etappen durchläuft und einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen wird.
- Die Subjekte dieses Prozesses „sind fähig auf der Basis der Analyse der sozialen und politischen Dynamik eine Strategie auszuarbeiten, die es erlaubt, breite soziale und politische Sektoren in die Auseinandersetzung mit der neoliberalen Globalisierung nicht nur auf nationaler Ebene sondern auch international einzubeziehen.“¹³

3. Die lateinamerikanische Linke, Che Guevara und Kuba heute

Che Guevara ist für die lateinamerikanische Linke nicht nur eine führende Persönlichkeit in der kubanischen Revolution sondern in gleicher Weise Politiker und Theoretiker. (In dieser Zusammenfassung werden nur einige Auffassungen wieder gegeben, die gegenwärtig einen Teil der linken Debatte um Alternativen bestimmen).

In der Debatte wird hervorgehoben, dass nach Guevara eine sozialistische Alternative nicht nur ein Problem der gerechten Verteilung sondern vor allem ein Problem der Entwicklung des Bewusstseins der Menschen und einer anderen Produktionsweise ist. Eindringlich warnte Guevara vor der Gefahr, den sozialistischen Aufbau mit Mitteln des Kapitalismus vollziehen zu wollen. Das bezog er vor allem auf die Rolle des Staates (mit ausdrücklichem Bezug auf die negativen Erfahrungen der Sowjetunion) und der Gefahr der Entstehung einer staatlichen Bürokratie, die nicht vom Volk kontrolliert werden kann.

Bezogen auf Lateinamerika hebt Helio Gallardo¹⁴ - über Guevara reflektierend – hervor: „Der Wandel, der revolutionäre Wandel hat Wurzeln im Volk, beinhaltet Erinnerung an Kämpfe, an Widerstand. Wandel heißt Träume und Utopien einer Transformation. Er stellt Ansprüche. Und er muss aus dem Innersten heraus kommen. Das sagt der Marxismus und mit dem Marxismus Guevara.“ Guevaras Auffassungen werden nicht als Kopie eines Modells angesehen, sondern als schöpferische Aneignung der Geschichte des lateinamerikanischen Marxismus, insbesondere,

¹¹ Zitiert nach Atilio Borón: „Tod oder Wiedererstehung des Marxismus?“, in Rebellion, 26.6.2007

¹² ebenda

¹³ Marta Harnecker: „Neuaufbau der Linken“, 19.6.2006

¹⁴ Prof. Helio Gallardo, Sozialwissenschaftler, Costa Rica, in „Notwendige Selbstachtung“, Seminar zu Ernesto Che Guevara, September 2006, in ALAI, „America Latina en movimiento“

bezogen auf aktuelle Debatten, in der Ablehnung eines Modells der bedenkenlosen Ausbeutung der Natur.

Gleichzeitig erkennt die Linke die Probleme, die Kuba gegenwärtig hat und betrachtet mit kritischer Aufmerksamkeit, dass es Widersprüche zwischen den Auffassungen Guevaras und der Realität Kubas gibt.

Interessant ist deshalb das Urteil eines Vertreters der Theologie der Befreiung Casaldaliga (Brasilien) über Fidel Castro, das die Widersprüchlichkeit der Entwicklung in Kuba und seiner Rolle in Lateinamerika treffend charakterisiert:

„Fidel Castro ist ein großer Staatsmann, ein Vater der Heimat Lateinamerika, aber gleichzeitig autoritär, imperialistisch, der es möglicherweise nicht verstand, Räume zu öffnen, die erforderlich gewesen wären, um Gesundheit, Bildung weiter zu demokratisieren, was ein besseres Zeichen für andere Völker gewesen wäre.“¹⁵

4. Entstehung der „Theorie der Entwicklung“ – der Desarrollismus - die Cepalisten

In den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg wurde Lateinamerika zum Protagonisten einer bedeutenden intellektuellen Bewegung, die ihren Ausgangspunkt in der „Ökonomischen Kommission für Lateinamerika“ (Comisión Económica para América Latina – CEPAL) hatte. Der Argentinier Raul Prebisch, Direktor der CEPAL, entwickelte gemeinsam mit anderen Ökonomen die „Theorie der Entwicklung“ (Teorías del Desarrollo oder Desarrollismo)¹⁶, deren wesentlicher Bestandteil auch als lateinamerikanischer „Strukturalismus“¹⁷ bezeichnet wurde. Ausgehend von einer Kritik der propagierten Effizienz der Märkte zur Sicherung des Wohlstandes, der Güterverteilung und einer Analyse der Situation der lateinamerikanischen Länder und der sozialen Kämpfe, entstand ein politisches Konzept, das auf Überwindung der abhängigen und peripheren Lage und der Unterentwicklung ausgerichtet war. Nach Aldo Ferrer¹⁸ ist der Desarrollismus eine „Gesamtheit von Theorien wirtschaftlicher Entwicklung, die in den 40-er Jahren des XX. Jahrhunderts speziell in Lateinamerika entstand.“¹⁹

Im Zentrum der Überlegungen stand die Dependenztheorie²⁰, die die Beziehungen zwischen der Peripherie und den Industrieländern charakterisiert. In der ungleichen kapitalistischen Entwicklung ist der Peripherie die Rolle als Rohstofflieferant zugeordnet. Demnach verläuft die weltweite Entwicklung nicht harmonisch, sodass es zu keinem Ausgleich von Entwicklungsunterschieden kommt. Hieraus entsteht eine direkte Abhängigkeit (Dependenz) zwischen Zentrum und Peripherie. Diese Abhängigkeit reproduziert beständig neue ungleiche Machtverhältnisse.

Diese Struktur Zentrum – Peripherie als Grundlage der Dominanz könne nach Prebisch nur überwunden werden durch gemeinsame Anstrengungen der Rohstoffexportländer, durch Währungskontrolle und durch die „Substitution der Importe“ auf dem Wege der Industrialisierung der Peripherie. Für Prebisch waren die Ökonomien der peripheren Länder ausgeklammert aus den technologischen Prozessen, litten unter Isolierung ihrer Märkte und des internationalen Handels. Besondere Bedeutung wurde der Rolle des Staates gewidmet.

Wie heute bekannt, beeinflusste die Theorie des Desarrollismus durchaus die Politik und Generationen von Ökonomen. Präsident Joao Goulart (Brasilien) und Salvador Allende (Chile) gestalteten ihre Wirtschaftspolitik im Sinne dieser Theorie und nach der Druckperiode des Neoliberalismus wurde der Desarrollismus ein gewisser Bezugspunkt für die Wirtschafts- und Sozialwissenschaft. Enger Vertrauter von Prebisch und Vertreter des Desarrollismus in Brasilien

¹⁵ Interview in Zeitschrift der NGO „Tierra sin males“, vom 10.1 2007

¹⁶ In weiterer Textfolge wird der Begriff „Desarrollismus“ im Deutschen im Sinne „Theorie der Entwicklung“ verwandt. Im Sprachgebrauch Lateinamerikas ist damit diese Theorie ausreichend bezeichnet.

¹⁷ Der Strukturalismus sieht die Ursache für die Entwicklungsprobleme in der Unterentwicklung der Produktionsstrukturen (Einkommens- und Besitzverhältnissen, Bodenordnung, Handels- und Finanzverflechtungen). Er wird auch als lateinamerikanischer Keynesianismus bezeichnet.

¹⁸ Aldo Ferrer - Koordinator der Orgkommission des Lateinamerikanischen Rates der Sozialwissenschaften – CLACSO - (1965-1967) und Exekutivsekretär der CLACSO (1967-1970).

¹⁹ Interview in Zeitschrift „Critica y Emancipación“, Juli 2010

²⁰ Die Dependenztheorie wurde als Gegenmodell zur vorherrschenden neoklassistischen Wirtschaftstheorie verstanden, da die weltweite Entwicklung nicht zu einem Ausgleich von Entwicklungsunterschieden führt.

war Celso Furtado²¹. Gemeinsam mit Prebisch begründet Furtado seine Theorie, die Aldo Ferrer 2010 in folgender Weise kommentiert: „Diese historische Betrachtung der Transformation, der Wiederkehr des Staates, seiner Rolle in der öffentlichen Politik, der Industrialisierung, - all das war ein großer Beitrag Lateinamerikas.“²² Furtados Bestreben zum Ende des XX. Jahrhunderts war es, eine Alternative zum Neoliberalismus zu erarbeiten. Arturo Guillén²³ weist darauf hin, dass diese Alternative nur im Zusammenhang mit Furtados Verständnis der Unterentwicklung betrachtet werden kann. Furtado sieht die Unterentwicklung nicht als eine Vorstufe der Entwicklung wie sie in Auffassungen dieser Zeit vertreten wurden und „Wachstum mit Entwicklung verwechselten.“ „Für Furtado war Unterentwicklung eine spezifische, strukturelle Bedingung und Ergebnis der Form, wie sich der Kapitalismus als ein aus Zentrum und Peripherie bestehendes Weltsystem historisch entwickelt hatte.“²⁴

Der Desarrollismus spielte im vergangenen XX. Jahrhundert eine positive Rolle im emanzipatorischen Denken und beeinflusste durchaus linke Denkweisen und Auffassungen. Völlig unterbelichtet in dieser Theorie sind allerdings Fragen der Umwelt und der Nachhaltigkeit. Der Desarrollismus ist anthropozentrisch, sodass für ihn die Natur zweitrangig ist und ausgebeutet werden kann.

In Folge der Erdölkrise und der fortschreitenden Einbeziehung des Kontinents in die Weltwirtschaft (Eindringen des Auslandskapitals, fallende Rohstoffpreise, Auslandsschuldenkrise, u.a. 1982 Mexiko) verlor der Desarrollismus an Bedeutung.

Die dritte Periode der Entwicklung in Lateinamerika wird mit der Durchsetzung neoliberaler Politik eingeläutet, die nach dem „verlorenen Jahrzehnt“ tiefgreifende Folgen für die wirtschaftliche und politische Entwicklung Lateinamerikas mit sich bringt.

Mit der einsetzenden Krise des Neoliberalismus wird der Desarrollismus wieder an Bedeutung gewinnen.

5. Kommunitäre Gemeinschaften und die Entwicklung der partizipativen Demokratie auf lokaler, regionaler Ebene als Form des Widerstandes

Der österreichische Sozialist Leo Gabriel beschreibt in einem Beitrag in der spanischen Zeitschrift „Nuestra Bandera“²⁵ die in Lateinamerika entstandene „reale Basisdemokratie, die sich zwischen Gemeinden (comunidades) als Mechanismus der Selbstverteidigung gegen die zunehmende Gewalt der Großgrundbesitzer, der politischen Parteien und Militärs/Paramilitärs herausgebildet hat.“ In den 70-er und 80-er Jahren ist eine Vielzahl von sozialen Bewegungen entstanden, in denen sich Bauern, Arbeiter, Stadtrandbewohner, Flüchtlinge auf regionaler und nationaler Basis zusammengeschlossen haben und die einen direkten Prozess der Emanzipation durchliefen, den man als „Demokratie des Überlebens“²⁶ bezeichnen kann. Solche comunidades entstanden im guatemalteken Hochland, in Mexiko und Costa Rica, Tausende Migranten schlossen sich zusammen (in Guatemala z.B. die aldeas de resistencia – Dörfer der Resistenz), sie bildeten sich in den Bananenplantagen Mittelamerikas und in den Bergwerken Boliviens, Panamas und Kolumbiens. Es entstanden sog. „Syndikate“ und Netzwerke von landlosen Bauern und indigenen Organisationen. Verschiedene Analysten sahen in diesem Phänomen die Geburt einer neuen politisch-demokratischen Struktur. Gabriel unterstreicht aber, dass diese „partizipative Demokratie eine Praxis ist, die aus den verschiedensten kulturellen Kontexten entsteht, ohne ein Modell bzw. gar eine Theorie zu sein.“²⁷

Marta Harnecker untersucht in ihrer Arbeit „Kommunitäre Regierungen“ Transformation des

²¹ Celso Furtado (1920-2004), Klassiker des ökonomischen Denkens in Brasilien, Theoretiker des Desarrollismus.

²² Interview in Zeitschrift „Crítica y Emancuación“, Juli 2010

²³ Arturo Guillén, Professor für Ökonomie an der Universidad Autónoma Metropolitana Iztalapa (UAMI), Mexiko

²⁴ PROKLA, „Soziale Kämpfe in Lateinamerika“, Artikel Guillén: „Die Notwendigkeit einer alternativen Entwicklungsstrategie. Der Ansatz von Celso Furtado“, März 2006, Nr. 142, Seite 96

²⁵ Leo Gabriel: „Den Sozialismus des XXI. Jahrhunderts aufbauen“, in „Nuestra Bandera“, Nr. 223, volume 1, 2010

²⁶ ebenda

²⁷ ebenda

Staates von unten“ („Gobiernos comunitários“ – Transformando el Estado desde abajo“)²⁸ die Rolle der kommunitären Regierungen in Venezuela und kommt zum Schluss, dass sie schon vor den Veränderungen 1989 existierten und eine wichtige Funktion bei der Umgestaltung der Gesellschaft noch bevor die Gemeinderäte („consejos comunales“) entstanden, inne hatten.

Entsprechende Traditionen existieren vor allem auch in Bolivien. Diese bedeutenden Ansätze für die Entwicklung transformatorischer Alternativen nehmen in der gegenwärtigen Diskussion der Linken breiten Raum ein.

6. Theologie der Befreiung

Eine wesentliche Rolle bei der Herausbildung emanzipatorischen Denkens in Lateinamerika kommt der Theologie der Befreiung zu. Sie bildete sich heraus, als katholische Geistliche nach Auswegen aus der sozialen und politischen Situation in Lateinamerika und nach Wegen der sozialen Befreiung und Transformation der Gesellschaft suchten wie u.a. Dom Helder Camara (Brasilien), Gustavo Gutierrez (Peru), Frei Betto und Leonardo Boff (Brasilien), Franz Hinkelammert (Costa Rica) u.a. Es entstand die Theologie der Befreiung, die als Synthese zwischen der Christenlehre und dem Marxismus zu verstehen ist. Ohne die materialistische Grundlage des Marxismus zu akzeptieren, ging es um eine Aneignung des ökonomischen, sozialen und politischen marxistischen Denkens. Ausgerichtet ist die Theologie der Befreiung auf politisch-soziale Fragen, nämlich der Überwindung der Armut, des Hungers und der Ausbeutung. Als praktische Anleitung zum emanzipatorischen Handeln fasste sie in vielen Ländern Lateinamerikas Fuß. In Ländern wie Brasilien, Guatemala, Peru u.a. wurde sie zu einem bedeutenden Faktor der Zivilgesellschaft. Im Schoße der katholischen Kirche bildeten sich pastorale Gemeinschaften heraus, die einen maßgeblichen Anteil an der Formierung und Entstehung von sozialen Bewegungen hatten (MST, Via Campesina, indigene andine Organisationen). In einem Interview sagte Don Pedro Casaldaliga, Bischof von Sao Felix de Araguaia (Brasilien), einer der führenden Köpfe der Theologie der Befreiung: „Die neoliberale Wirtschaft, so wie sie als Globalisierung verwirklicht wird, ist nicht zwingend notwendig. Ihre Überwindung ist die große Zielstellung des XXI. Jahrhunderts. Das wird aber nicht in ein paar Jahren möglich sein.“²⁹

Die Ablehnung des neoliberalen Kapitalismus und die differenzierte Einschätzung der Entwicklungen in Brasilien, Ecuador und in anderen Ländern mit progressiven Regierungen (u.a. Fernando Lugo, Paraguay), ihren Möglichkeiten und gleichzeitig existierenden realen Beschränkungen verweist auf eine realistische und Transformationsvorstellungen fördernde Haltung dieser Kreise der progressiven katholischen Kirche. So sagt Casaldaliga zur Entwicklung in Bolivien: „Evo Morales – das ist der Sieg der indigenen Völker nach 500 Jahren Unterdrückung und Exklusion“³⁰ und charakterisiert damit die mit dieser Entwicklung verbundene Grundtendenz emanzipatorischer Veränderungen in Bolivien.

7. Rolle des Forum von Sao Paulo (FSP) und des Weltsozialforums (WSF)

Aktuelle Bedeutung und Auswirkungen auf transformatorisches Denken müssen zweifellos sowohl dem Forum von Sao Paulo wie besonders auch dem Weltsozialforum zugeschrieben werden. (Auch in diesem Falle wird nur eine kurze Einschätzung vorgenommen.)³¹

Als Zusammenschluss linker Parteien und Organisationen, die sich 1990 zum ersten Treffen in Sao Paulo zusammenfanden, spielt das FSP eine besondere Rolle. Neben politischen Einschätzungen der Situation des Kontinentes erarbeitete das Forum konkrete konzeptionelle Vorstellungen zu einer möglichen Transformation in eine postkapitalistische Gesellschaft, der Integration des Kontinents und des Kampfes gegen die Politik und die Auswirkungen des Neoliberalismus. Wesentlicher Ausgangspunkt ist das Streben nach Einheit in der Vielfalt, sodass

²⁸ Marta Harnecker, „Gobiernos Comunitarios – Transformando el Estado desde abajo“, Colección Testimonios, Edición CIM, El Perro y la Rama, Juni 2007

²⁹ Interview in Zeitschrift der NGO „Tierra sin males“, vom 10.1 2007

³⁰ ebenda

³¹ Siehe zum FSP „Die Europäische Union und die lateinamerikanische Linke“, Chrenko/Wahl, RLS Papers

strategische Zielstellungen einzelner Parteien als Teil einer Transformation auf dem Kontinent angesehen werden. Dabei gilt die Feststellung, dass mit der Existenz progressiver Regierungen in Lateinamerika eine wesentliche Grundlage geschaffen wurde.

Mit der Entstehung des Weltsozialforums 2001 in Porto Alegre wurde ein Raum eröffnet, in dem soziale Bewegungen ihre Erfahrungen in den Auseinandersetzungen mit der Politik des Neoliberalismus und ihrer Auswirkungen austauschen und Alternativen zum real existierenden Kapitalismus erarbeiten können. Das WSF hat sich als geeigneter Ort der Artikulierung unterschiedlicher Herangehensweisen an politisch-soziale Transformation erwiesen, wobei in der Heterogenität der beteiligten Bewegungen die unterschiedlichsten Positionen sichtbar werden. Das WSF eröffnete den Blick auf den Kampf indigener Völker, erklärte seine Unterstützung für die entstandenen progressiven Regierungen in Lateinamerika und gibt auf der Basis seiner Prinzipien (Charta der Prinzipien von Porto Alegre) ein Beispiel für die Entfaltung der partizipativen Demokratie.

Immanuel Wallerstein sieht als wesentliche Aufgabe aller linken Kräfte in der Bewegung des Weltsozialforums "nicht die Beseitigung des Kapitalismus, sondern die Entwicklung eines Nachfolgesystems", d.h. "in der Praxis eine strategische Vision einer anderen Lebensweise zu entwickeln, die die gegenwärtige Gesellschaft überwindet."³²

Nach Wallerstein beginnt somit die Transformation der kapitalistischen Gesellschaft nicht mit deren Beseitigung, sondern im täglichen Kampf um Alternativen und der Eroberung emanzipatorischer Räume.

Der „bolivarische Prozess“ in Venezuela³³

1. Überwindung des Neoliberalismus und der Folgen der sozialen und wirtschaftlichen Krise

Als der Coronel Hugo Chávez 1992 gegen das Regime putschte, war noch nicht abzusehen, in welche Richtung sich das Land entwickeln würde. Ein Markstein war deshalb 1998 die Wahl Hugo Chávez' zum Präsidenten Venezuelas. War aus einem putschenden Militär plötzlich ein friedlicher Präsident geworden? In der Tat ging Chávez politisch vorsichtig zu Werke: Die Auslandsschulden wurden bezahlt. Die Latifundien oder private Unternehmen nicht angetastet. Venezuela erfüllte alle Vertragsverpflichtungen, die es mit dem Ausland hatte. Die USA blieben der größte Handelspartner.

Welche Zielstellung verfolgte Chávez? 49% der Menschen hatten ein monatliches Einkommen unter 230 \$, 80% lebten in Armut. Venezuela war umfassend von Importen abhängig: 70% des internen Konsums wurden importiert.³⁴ Verwirklicht werden sollte ein Plan zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung, in dem Erdöleinnahmen verstärkt für Sozialprogramme eingesetzt werden, d.h. die Verwendung der Gewinne aus den Erdöleinnahmen für die Entwicklung des Gesundheits – und Bildungswesens und den Ausbau der Infrastruktur. Begonnen wurde mit der Umstrukturierung des staatlichen Erdölunternehmens PDVSA³⁵ und der Durchsetzung einer strikten Steuerpolitik, die darauf abzielte, die Hinterziehung von Steuern zu verhindern. Mit der Verbesserung der Finanzlage des Staates war es möglich, verstärkt Sozialprogramme zu finanzieren. In dieser Etappe des Prozesses wurde die Auseinandersetzung vornehmlich mit den Folgen neoliberaler Politik geführt. Es ging um die Überwindung des Erdöl – Renditesystems und die Suche nach einem „humanen Kapitalismus.“

³² Immanuel Wallerstein in "Das Weltsozialforum – zehn Jahre danach." Argenpress, 16.2.2010

³³ Dario Azzellini: „Basisbewegung oder Staat? – Der Transformationsprozess in Venezuela stößt an Grenzen.“ WeltTrends vom Juli/August 2008 (Ausgabe Nr. 61, S. 55-63). Azzellini nennt drei Einflussquellen des „Bolivarismus“: historisch-soziale Strömungen, kollektive aufständische Erfahrungen und Vorstellungen sozialer Befreiung wie Guerillabewegungen, partizipative Erfahrungen etc.

³⁴ Brasil de Fato, 16.6.2004

³⁵ PDVSA: Petroleo de Venezuela AG

2. Vertiefung des „bolivarischen Prozesses“ und Hinwendung zu einem post-kapitalistischen Modell

Parallel zur Realisierung der Sozialprogramme setzte ein tiefgreifender Demokratisierungsprozess ein. Mit der Annahme der neuen Verfassung 1999 wurde die Grundlage für mehr Partizipation der Bevölkerung, für die Vertiefung der Demokratie und Veränderung der politischen Kultur im Lande gelegt.

Nach Marta Harnecker: „Chávez ließ von vornherein keinen Zweifel daran, dass eine profunde sozio-ökonomische Transformation nicht möglich sein wird, die das Land unbedingt brauchte, ohne die politischen Spielregeln zu verändern.“³⁶

Das war umso notwendiger, da der alte bürokratische Staatsapparat nicht beseitigt und zum Hauptgegner der Veränderungen in Venezuela wurde.

Die Schaffung der „Misiones“ (ab Mitte 2008) war ein wesentlicher Schritt zum Aufbau eines parallelen anderen Staatsapparates und der Durchsetzung der Beteiligung der Bevölkerung an der Entwicklung des Landes. Die „Misiones“ hatten die Aufgabe ein umfassendes Programm öffentlicher Politiken durchzusetzen. Schwerpunkte waren: Alphabetisierung („Misión Robinson“), Grundschulbildung für alle Altersklassen („Misión Ribas“), Universitätsbildung für Personen aus armen und mittleren Schichten („Misión Sucre“), Nahrungsmittel zu verbilligten Preisen für Geringverdienende und Stimulierung der Gründung von Kooperativen und Kleinunternehmen („Misión Mercal“), Schaffung von Gesundheitszentren in Wohngebieten mit Unterstützung kubanischer Ärzte („Misión Barrio Adentro“), Landübergabe an Bauern zusammen mit technischer Unterstützung, Qualifizierung („Misión Zamora“), Arbeitsplatzschaffung durch den Aufbau von Zentren für Tourismus, Landwirtschaft, Infrastruktur, Dienstleistung usw. („Misión Vuelvan Caras“) u.a.

In der Verfassung von 1999 wurde das Ziel formuliert, „die Partizipation des Volkes bei der Ausarbeitung, der Ausführung und Kontrolle der öffentlichen Politik“ durchzusetzen und die „Selbstverwaltung, alle Formen von Kooperativen, der demokratischen Planung und des partizipativen Haushalts auf allen Ebenen der Gesellschaft“ zu garantieren.³⁷ Auf Basis dieser Verfassungsaussagen entstanden im Land territorial und aufgabenspezifisch orientiert die „Consejos Comunales“ (Gemeinderäte), die mit dem Gesetz vom 9.4.2006 offiziell wurden.

Der gegen Hugo Chávez im April 2002 durchgeführte Putsch endete mit einer Niederlage seiner Gegner und eröffnete die Möglichkeit, den „bolivarischen Prozesses“ zu vertiefen. Bezeichnend für diese Entwicklung in Venezuela ist die Vielzahl der Wahlen (Präsidentenwahlen, Kommunalwahlen, Referenden etc.), durch die Präsident Chávez mehrheitliche Unterstützung trotz aller Schwierigkeiten und Probleme, die in dieser Zeit zu überwinden waren, erfährt.

Politische Bedeutung erlangte das sog „Abberufungsreferendum“ am 15.8.2004, das Chávez mit 59% der Stimmen gegen seine Abwahl gewann.

Mit dieser Entscheidung konnte Chávez den konfliktreichen, aber vor allem politisch geführten Umgestaltungsprozess fortsetzen. Verstärkt umgesetzt wurden Maßnahmen im Rahmen der Agrarreform. Nationalisiert wurden wichtige Unternehmen und neue staatliche geschaffen. Forciert wurde die politische Kontrolle über die PDVSA in Übereinstimmung mit den politischen Veränderungen im Lande.

Im Dezember 2004 erklärte Chávez, dass es notwendig ist, sich auf den Sozialismus in neuer Form zu orientieren. In den zehn strategischen Aufgaben, formuliert in „Eine neue strategische Etappe für das Land“, wird als Wirtschaftsmodell formuliert: „Das Privateigentum wird nicht eliminiert“, es geht aber „um die Schaffung eines neuen produktiven Modells, das in der Lage ist, das kapitalistische langfristig zu überwinden.“³⁸

³⁶ Marta Harnecker, „Reconstruyendo la izquierda“, S. 96, 19.6.2006

³⁷ Verfassung der Bolivarischen Republik Venezuela, Kapitel IV Über die politischen Rechte und Volksabstimmungen, erster Teil: Über die politischen Rechte

³⁸ Marta Harnecker: „La Política Económica de la Izquierda Latinoamericana en el Gobierno: El Caso de la Republica Bolivariana de Venezuela (1999-2006)“

Nach seiner Wiederwahl 2006 gab Chávez mit der Losung des „Sozialismus des XXI. Jahrhunderts“ erneut die politischen Ziele bekannt und markierte in Worten die nächste Etappe des Transformationsprozesses, die Suche nach einem post-kapitalistischen Weg. Verbunden mit dieser Erklärung, die viele Fragen aufwarf, war das Bestreben Präsident Chávez' den „bolivarischen Prozess“ durch eine Verfassungsänderung, die eine unbegrenzte Personenwahl vorsah, zu beschleunigen. Chávez erlitt eine politische Niederlage, da ein großer Teil der chavistischen Basis sich der Stimme enthielt. Die Wahlen 2010 bestätigen die sich andeutende Tendenz einer ernststen Krise des Projektes des „bolivarischen Prozesses“.³⁹

3. Der bolivarianische Prozess (Chavismus) und die Linke

Rolle des Staates

Edgardo Lander (Professor, Universidad Central de Venezuela, Mitglied des CLACSO) sieht die Entwicklung in seinem Lande kritisch. Er schätzt ein, dass die Opposition gegen Chávez und den „bolivarischen Prozess“ Raum gewinnt und die Gefahr der Restauration des Neoliberalismus besteht. Nach seiner Auffassung wird, entgegen den in der Verfassung festgelegten Prinzipien der Staat zunehmend als Machtmittel eingesetzt und die Demokratie eingeschränkt, d.h. dass „die demokratischen Forderungen beiseitegelegt werden und etatistische, vertikale und (ineffiziente) desarrollistische Tendenzen Oberhand gewinnen, was darauf hindeutet, dass wenig aus den Erfahrungen des Sozialismus des XX. Jahrhunderts gelernt wurde.“⁴⁰

Kritisch sieht er ebenfalls die enge Verbindung zwischen Staat und Partei (PSUV⁴¹), die nach seiner Auffassung nicht zur Vertiefung der Demokratie führen kann.

Mit der Zielsetzung, die partizipative Demokratie durchzusetzen, ist nach Lander's Auffassung eher eine Unterordnung der Volksorganisationen (d.h. der Räte etc.) unter den Staat verbunden, was keineswegs der Festigung der Autonomie dieser Organe führt. Eher ist auf diesem Wege eine Kooptation und Kontrolle seitens des Staates gegeben.⁴² Nach Lander ist es das Modell eines „etatistischen Sozialismus“.

Eine reale Gefahr geht nach Lander von der starken Personifizierung der Macht durch Hugo Chávez aus. Denn Präsident Chávez geht davon aus, dass der Transformationsprozess, den er anführt, in Gefahr ist und er weiter Präsident sein muss, um das Projekt „Bolivarismus“ persönlich zu Ende zu führen.⁴³

Interessant sind die Bemerkungen *Marta Harnecker* (Chilenin, marxistische Soziologin, Publizistin, lebt z.Zt. in Caracas) zur Rolle des Staates im „bolivarischen Prozess“.

In ihrer Ausarbeitung „Reconstruyendo la izquierda“ („Wiederaufbau der Linken“) geht sie davon aus, dass „linke Kräfte für die Eroberung der Staatsmacht kämpfen müssen, um den Staatsapparat mit einer revolutionären Perspektive orientieren zu können.“⁴⁴ Das könnte für manchen bedeuten, dass die Demokratie „von oben“ eingeführt werden soll. Von oben, so meint sie, ist es möglich anzuregen, wie die Demokratie „von unten“ aufgebaut werden kann. Demokratie kann nicht dekretiert werden. „Es müssen immer neue Räume eröffnet werden für die direkte Teilnahme des Volkes, weil nur so in der Praxis die erforderliche kulturelle Transformation möglich wird.“⁴⁵ Ausgehend von den Erfahrungen der „Misiones“ und der Consejos stellt M. Harnecker fest, dass das venezolanische Volk in den Wahlauseinandersetzungen gelernt hat, den Staat auf neuer Basis - „von unten“ – aufzubauen. (Bemerkung: zu beachten ist, dass die zitierte Arbeit im Jahre 2006 erschien!). Ihre Ausgangsposition sind die Consejos, die für den Aufbau eines neuen Staates eine Schlüsselrolle spielen. Widerstand gegen diese Entwicklung kommt aus den alten Ministerien. Deshalb ist es erforderlich, den Consejos und Misiones den erforderlichen Platz einzuräumen und sie mit entsprechenden Vollmachten auszustatten.

³⁹ Edgardo Lander: „Venezuela: ¿Radicalizar el proceso?“, Revista *Cal y Arena* N° 2, Caracas, Februar 2011

⁴⁰ Edgardo Lander: „Venezuela: ¿Radicalizar el proceso?“, Revista *Cal y Arena* N° 2, Caracas, Februar 2011

⁴¹ PSUV – Partido Socialista Unido de Venezuela

⁴² Biblioteca Diplo, Dezember 2007, „Wohin führt der Sozialismus von Chávez?“

⁴³ ebenda

⁴⁴ Marta Harnecker, „Reconstruyendo la izquierda“, 19.6.2006

⁴⁵ Ebenda, S. 102

Harnecker argumentiert für einen Staat, der von unten aufgebaut werden soll und dem Willen des Volkes dient.⁴⁶ M. Harnecker machte aber auch kritisch auf Tendenzen aufmerksam, die sie als „paternalistisch“ von Seiten der Staatsfunktionäre benannte, die „ihre Ideen aufdrängen, die Menschen ihrer Initiative berauben und oftmals die Tätigkeit der consejos nicht kennen. Für sie beginnt die Geschichte in dem Moment, in dem sie in Erscheinung treten.“⁴⁷

Ein bekannter Wissenschaftler und Kollege M. Harneckers ist *Michael Lebowitz* (emeritierter Professor, spezialisiert auf marxistische Ökonomie und vergleichende Wirtschaftssysteme, Universidad de la Columbia Británica Simon Fraser, Kanada, leitet Studienprogramme im Centro Internacional Miranda, Caracas). Für ihn sind die Consejos die entscheidende Kraft im „bolivarischen Prozess“ und die Basis für den neuen Staat. Er beruft sich auf Chávez, der nach seiner Wiederwahl 2006 erklärte, dass „den Consejos alle Macht gehört!“

Gleichzeitig erkennt Lebowitz die Schwächen des real vorhandenen Staates; sein Bestreben zu kommandieren und Befehle von oben zu geben. Er hebt hervor, dass „eine Kultur der Korruption und des Klientelismus fortbesteht, die Ausgangspunkt für eine neue Oligarchie sein können. Es gibt auch eine klare Tendenz zu Gunsten der Entwicklung einer einheimischen Kapitalistenklasse, mit der die Bolivarische Revolution ein Stück Wegs gehen muss.“⁴⁸

Auch er sieht die Gefahr, die von einer extensiven Entwicklung des Staates ausgeht. Vor allem in großen Staatsbetrieben (z.B. PVDSA) ist die Selbstverwaltung der Arbeiter eingeschränkt, wird verhindert oder existiert überhaupt nicht.

In einer Studie der CLACSO (Juli 2010) wird festgestellt, dass von den chavistischen Kräften die Aufgaben der Staates in seiner klassischen Form gesehen werden, d.h. Sicherung der strategischen Rohstoffreserven, Umverteilung der Gewinne aus der Erdölproduktion, Durchführung einer Agrarreform und interne Entwicklung. Das soll verbunden werden mit der Schaffung einer lateinamerikanischen Gesamtstaatlichkeit. Auf der Basis der neuen Verfassung wird auf die Durchsetzung starker partizipativer Elemente und einer Demokratie von unten orientiert. Die Studie schlussfolgert, dass diese Politik „auf Konzeptionen und Tendenzen trifft, die eine Zentralisierung des Staates und einen pyramidalen Aufbau der Staatsmacht anstreben.“ Die Einschätzung der CLACSO-Studie zeigt, dass die Auseinandersetzung um die Rolle des Staates in Venezuela noch nicht abgeschlossen ist.⁴⁹

Beziehungen der sozialen Bewegungen zur Partei und zur Regierung

Es ist sicher ein Phänomen des „bolivarischen Prozesses“, wenn die Frage nach der Entwicklung sozialer Bewegungen gestellt wird und – wie sich ihre Beziehungen zu Parteien und der Regierung gestaltet haben.

Gilberto Maringoni, brasilianischer Historiker und Kenner Venezuelas, urteilte im Zusammenhang mit der Niederlage Chávez´im Referendum Dezember 2007, dass die Regierung Chávez „nicht das Resultat einer Massenbewegung war, obwohl die Bevölkerung mit der neoliberalen Politik und der Krise, die das Land durchlebte, unzufrieden war. Das aber nicht zu einem Anwachsen der Mobilisierung des Volkes geführt hat.“⁵⁰ Erst mit der Durchführung der Sozialprogramme, die vor allem den armen Schichten galten, verstärkten diese ihre politische Aktivität und wurden zu aktiven Unterstützern des „bolivarischen Prozesses“.

Margarita López Maya, linke Historikerin und Kritikerin des „bolivarischen Prozesses“, konstatierte, dass „die sozialen Bewegungen im Staat immer einen Feind sahen, nun aber vor der Herausforderung stehen, die Macht selbst auszuüben. Deshalb muss der Staat umgebaut werden, wie auch die Formen des politischen Handelns verändert werden müssen.“⁵¹ Und López

⁴⁶ Marta Harnecker, „Venezuela nach dem Referendum: Die neuen Herausforderungen“, Vortrag 25.9.2004, Vortrag für RTF Portugal

⁴⁷ Marta Harnecker, „Demokratie, Partizipation, Sozialismus in Venezuela: Eine kritische Betrachtung“,

Vortrag im Seminar der RLS in Quito, Juni 2010

⁴⁸ Michael Lebowitz: „Der Kampf um einen Bolivarischen Sozialismus“, Textauswahl 'Venezuela: A Good Example of the Bad Left of Latin America,' published in *Monthly Review*, Juli-August 2007

⁴⁹ Mabel Thwaites Rey, „Después de la globalización neoliberal - Qué estado en América Latina?“, in Cuadernos del Pensamiento Crítico Latinoamericano, Nr. 32, Juli 2010

⁵⁰ Gilberto Maringoni, Carta Maior, 10.12.2007

⁵¹ Gilberto Maringoni, „Partizipative Partizipation“, Weltsozialforum Caracas, Carta Maior, 25.1.2006

konstatiert, dass mit der Initiative Chávez` eine Mobilisierung der sozialen Bewegungen „von oben“, vor sich ging. Daraus resultiert, dass die sozialen Bewegungen, die mit Regierungsübernahme von Präsident Chávez entstanden, nicht autonom sind und im starken Maße von seiner Person abhängen. Mit der Realisierung der Sozialprogramme, von der Regierung Chávez eingeleitet, wurden vor allem die Schichten der Bevölkerung angesprochen, die für die Fortführung des „bolivarischen Prozesses“ entscheidend waren. Sie wurden aktiviert und mobilisiert, was in Übereinstimmung mit den postulierten Zielen der Verfassung zu einer realen Selbstorganisation der Bevölkerung führte und sich starke partizipative Elemente entwickelten.

Obwohl mit diesen Maßnahmen eine neue Stufe der politischen Organisation des Volkes erreicht wurde, verbleibt diese trotz allem auf einem mäßigen Niveau. Die Parteien, auch die neu gegründete PSUV, verfügen nur über geringe soziale Repräsentation und Vieles hängt damit von der Person des Präsidenten ab.⁵²

Auch *Edgardo Lander* schließt sich dieser kritischen Einschätzung an und meint, dass „die Volksorganisationen in Gestalt der consejos, eng verbunden mit dem Staat, nicht über genügend Autonomie verfügen.....und auf der Basis der Kooptation und Kontrolle von oben funktionieren.“⁵³

Marta Harnecker äußert sich zum Thema ebenfalls vorsichtig, aber kritisch, wenn sie sich auf die Tätigkeit der Consejos bezieht: „Die Rolle des Staates im Prozess der Unterstützung der Kommunen ist es, diesen zu erleichtern und zu begleiten, aber nicht ihn zu bestimmen. Diejenigen Staatsorgane, die in diesen Prozess verwickelt sind, dürfen ihm nichts aufzwingen.“⁵⁴

Extraktivismus oder die Rolle des Erdöls in Venezuela

Mit der Realisierung des „bolivarischen Prozesses“ in Venezuela wurde grundsätzlich die Frage nach dem zu verfolgendem Wirtschaftsmodell aufgeworfen. Das Land und vor allem seine Eliten und seine herrschende Klasse lebten in einer bislang ungebrochenen Rentiermentalität. Präsident Chávez setzte nach seiner Regierungsübernahme sowohl bei der Durchführung der Sozialprogramme wie auch der Initiative ALBA (Alternativa Bolivariana para las Américas - Bolivarische Alternative für Amerika) oder der Programme Petrocaribe, Petroandino u.a. auf die Nutzung der Gewinne aus der Produktion und Vermarktung des Erdöls. Im „Plano de Desarrollo Económico y Social de la Nación 2007-2013“ setzt der Chavismus auf die Erdölökonomie.

Edgardo Lander bezeichnet diese Entwicklung als „Erdölsozialismus“ (Dieser Begriff wurde inzwischen bereitwillig auch in die Terminologie der hiesigen Lateinamerikabetrachtung übernommen.⁵⁵) und meint, dass die Regierung

Chávez mit dem alten Wirtschaftssystem nicht gebrochen hat.

Lander fasst zusammen: „Das Thema Erdöl und seine Wirkungen in der Gesellschaft, die perversen Folgen der Rentiermentalität auf Politik und Kultur dieses Landes im Verlaufe des letzten Jahrhunderts, die Beziehung zwischen Erdölproduktion und Umweltkrise sind zweifellos einer der Kernpunkte, über die diese Gesellschaft nachdenken muss, wenn sie über die Zukunft redet.“⁵⁶

Allerdings wird von kritischen Stimmen durchaus eingeschätzt, dass Veränderungen in Richtung eines anderen Wirtschaftsmodells vorgenommen wurden (Unterstützung von Kooperativen bes. der „economia social“⁵⁷, keine Privatisierungen in der Erdölindustrie u.a.). Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass sowohl die inneren wie auch äußere Faktoren (Beziehungen zu den USA etc.) in der Auseinandersetzung um den weiteren Weg des „bolivarischen Prozesses“ eine große Rolle spielen. Lander selbst verweist deshalb auch darauf, dass weltweit kein Beispiel für ein

⁵² Interview IHO On-line mit Gilberto Maringoni, 13.6.2009

⁵³ „Wohin geht der Sozialismus von Chávez?“, Biblioteca Diplo, Dezember 2007

⁵⁴ Marta Harnecker, „Demokratie, Partizipation, Sozialismus in Venezuela: Eine kritische Betrachtung“, Vortrag im Seminar der RLS in Quito, Juni 2010

⁵⁵ „Auf den Sprung - Brasilien, Indien und China – Zur gesellschaftlichen Transformation in der Krise“, Stefan Schmalz, Matthias Ebenau, Dietz Berlin, Reihe Einundzwanzig, RLS, Seite 10

⁵⁶ Edgardo Lander, „Wer gewann die Parlamentswahlen in Venezuela? Stehen wir vor der letzten Möglichkeit, über die Zukunft des Prozesses des Wandels zu sprechen?“, Oktober 2010, in „Biblioteca Diplo“, Sao Paulo

⁵⁷ Unter „economia social“ wird verstanden: „Ist eine alternative Ökonomie, in der demokratische und Selbstverwaltungspraxis vorherrscht.“ Sie basiert auf „kooperativer gemeinsamer lohnunabhängiger Arbeit.“ Nach „Revista Venezolano de Economía y Ciencias Sociales“, Nr 3, 2004

alternatives antikapitalistisches, antineoliberales Modell existiert.⁵⁸

Verbunden mit dieser Einschätzung wird seitens kritischer Intellektueller auf die Notwendigkeit der Entwicklung eines endogenen Wirtschaftsmodells orientiert, das auf der „Basis der ‘economia social’, der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Demokratisierung der Produktion“ beruht (Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, Stärkung des öffentlichen Sektors zur Schaffung produktiver Kapazitäten, Staatsunternehmen fördern die Schaffung von assoziativen, kooperativen Unternehmensformen, Priorität für die Entwicklung der Landwirtschaft etc.)⁵⁹.

Eine Abkehr vom Extraktivismus, bzw. von der Dominanz der Erdölindustrie wird nur möglich sein, wenn die Disparitäten zwischen der Ausbeutung der Naturressourcen und den zurückgebliebenen Sektoren der Wirtschaft mit realistischem Konzept angegangen werden und die Abhängigkeit vom Erdöl substantiell reduziert wird.

Sozialismus des 21. Jahrhunderts und das Prinzip “bien vivir”

In den zwölf zurückliegenden Jahren wurden in Venezuela grundlegende Veränderungen durchgeführt. *Helio Gallardo* (Professor, Universität Costa Rica) spricht von einem „originellen Prozess“, der sich in vielfältigen Widersprüchen entwickelt⁶⁰ und von unterschiedlichen Kräften getragen wird. Die lateinamerikanische Linke, vor allem die kritische, verfolgt mit Aufmerksamkeit die Entwicklung dieses Prozesses, besonders nachdem vom Präsidenten Chávez das Ziel „Sozialismus des XXI. Jahrhunderts“ ausgegeben wurde. Nach dem Ende des Realsozialismus wird diese Zielstellung von einer Mehrheit der Linken in Lateinamerika unterstützt und als Wiederaufnahme revolutionärer Traditionen von Zapata über Allende bis hin zur kubanischen Revolution gesehen. Und entgegen pessimistischen Aussagen ist die Idee des Sozialismus dabei, neu begründet zu werden: angesichts der Entwicklung in Lateinamerika mit einer Vielfalt von Gesichtern und unterschiedlichen Wegen.⁶¹

Obwohl von den konkreten historischen Bedingungen wie auch von der konkreten politischen Lage grundverschieden, wird vergleichend auf die Zeit der Regierung Allende verwiesen, weil von ihr der demokratische Übergang zum Sozialismus auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Dieser Übergang beinhaltete: Schaffung eines produktiven Kerns staatlicher und privater Unternehmen, einer Art von organisiertem Staatskapitalismus, kombiniert mit Kooperativen im Rahmen eines Kommunalsystems demokratischer Partizipation.

Besonders *Marta Harnecker* nahm sich der Aufgabe an, aus aktueller Sicht einige Grundfragen des Übergangs zu vertiefen und zu aktualisieren. Sozialismus des XXI. Jahrhunderts heißt für sie:

- Sozialismus ist nur der Weg, denn das Ziel ist die umfassende Entwicklung des Menschen.⁶²

Durchsetzung der Demokratie von unten in den Gemeinden und in den Produktionsstätten. Hier nimmt sie die Idee von Marx auf, der nur durch die praktische soziale Tätigkeit des Menschen die Möglichkeit der Veränderung der Gesellschaft sah, und der Mensch sich in dieser Tätigkeit selbst verändert.

- Unabdingbar ist die Schaffung eines politischen Instrumentes (sprich Partei), da die Geschichte gezeigt hat, dass kaum eine soziale antikapitalistische Volkskraft spontan entstanden ist, sondern ein „konstruktives Subjekt“ da sein muss, dass eine politische Strategie ausarbeitet und in der Lage ist, breiten Volksschichten in der Auseinandersetzung um eine neue Gesellschaft eine Orientierung zu geben.
- Bezogen auf Venezuela sieht sie in den Gemeinderäten (*consejos comunales*) eine der Voraussetzungen, „die der privilegierte Raum sind, in dem sich der Mensch umfassend

⁵⁸ Edgardo Lander, „Venezuela: proceso de cambio, Referéndum revocatorio y amenazas internacionales“, Januar 2007, in *Outras palavras*

⁵⁹ ebenda

⁶⁰ Helio Gallardo, in *AIANet.org*, vom 12.7.2005.

⁶¹ José Luis Fiori, „Mit dem Gesicht der Zukunft zugewandt- Die Linke Lateinamerikas“, in „Valor“, 31.1.2007. Fiori ist Professor am Wirtschaftsinstitut der Föderalen Universität Rio de Janeiro.

⁶² Marta Harnecker: „Reconstuyendo la izquierda“, S. 102, 2006

entwickeln kann,⁶³ sozusagen ein qualitativer Sprung in der Beteiligung des Einzelnen oder einer Gruppe von Menschen.

- Entwicklung eines alternativen produktiven Modells zum bisher existierenden kapitalistischen, womit Venezuela die Rentiermentalität und den Status als rohstoffexportierendes Land überwinden kann.

Übereinstimmung besteht weitgehend mit dem Soziologen *Michael Lebowitz*, der seit 2004 in Venezuela lebt. Für Lebowitz steht der Mensch im Mittelpunkt, der durch die Entwicklung der Produktivkräfte in die Lage versetzt wird, so zu leben, wie es seinen Bedürfnissen entspricht. Dabei lehnt er kategorisch den Sozialismus des XX. Jahrhunderts ab, in dem der Staat im Mittelpunkt stand. Etwa wie auch M. Harnecker sieht er in der sozialen Praxis des Menschen den Weg, um die kapitalistische Ordnung zu überwinden. Für Venezuela bedeutet das nach Lebowitz, dass die Werktätigen sich nicht nur den Produktionsprozess unterordnen sollen, sondern sich auch „den Staat aneignen“ müssen und dass aus „Menschen des informellen Sektors kleine Unternehmer“ werden.

Seine Thesen zum „Sozialismus des XXI. Jahrhunderts“:

- Für Venezuela ist der Sozialismus des XXI. Jahrhunderts eine These, ein Projekt. Es handelt sich um eine neue Art Sozialismus „einen humanistischen, der den Menschen und nicht die Maschine in den Mittelpunkt oder den Staat über alles stellt. Dazu sind aber noch viele Kämpfe auszustehen.“⁶⁴
- Wesenskern des „neuen Sozialismus“, der in Venezuela im Entstehen ist, sind die Gemeinderäte (*consejos comunales*), die über ihre Generalversammlung als dem höchsten Organ Beschlüsse fassen können. „Die Räte werden die Grundlage sein, auf der sich nicht nur die Veränderung des Menschen vollzieht, sondern auch die produktive Tätigkeit entsprechend den Erfordernissen und Zielen der Gemeinden.“⁶⁵ (Lebowitz betrachtet den venezolanischen Staatsapparat als Hemmnis auf dem Wege zum Sozialismus des XXI. Jahrhunderts.)
- Lebowitz sieht drei Elemente des „Sozialismus des XXI. Jahrhunderts“:
 - a. Gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln, als
 - b. Basis für die gemeinschaftliche Produktion in Selbstverwaltung und
 - c. zur Befriedigung der Lebensansprüche der Menschen und der gemeinschaftlichen Ziele.
- Lebowitz spricht sich für die Nutzung der Erdölrendite zum Zwecke der Entwicklung der Landwirtschaft und anderer Zweige der Volkswirtschaft aus. Geschaffen werden können große Produktionseinheiten, die helfen, das Land von seiner Importabhängigkeit von Lebensmitteln zu befreien.
- Für Lebowitz „fällt die neue Gesellschaft nicht vom Himmel“⁶⁶, sondern entsteht im Schoße der alten Gesellschaft und keineswegs in ausgeprägt perfekter Form, denn keine neue Gesellschaft wurde fertig geboren. Somit spricht er sich auch dafür aus, die Staatsmacht zu erringen, die er als Staat „von unten“ betrachtet und der auf der Basis der Gemeinderäte entsteht. (In diesem Sinne widerspricht er direkt John Holloway und dessen These „vom Wandel der Gesellschaft ohne Erringung der Macht.“)⁶⁷

In besonderer Weise setzt sich *Edgardo Lander* mit der These des Sozialismus des XXI. Jahrhunderts in seinem Land auseinander. Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist der Charakter der Regierung Hugo Chávez'. Seine Analyse geht von mindestens drei Phasen seit 1999, dem Jahr der Regierungsübernahme, aus: Zum ersten die Phase der politischen Behauptung gegen innere und äußere Widerstände. Ab 2003 beginnt der Versuch, den existierenden Staatsapparat zu „erobern“, bzw. zu verändern, in dieser Phase kommt es seitens der Opposition zu offenen Gegenmaßnahmen (Putschversuch April 2002, Unternehmerstreik 2002-2003). Die Gegenoffensive geschieht auf dem Wege der Schaffung und Stimulierung der *Misiones* und der *consejos*, vor allem mit der Zielstellung strukturelle Veränderungen, bes. im Wirtschaftsmodell,

⁶³ ebenda

⁶⁴ Michael Lebowitz, „Kampf um den bolivarianischen Sozialismus“, ausgewählte Texte aus „Venezuela: A dood Example oft he bad Left of Latin America, in *Monthly Review*, Juli-August 2007

⁶⁵ Michael Lebowitz, „Die neuen Flügel des Sozialismus“ aus der Ansprache im „Centro Internacional Miranda, 25.1.2007

⁶⁶ Michael Lebowitz, „Der Sozialismus fällt nicht vom Himmel“, Rede vor Studenten in Merida, 22.7.2005

⁶⁷ ebenda

herbeizuführen. Nach Lander sind diese – auch im Sinne der neuen Verfassung des Landes – dem Staate untergeordnet, sodass der deklarierte Sozialismus nach seiner Auffassung ein Modell eines „etatistischen Sozialismus“ ist, in dessen Zentrum die Person des Präsidenten steht.⁶⁸

Ausgangspunkt der Überlegungen Landers sind die Erfahrungen des Sozialismus des XX. Jahrhunderts: Fehlende Demokratie, autoritärer Staat und keine Alternative zum Zivilisations- und Produktionsmodell des gegenwärtigen Kapitalismus. Deshalb muss der Sozialismus des XXI. Jahrhunderts zwei Fragen beantworten: Wie steht es mit der Demokratie und welche Antwort hat er auf die zivilisatorische Transformation?

Für seine kritische Einschätzung steht folgende Aussage Landers: „Vom Standpunkt der Art und Weise der Produktion, des Konzeptes der Entwicklung und des Fortschritts haben die sog. progressiven Regierungen Lateinamerikas, die die Regierung mit dem Ziel übernahmen, ein Transformationsprojekt einzuleiten, nichts verändert. Einige von ihnen haben die gegenwärtigen Art und Weise zu leben und zu produzieren sogar noch vertieft und akzentuiert.“⁶⁹

Noch 2006 war Lander der Auffassung, dass „die Initiativen, die auf der Suche nach einer endogenen Entwicklung und nach 2005 mit dem Sozialismus des XXI Jahrhunderts eingeleitet wurden, eine neue Strategie und den sozialistischen Charakter des bolivarianischen Prozesses definierten.“⁷⁰ Es ist deutlich, dass mit der Konzentration der Entwicklung auf Präsident Chávez die Einschätzung Landers vor allem sich kritisch auf die Produktionsweise, die Weiterführung bisheriger Wirtschaftsführung und die Einschränkung der demokratischen Rechte des venezolanischen Volkes bezieht.

„Bevor man zu Gunsten einer Verfassungsreform stimmt, die sowohl den Staat wie auch die Wirtschaft und Demokratie als sozialistisch definiert, haben die Menschen das Recht, an den Entscheidungen teilzuhaben. Was ist ein sozialistischer Staat?...Wir sprechen nicht von einer semantischen Debatte, sondern von grundsätzlichen Entscheidungen über die Zukunft des Landes.“⁷¹

Und schließlich seine Frage:

„Was hat *sumak kawsay* und *suma qamana* (bien vivir) als andere zivilisatorische Option der andinen indigenen Völker in Ecuador und Bolivien mit dem massiven Import chinesischer Haushaltsgeräte zu tun, die die Menschen mit der Kreditkarte des „bien vivir“ kaufen können, wie es von Präsident Chávez angekündigt wurde?“⁷²

Margarita López Maya geht bei der Analyse des sozialistischen Modells Präsident Chávez' von der „Generallinie des Planes der ökonomischen und sozialen Entwicklung der Nation 2007-2013“ und den darin enthaltenen Direktiven aus:

- Entwicklung einer neuen sozialistischen Ethik auf der Basis der humanistischen Richtungen des Sozialismus und der Auffassung Simón Bolívars von der Nation;
- Suche nach der höchsten sozialen Zufriedenheit einer gerechten Gesellschaft;
- Entwicklung der revolutionären und partizipativen Demokratie und eines sozialistischen produktiven Modells;
- Mit Nutzung des Erdöls die Entwicklung Venezuelas in eine Weltenergiemacht und Kampf um eine neue internationale Geopolitik, ausgerichtet auf Multipolarität.

Erkennbar ist für sie die Fortsetzung des Modells der Nutzung des Erdöls und so schlussfolgert sie: „Der venezolanische Rentiersozialismus zeigt bis bedeutende Züge des kapitalistischen Modells, das dem heutigen vorausging.“⁷³

Wichtig erscheint schließlich eine kurze Zusammenfassung der Auffassungen eines

⁶⁸ Interview Edgardo Lander in „Biblioteca Diplo“, Dezember 2007

⁶⁹ Jornal de Comercio, 27.1.2010

⁷⁰ Edgardo Lander, „La Política Económica de la Izquierda Latinoamericana en el Gobierno: El Caso de la República Bolivariana Venezuela (1999-2006)“, Januar 2007

⁷¹ Carta Maior, 11.12.2007

⁷² Interview Edgardo Lander, IHU On-line, 30.1.2010

⁷³ Margarita López Maya in „La Izquierda en el Gobierno – Comparando América Latina y Europa“, Rosa Luxemburg Stiftung, Büro Brüssel, 2009, S. 239

nichtvenezolanischen linken Vertreters, des Ex-Exekutivsekretärs der CLACSO, *Atilio Boron*, der sich in verschiedenen Publikationen zum Sozialismus des XXI. Jahrhunderts äußert. (Hier werden deshalb nur seine Bezüge auf die Entwicklung Venezuelas betrachtet.)

Für Boron war die Erklärung Hugo Chávez ein wichtiger politischer Schritt, dass der Kapitalismus für die Probleme Lateinamerikas keine Lösung parat hat. „Wenn es eine Lösung gibt und, wenn wir im Hinblick auf den ökologischen Holocaust Zeit haben, eine Lösung zu finden, muss sie außerhalb des Kapitalismus gesucht werden, d.h. nur mit dem Übergang zum Sozialismus.“⁷⁴

Boron sieht die Gefahr des Nichterfolges der gegenwärtig existierenden progressiven Regierungen. Deshalb betrachtet er es als eine Aufgabe der Linken, Kuba, Venezuela, Bolivien und Ecuador und die dort ablaufenden Entwicklungen zu unterstützen.

Boron unterstreicht, dass jedes dieser Länder seinen eigenen Weg gehen muss. „Es gibt kein nachzumachendes Modell. Jeder Fall ist absolut einmalig.“⁷⁵ So zitiert Boron Chávez, der, einen Satz Simón Bolívars aufnehmend, sagte „entweder wir erfinden Neues oder wir irren uns.“⁷⁶

Zusammenfassend wird deutlich, dass es zum „bolivarischen Prozess“ erheblichen Diskussionsbedarf gibt. Dargestellt an diesen Beispielen linker Persönlichkeiten, ist das gesamte Spektrum der Positionierung zur Entwicklung in Venezuela nur teilweise erfasst. Ersichtlich wird an den dargestellten Positionierungen, dass die Bestrebung existiert, die Entwicklung in Venezuela theoretisch aufzuarbeiten und dabei Bezug auf Marx genommen wird. Wichtig erscheinen die Hinweise, dass es erforderlich ist, für ein neues Sozialismusprojekt die Erfahrungen und Lehren des Sozialismus des XX. Jahrhunderts zu Grunde zu legen, ähnliche Verwerfungen und Fehler zu vermeiden und den neuen Sozialismus auf der Basis umfassender Demokratie und der freien Entwicklung des Menschen zu gestalten. Damit lassen sich aber auch die kritischen Einschätzungen erklären, die es zu den Problemen Venezuelas gibt. Ausgangspunkt ist die Notwendigkeit, ein neues zivilisatorisches Projekt anzustreben, das demokratisch, nachhaltig und post-kapitalistisch ist.

4. Der Transformationsprozess in Bolivien

Bolivien, ein kleines Land mit neun Millionen Einwohnern, geografisch dreigeteilt und eingeschlossen von anderen Ländern, mit einem hohen Anteil indigener Bevölkerung (65% Aymara, 35% Mestizen/Kreolen), hat in den letzten Jahren für ausreichend Schlagzeilen gesorgt. Das erste Mal in der Geschichte des Landes wurde ein Vertreter der indigenen Bevölkerung zum Präsidenten (2005) des Landes gewählt. Nach harten und zum Teil blutigen Auseinandersetzungen mit konservativen Kräften geschah dies auf dem Wege demokratischer Wahlen. Evo Morales konnte wiederholt die Mehrheit des Volkes von seinem Projekt der Umgestaltung Boliviens überzeugen.

Nach mehr als 500 Jahren kolonialer, halbkolonialer Unterdrückung, abhängiger Entwicklung und neoliberaler Vorherrschaft treten die indigenen Bewegungen als politisch gestaltende Kraft in Erscheinung und stellen sich die Aufgabe, ihr Land auf der Basis ihrer Kosmovision zu gestalten. Auf der politischen Bühne Lateinamerikas hat sich eine Kraft platziert, die – ähnlich den Zapatisten in Mexiko – neue Akzente für die Gestaltung ihrer Gesellschaft setzt.

Ein wesentlicher Schritt für die Verwirklichung ihrer Lebensauffassung, ihrer Kultur und ihrer Traditionen war die demokratische Erarbeitung und Bestätigung einer neuen Verfassung (25. Januar 2009), die mit großer Mehrheit (62%) von der Bevölkerung angenommen wurde. Mit ihr wurde ein multinationaler Staat konstituiert, der den indigenen Völkern (36 Völkerschaften) volle Autonomie, die Achtung ihrer Kultur und Traditionen, ihrer Sprache und Territorien garantiert. Geprägt wird die Verfassung von der Haltung indigener Völker zur Natur und dem Prinzip des „Vivir bien“⁷⁷, womit verbunden ist, eine Gesellschaft aufzubauen, die den Neoliberalismus ablehnt

⁷⁴ Atilio Boron, „Der Mythos der nationalen kapitalistischen Entwicklung und die neue politische Situation in Lateinamerika“, Argenpress, 18.2.2007

⁷⁵ Atilio Boron, in *Rebellion*, 26.6.2007

⁷⁶ Weiterführender Verweis auf Atilio Boron, „Den Sozialismus neu denken“, S. 87 ff, VSA Verlag 2010

⁷⁷ Im Artikel 8 der Verfassung werden die ethisch-moralischen Prinzipien aufgezählt: Der Staat garantiert und fördert die ethisch-moralischen Beziehungen der pluralen Gesellschaft. Ama qhilla, ama llulla, amasuwa (nicht faul sein, nicht lügen, nicht stehlen), suma

und über den Kapitalismus hinaus gehen soll. In der Verfassung werden ebenfalls die kommunitären Grundlagen des Lebens indigener Gemeinden, das vorhandene kollektive Eigentum am Besitz des Bodens und die Prinzipien der partizipativen Demokratie garantiert. Entsprechend der neuen Verfassung wurden am 1. Mai 2006 die Naturreichtümer des Landes (Erdöl, Erdgas) nationalisiert. Garantiert wird allen Bürgern der Zugang zur Bildung, zum Gesundheitswesen und Arbeitsplätzen garantiert.

Das „Vivir bien“ als Leitprinzip

Nach *David Choquehuanca* (Choquehuanca ist Aymara, Minister für Auswärtige Beziehungen, Spezialist für andine Kosmovision) ist das Prinzip „Vivir bien“ das Leitmotiv des Modells, das die Regierung Morales realisieren will. Zusammengefasst bedeutet es: Leben in Harmonie mit der Natur; nach ihren Vorfahren ist das menschliche Wesen sekundär in Beziehung zur Natur. „Vivir bien“ ist ein Prozess, der errungen werden muss. Nicht das Geld ist entscheidend, selbst der Mensch ist Natur. Wichtig sind die Flüsse, die Luft, die Berge, die Sterne usw. Für die indigene Kosmovision ist das Wichtigste das Leben. Vivir bien heißt aber auch in der Gemeinschaft leben, in der jeder sich um jeden kümmert. Das wird angestrebt in Harmonie mit der Natur und im Miteinander der Menschen. Das Prinzip heißt aber auch, sich gegenseitig zu ergänzen, d.h. sich gegenseitig zu helfen, um zu überleben. Vivir bien bedeutet die Identität der Gemeinschaft zu erneuern, d.h. sie ist wichtiger als die Würde des Einzelnen, was gleichzeitig einschließt, die Pachamama (Mutter Erde) zu erhalten. Ein wichtiges Prinzip ist die Einheit der einzelnen Völker (Abya Yala) als große Gemeinschaft.⁷⁸

Weder der Sozialismus, der den Menschen in den Mittelpunkt stellt, noch der Kapitalismus, der nur das Geld als anstrebenswert betrachtet, sind Zielstellungen, die mit der indigenen Betrachtungsweise übereinstimmen.

Nach dem originären indigenen Denken vollzieht sich das Leben in kurz- und langfristigen Zyklen, d.h. die Nacht geht vorüber und es beginnt der Tag. So auch die Wechsel langfristig über Tausende von Jahren.⁷⁹

Der Charakter des Transformationsprozesses

Nach Auffassung verschiedener Politiker und Wissenschaftler vollzieht sich in Bolivien eine Dekolonialisierung der Gesellschaft und des Staates, die als demokratische und kulturelle Revolution betrachtet wird. In diesem Prozess koexistieren die staatliche neben der privaten und der kommunitären Wirtschaft. Auf der Tagesordnung steht die Überwindung der Folgen neoliberaler Politik der Vorgängerregierungen, die Überwindung der Armut und der Exklusion der indigenen Bevölkerung.

Álvaro García Linares (stellvertretender Präsident Boliviens, Autodiktat, studierte Marx und dessen Texte „über die Völker ohne Geschichte“, die Grundrisse und Briefe an Vera Zasulich, beschäftigt sich mit dem Verhältnis von Marxismus und Indianismus) charakterisiert den bolivianischen Prozess als die Entwicklung „eines andinen Kapitalismus.“ Nach seiner Einschätzung vollzog sich seit dem Jahre 2000 eine „soziale Rebellion der kleinen Familienwirtschaften auf dem Lande und in der Stadt, d.h. der kleinen Produzenten wie Bauern, Kokaleros, Handwerker, Kleinunternehmer und Bergarbeiterkooperative. „In einem Land kleiner Warenproduzenten ist das keine sozialistische Revolution.“ Im theoretischen Sinne ist es ein Bruch mit traditionellen Strategien der Machteroberung. Es ist ein Projekt der „Selbstfindung der sozialen Bewegungen, d.h. der plebejischen Gesellschaft.“⁸⁰ Mit dieser Rebellion hat sich der Indigene als politisches, unabhängiges Subjekt etabliert und ist dabei, seine Nation in der „Einheit in Vielfalt“ zu schaffen. Und Linares unterstreicht: „Wir denken nicht an Sozialismus, sondern an eine profunde demokratische, dekolonialisierende Revolution.“⁸¹

Das neue Modell des Staates, Extraktivismus und Desarrollismus

qamana (vivir bien – gut leben), nandereko (harmonisch leben), teko kavi (gutes Leben) ivi maraei (Land ohne Schlechtigkeit) und ghapaj nan (anständiges Leben).

⁷⁸ David Choquehuanca „25 Prinzipien um Vivir bien zu verstehen“, La Razón (Bolivien), 31.1.2010

⁷⁹ Fernando Huanacuni, Protokollchef des Ministeriums für Auswärtige Beziehungen, in Brasil de Fato 13.7.2010. Huanacuni ist vom Volk der Sariri, Spezialist für indigene Ethnik.

⁸⁰ Álvaro García Linares, Interview in Le Monde Diplomatique Boliviens mit Pablo Stefanoni, 13.4.2006

⁸¹ ebenda

Die indigene Bewegung hat über Jahrhunderte ihre Widerstandskraft bewiesen und hat – nicht nur in Bolivien – gegenhegemoniale Vorstellungen im Kampf gegen den Kolonialismus entwickelt. Politisch und ideologisch betraf das vor allem die Vorstellungen über ein anderes Modell der Staatsmacht, basierend auf Multikulturalität und Multinationalität. Der multinationale Staat ist danach Ausdruck für die Transformation in einen modernen Staat: neue Form des Zusammenlebens der Menschen, bewusster Umgang mit der Umwelt, neue Form der Ausübung der Macht und neue Formen der Entwicklung, d.h. Verhinderung der Zerstörung der Umwelt und der sozialen Beziehungen durch den Kapitalismus/Neoliberalismus.

In der linken Debatte spielt die Rolle des Staates, bes. am Beispiel Boliviens, eine wesentliche Rolle.

Der Vizepräsident Boliviens, *Álvaro García Linares*, geht von den Widersprüchen aus, die der neue Staat zu bewältigen hat. Nach ihm ist es ein Widerspruch, der ausgelebt werden muss, wenn vom bolivianischen Staat als Regierung der sozialen Bewegung gesprochen wird. Staat heißt Machtmonopol. Soziale Bewegung heißt demokratische Vielfalt und Partizipation. Wenn der Staat priorisiert wird, bedeutet das, dass sich eine neue Elite herausbilden kann. Werden die sozialen Bewegungen priorisiert, ist das zum Nachteil der Tätigkeit des Staates. „Die Lösung besteht im permanenten Nebeneinander und in der Beachtung dieses Widerspruchs.“⁸² Insofern befindet sich der Staat in einem Übergangsstadium. „Seit acht Jahren ist Bolivien in diesem Stadium der beschleunigten und antagonistischen Transformation ein lebendes Laboratorium von einer Staatsform in die andere.“⁸³

In der Auseinandersetzung mit dem rechten Block, der nicht bereit war, sich der Entwicklung eines nationalen Projektes anzuschließen, entstand die Möglichkeit der Selbstermächtigung der sozialen Bewegungen. Im entscheidenden Moment der Auseinandersetzung konsolidierte sich der nationale Volksblock und übernahm das Kommando auf drei wichtigen Feldern: Multinationalität, Autonomie und staatliche Leitung der Wirtschaft. Für García ist wichtig, dass der Staat in der Lage war, entscheidende Vorteile durch die teilweise Ausübung wirtschaftlicher Macht zu erringen. Er beschnitt wesentlich die Bourgeoisie durch die Nationalisierung der Erdölindustrie. Mit Kontrolle von unten (Gewerkschaft, Kooperative, kommunale Gruppen) soll verhindert werden, dass sich neue „Eliten“ herausbilden. Der Staat im Übergang ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch „ein kollektiver Unternehmer.“ (seit 2005 hat sich der Anteil des Staates an BIP von 15 auf 31% 2009 erhöht).⁸⁴

Ausgehend von der Naturtradition der indigenen Bevölkerung, insbesondere der Bauern, nehmen die sozialen Bewegungen eine ablehnende Haltung zum Staat-Desarrollista, d.h. im Sinne kapitalistischer Entwicklung, ein. Jetzt, da die bisher Ausgeschlossenen selbst „Staat“ sind, muss ein entsprechendes Verhältnis zwischen Umwelterhaltung und Schaffung entsprechender Ressourcen zur Befriedigung der Grundbedürfnisse des Volkes geschaffen werden. Und hier liegt dieser Widerspruch: Die Forderung nach Sicherung der Umwelt einerseits und dem erforderlichen Prozess der Industrialisierung, der überhaupt erst die Möglichkeit schafft, Mittel für Sozialprogramme zu erarbeiten und Möglichkeiten zur Modernisierung der Landwirtschaft zu sichern. „Es handelt sich um diesen Widerspruch ‚Staat der sozialen Bewegungen‘ zu sein und zu entscheiden zwischen Demokratisierung der Macht und dem Entscheidungsmonopol des Staates. Offensichtlich müssen wir mit diesem Widerspruch leben. Wir brauchen das Gas und das Erdöl aus dem Nordamazonas, weil wir die ökonomischen Strukturen verändern müssen. Der Staat als Repräsentant der indigenen Bewegung und der Bauern, der den Gemeinden ihr Recht auf Landbesitz sichert, muss aber auch das kollektive, allgemeine Interesse im Auge haben.“⁸⁵

Ausgehend von diesen Überlegungen, bemüht sich die Regierung

- um enge Kontakte mit den entsprechenden Gemeinden, auf deren Territorien Öl- oder Gasförderung prospektiert wird, um ihr Einverständnis für die Exploration einzuholen. Dazu

⁸² Álvaro García Linares, in „Crítica y Emancipación“, Revista Latinoamericana de Ciencias Sociales, Jahr 2, Nr. 4, S. “. Semester 2010

⁸³ Álvaro García Linares in „El Estado – Campo de Lucha“, CLACSO, La Paz, 2010, S. 15

⁸⁴ ebenda, S. 25

⁸⁵ Interview in „Le Monde-Diplomatique“ Bolivien mit Álvaro García Linera, veröffentlicht in „Carta Maior“, 13.8.2009

wurden Gespräche mit der „Zentrale der indigenen Völker von La Paz“ (CPILAP – Central de los Pueblos Indígenas de La Paz) geführt und Einvernehmen erzielt.

- Beschlossen wurde, ökologisch sensible Gebiete nicht anzurühren und dort keine Förderung vorzunehmen. (Beispiel der Exploration im Nordamazonasgebiet). Es werden weder Konzessionen an die Repsol noch an die Petrobras vergeben.⁸⁶

Vizepräsident García reagiert mit dieser Argumentation auf Meinungen, dass Präsident Morales nach außen einen Diskurs der Sicherung der Umwelt (der Pachamama) führt, in der Tat der Staat aber desarrollistisch agiert.

Raúl Prada Alcoreza (bis September 2010 Vizeminister für strategische Planung der Regierung Boliviens, Soziologe) geht bei seiner Betrachtung der Rolle des Staates von der Feststellung aus, dass der Staat „eine Beziehung von verschiedenen Kräften ist: Kräfte, die die Macht ausüben und Kräfte, die dieser ausgesetzt sind.“⁸⁷ Wird eine Veränderung der ökonomischen Basis angestrebt, muss sie von einer Änderung der Politik begleitet werden. Wenn, wie im Falle Boliviens, ein anderes Produktionsmodell angestrebt wird, muss eine umfassende Transformation aller sozialen Bedingungen, aller Instrumente und Aktivitäten folgen, d.h. es geht um eine kulturelle Revolution. „Wir sprechen von einem Modell ohne Ausbeutung, das die Kapazitäten, die Potenzen und die Kreativität aller Kräfte und Subjekte, die an diesem harmonischen Transformationsprozess beteiligt sind, einschließt.“⁸⁸ In diesem Sinne betrachtet er die Entwicklung des Staates in Bolivien als Übergangsperiode wie auch Álvaro García.

Für Prada stellt diese Übergangsperiode den Versuch dar, eine harmonische Entwicklung der Produktivkräfte und der Ökosysteme zu erreichen. Die Industrialisierung kann nicht negiert werden, sie muss aber der Logik des Lebens und der Komplexität der Naturbedingungen untergeordnet werden. „Folgen wir dem Paradigma der industriellen Revolution, verewigen wir die Akkumulation des Kapitals und reproduzieren das Modell des Extraktivismus in anderer Form.“⁸⁹ Für Prada setzt diese Zielstellung voraus, das Kräfteverhältnis zu Gunsten der sozialen Bewegungen und Volkskräfte zu verändern. In seinem Beitrag während des Seminars „Demokratie, Partizipation, Sozialismus“ im Juni 2010 in Quito, organisiert vom Büro der RLS, betont Prada, dass der Kampf der sozialen Bewegungen zwischen 2000 und 2005 das alte Herrschaftsmodell zerstörte, den Weg freimachte für den Wahlsieg der MAS (Movimiento al Socialismo – Bewegung zum Sozialismus) und mit Unterstützung der absoluten Mehrheit des Volkes eine andere „politische Topologie und Geografie der Institutionen“⁹⁰ schuf. Der bolivianische Staat ist plurinational, kommunitär und autonom. Nach Prada ist der Plurinationalismus, die Wiedergeburt der kommunitären traditionellen Gemeinschaften und ihrer Modernisierung die Grundlage für die Sicherung der Territorialität mit ihren ökologischen Nischen.⁹¹

Die demokratische Legitimation der politischen Institutionen ermöglicht die Durchführung ökonomischer und politischer Reformen, die die Grundlagen für ein neues ökonomisches und ökologisches Entwicklungsmodell schaffen. Prada stellt sich dieses Modell als polyzentrisches System nachhaltiger Produktionsformen vor, in dem die bestimmende Rolle des Staates gewährleistet ist (z.B. Nationalisierung der Naturreichtümer).

Und Prada zählt auf: Plurale Wirtschaft, bestehend aus sozialer und kommunitärer; Entscheidungsgewalt des Staates bei Bestimmung der verschiedensten wirtschaftlichen Organisationsformen; Industrialisierung der Naturressourcen; Verwirklichung einer ökologischen Konzeption unter Berücksichtigung des Landes, der Biodiversität, der Umwelt, der Naturressourcen wie Wasser, Wald etc., d.h. einer nachhaltigen Entwicklung.

„Wir sind weit entfernt davon, ein desarrollistisches Entwicklungsmodell im Sinne der industriellen Revolution des XIX. Jahrhunderts und der desarrollistischen Imitation der kapitalistischen Peripherie wie sie noch durch die CEPAL-Schule des XX. Jahrhunderts geprägt wurde, zu

⁸⁶ Repsol: bolivianische, Petrobras brasilianische staatliche Erdölgesellschaft.

⁸⁷ Raúl Prada in „Übergangsprozess“, Argenpress, 3.11.2011

⁸⁸ ebenda

⁸⁹ ebenda

⁹⁰ Raúl Prada, „Deconstruir el Estado y refundar la sociedad: Socialismo comunitario y Estado plurinacional“, Website des Büros der RLS in Quito, Oktober 2010, S. 69

⁹¹ Raúl Prada, in „Socialismo e Desenvolvimento“, Biblioteca Diplo, 21.1.2010

realisieren.“⁹²

Prada sieht Gefahren im ethnischen Nationalismus und im Paternalismus, die in der bolivianischen Gesellschaft existent sind, da sich diese hemmend auf die Verwirklichung des neuen Entwicklungsmodells auswirken können

„Es handelt sich um eine Übergangsperiode, in der strukturelle, institutionelle Transformationen durchgeführt werden und die historische Möglichkeit eröffnen, ein alternatives Modell zum Kapitalismus, zur Moderne und zur Entwicklung⁹³ zu schaffen.“

Debatte des „kommunitären Sozialismus“

„Wir sind nicht kommunistisch, sondern kommunitär“, sagt *Fernando Huanacuni*,⁹⁴ *Álvaro García Linera* unterstreicht, dass Bolivien einen „kommunitären Sozialismus“⁹⁵ aufbauen wird.

Die Originalität des bolivianischen Prozesses erschwert ein Verständnis im klassischen Sinne. Schon die Verschiedenartigkeit der Organisationen, die teilnehmen, die Verschiedenartigkeit ihrer Kulturen und deren Entstehung vor mehr als 500 Jahren, lässt Schlussfolgerungen im herkömmlichen Sinne nicht zu.

Die Form der kommunitären Wirtschaftsorganistaion stellt ein Produktions- und Reproduktionssystem des Lebens der bolivianischen Gesellschaft dar, die auf der Grundlage des Denkens der indigenen Völker und der Bauern aufbaut. Die Verfassung sieht plurale Wirtschaftsformen vor, orientiert auf die Dekolonialisierung und Verbesserung des Lebens der Menschen und des „Vivir bien“. Als plurale Wirtschaftsform ist es eine Kombination von kommunitärer, staatlicher, privater und kooperativer Wirtschaft und entspricht den Prinzipien der Komplementarität, der Reziprozität, der Solidarität, der Umverteilung, wirtschaftlicher und politischer Gleichheit und Gerechtigkeit.

Raúl Prada bezieht sich in seinem Beitrag in Quito auf Samir Amin, der von einer langen Übergangsphase zum Sozialismus spricht, was voraussetzt, dass der unipolare Charakter der gegenwärtigen Welt verändert werden muss und der antiimperialistische Kampf wesentliche Voraussetzung für Transformationsprozesse ist.⁹⁶

Wenn Morales und Garcia über „Sozialismus“ reden, meinen sie einen „Sozialismus, der von den Bolivianern erfunden wird, der sozialistische Ziele in einem Prozess der Radikalisierung der Demokratie in sich aufnimmt und das Projekt der Wiederbelebung der kommunitären Gemeinschaften und der indigenen Völker verwirklicht.“⁹⁷

5. Die Bürgerrevolution in Ecuador („la Revolución Ciudadana“)

Seit mehr als zehn Jahren durchlebt das Land an der Pazifikküste turbulente Zeiten, in denen es sieben verschiedene Präsidenten hatte. Neoliberale Politik, vollständige Dollarisierung der Wirtschaft und Korruption stürzten es in Armut und tiefe Abhängigkeit vom Finanzkapital und internationalen Markt. Mit Erstarken der sozialen Bewegungen, die den Sturz der neoliberalen Präsidenten herbeiführten, eröffnete sich die Möglichkeit, alternative Wege zu gehen. Rafael Correa wurde 2006 als Präsident gewählt, weil er noch als Wirtschaftsminister in einer der Vorgängerregierungen politisch Abstand zum IWF nahm und sich gegen die USA positionierte, indem er sich den makroökonomischen Vorgaben neoliberaler Politik widersetzte.

Als eine wichtige Maßnahmen, die Correa im Wahlkampf propagierte, wurde eine neue Verfassung erarbeitet und im September 2008 (70% Zustimmung) angenommen. Ähnlich der neuen Verfassung Boliviens werden in ihr die Rechte, Traditionen und die Kultur der indigenen Bevölkerung festgeschrieben. Inhaltlich erfasst sie die Forderung nach einer multipolaren Welt bis

⁹² Siehe dazu auch den Beitrag Pradas während des Seminars in Quito, S. 76

⁹³ Prada verwendet den Begriff „Entwicklung“ im Sinne bisheriger kapitalistischer Entwicklungssysteme.

⁹⁴ Fernando Huanacuni, „Unser Modell ist nicht kommunistisch, sondern kommunitär“, Brasil de Fato, 14.7.2009

⁹⁵ Raúl Prada; „Abbau des Staates und Neukonstituierung der Gesellschaft. Kommunitärer Sozialismus und plurinationaler Staat.“ Vortrag im Seminar des Büros der RLS „Demokratie, Partizipation, Sozialismus“ in Quito, Juni 2010

⁹⁶ Raul Prada, „Deconstruir el Estado y refundar la sociedad: Socialismo comunitario y Estado plurinacional“, Seminar Quito, Juni 2010

⁹⁷ Ebenda, S. 81

hin zum nachhaltigen Umgang des Menschen mit der Natur. Die Natur wird als Rechtssubjekt im Artikel 71 definiert und festgeschrieben, dass ihre Erhaltung und die Regeneration der Lebenszyklen grundlegend für die ecuadorianische Bevölkerung sind.

Eine besondere Rolle wird dem Staat zugeschrieben. Er hat das Recht zu regulieren, zu kontrollieren und strategische Wirtschaftssektoren zu lenken. Das sind alle Energieformen, Telekommunikation, Naturressourcen, Transportwesen, Verarbeitung des Erdöls/Erdgases, Biodiversität, genetische Ressourcen, Wasser und anderes, was noch durch Gesetze bestimmt wird.

Mit dieser Verfassung wurde ein Transformationsprozess eingeleitet, der für die indigene Bevölkerung Befreiung vom kolonialen Erbe bedeutete und mit dem der ecuadorianische Staat neu begründet wurde. Um mit *Anibal Quijano* (Direktor des „Zentrums für Soziale Forschungen, Lima, Professor an der Universität von Binghamton, Soziologie, New York) zu urteilen, wurde in Ecuador, die Möglichkeit einer „historischen Option“ zur Veränderung der Gesellschaft ergriffen.⁹⁸

Für die vor sich gehenden Veränderungen wird in Ecuador der Begriff der „Bürgerrevolution“ gebraucht. Nach *Alexandra Ocles* (Ministerin des Sekretariats für die Völker, Soziale Bewegungen und Bürgerbeteiligung, Universidad Salesiana, Quito, Psychopädagogin) ist die „Bürgerrevolution ein politisch-historischer Prozess, der sich nicht am Rande einer aktiven Partizipation von bestimmten Gruppen, Bewegungen und Sektoren der Bevölkerung, entwickelte. Durch Jahre hindurch haben diese für eine Demokratisierung der Gesellschaft und des Staates gekämpft. Besonders auch gekämpft für die immense Masse der Bevölkerung, die nie aufgerufen, nie konsultiert, nicht geachtet wurde, an Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Das Ziel, das wir uns stellen, ist, dieser immensen sozialen Masse eine Stimme zu geben und sie nicht nur als Wahlstimmen zu nutzen.“⁹⁹

Partizipation ist gedacht als aktiver Prozess, an dem sich möglichst viele Bürger der Zivilgesellschaft, der regierenden „Movimiento Alianza PAIS“¹⁰⁰ und auch der sozialen Bewegungen beteiligen sollen. Im Gesetz zur „Bürgerbeteiligung“ ist festgelegt, dass die direkte Demokratie als Ergänzung zur repräsentativen Demokratie realisiert wird. Um das zu gewährleisten werden sowohl auf nationaler Ebene („Multinationale und Interkulturelle Bürgervollversammlung des *vivir bien*“, „Gleichheitsrat“, „Nationaler Planungsrat“ etc.) als auch auf territorialer Ebene Bürgerräte geschaffen („Örtliche Vollversammlung“, „Organe der Bürgerpartizipation“, lokale „Bürgerräte“). Zusammengesetzt sind sie plural mit Beteiligung sozialer Organisationen, verschiedener Territorien und sind thematisch orientiert.

Ihre Aufgabe ist es, Entscheidungen zu treffen, zu planen, öffentliche Angelegenheiten umzusetzen und die Tätigkeit staatlicher Organe zu kontrollieren.

Marta Harnecker hat diese Fragen explizit in Gesprächen mit führenden Persönlichkeiten¹⁰¹ Ecuadors analysiert.¹⁰² Zusammengefasst sind es folgende Gedanken:

- Für den Transformationsprozess der Gesellschaft werden politische Instrumente gebraucht, die eine klare Orientierung haben, wohin die Gesellschaft gehen soll. Zum einen ist das eine Partei, die führt und orientiert, zum anderen sind das verschiedene Instrumente der Zivilgesellschaft. Nur allein eine politische Partei ist nicht ausreichend.
- Die Entwicklung dieser Instrumente muss sich aus den Reihen der Mitgliedschaft heraus vollziehen, nicht durch den Staatsapparat bestimmt werden. Sie haben die Aufgabe, den Staatsapparat zu kontrollieren.
- Aufgebaut werden muss ein Staat, der die Interessen der gesamten Gesellschaft vertritt und nicht nur die einiger weniger Sektoren. Seine Hauptaufgabe ist es, den

⁹⁸ Anibal Quijano, „Das Labyrinth Lateinamerikas – Gibt es andere Auswege?“, in *Revista Venezolana de Economía e Ciencias Sociales*, Januar/April 2004, Band 10, Nr. 1

⁹⁹ Alexandra Ocles, Seminar des Büros der RLS in Quito, Juni 2010, in „Demokratie, Partizipation, Sozialismus“, Oktober 2010

¹⁰⁰ Movimiento Alianza PAIS (*Patria Altiva y Soberana*)– „Bewegung Stolz und Souveränes Vaterland“, PAIS ist eine Partei/Bewegung, die sich aus verschiedenen Gruppierungen zusammensetzt und Präsident Correa unterstützt.

¹⁰¹ Ricardo Patino – Außenminister Ecuadors, Eduardo Paredes – Mitglied des Politbüros der Alianza PAIS

¹⁰² Entrevista de Marta Harnecker A Ricardo Patiño Y Eduardo Paredes, „Reflexiones acerca del instrumento político que hoy se necesita“, Quito, 8.11.2011

Transformationsprozess zu sichern, d.h. aus dem bourgeoisen Staat einen revolutionären zu schaffen.

- Grundlage des Staatsaufbaus sind Basisorganisationen, die sich aus Bürgern unterschiedlichster Orientierungen und Interessen zusammensetzen, die aber die „Bürgerrevolution“ unterstützen und „Komitees der Bürgerrevolution“ in Fabriken, der Landwirtschaft, an Universitäten oder territorial bilden. „Wir nehmen Abstand von der alten Tradition politischer Parteien und nehmen Kurs auf die Schaffung von sozialen Netzwerken, um vor allem die Jugend, Umweltgruppen, studentische Gruppen und zivilgesellschaftliche Organisationen zu erreichen. Vermieden wird eine strikt vertikale Organisation.“¹⁰³
- Das Transformationsprojekt wird ausschließlich von „uns selbst geschaffen“ und berücksichtigt die unterschiedlichen Ursprünge, Ideen und Vorstellungen der Beteiligten.

Die Rolle der sozialen Bewegungen

Im Moment der Regierungsübernahme konnte Rafael Correa mit einer für Ecuador günstigen politischen Situation in Lateinamerika rechnen. Die Stärke der sozialen Bewegungen hatte schon in anderen Ländern des Kontinents zu Veränderungen geführt, sodass sich Ecuador der Unterstützung der Regierungen Venezuelas, Boliviens, Brasiliens u.a. gewiss sein konnte.

Nach Meinung des brasilianischen Soziologen *Emir Sader* (Professor an der Universidade Estadual de Rio de Janeiro, Exekutivsekretär der CLALCSO) waren die sozialen Bewegungen die treibenden Kräfte, um mit dem bisher vorherrschenden Modell neoliberaler Politik zu brechen. Vergleichbar mit Bolivien haben die Volkserhebungen in Ecuador die Möglichkeit eröffnet, auf demokratischem Wege „ihre nationale Identität neu zu gestalten“ und den Staat neu zu konstituieren.¹⁰⁴

Gemessen an der Bedeutung und Rolle der sozialen Bewegungen, bes. der indigenen Organisationen, die großen Anteil an den Veränderungen in Ecuador haben, hängt von ihren Beziehungen zur Regierung Correa die weitere Entwicklung in Ecuador ab. Im Zentrum steht die weitere Gestaltung des Entwicklungsmodells, das von Correa favorisiert wird, d.h. welche Bedeutung im Moment und zukünftig der Ausbeutung der Erdöl-, Gas- und anderer wichtiger Rohstoffe zugemessen wird. Der Druck der multinationalen Konzerne in der Andenregion auf traditionelle und indigene Gemeinden ist groß und birgt ein großes Konfliktpotential für die ecuadorianische Gesellschaft.

Ecuador hat – wie auch Bolivien – wesentliche Schritte eingeleitet, um seine Kontrolle über nationale Ressourcen herzustellen. Allerdings ist Ecuador „nicht umfassend in der Lage, sich von einer bestimmten Abhängigkeit von den Multinationalen bei Erdöl und Gas zu befreien.“¹⁰⁵

Es ist vor allem der Aktivität von *Alberto Acosta* (Mitbegründer der *Movimiento PAIS*, Exminister für Bergbau und Energie, Vorsitzender der Verfassungsgebenden Versammlung) zuzuschreiben, dass Ecuador zu einem ungewöhnlichen Vertragsabschluss (Vertrag Yasuni ITT)¹⁰⁶ mit dem „Programm der UNO für Entwicklung für Lateinamerika und der Karibik“ (PNUD) kam. Dieser Vertrag sieht vor, das Erdöl (846 Mio. Barrel = ca. 20% der Erdölreserven Ecuadors.) im Nationalpark Yasuni nicht auszubeuten. Für die Nichtausbeutung dieses Ölfeldes erhält Ecuador 3,6 Mrd. US-\$. Diese Summe entspricht 50% der Einnahmen, die Ecuador im Falle der Ausbeutung dieser Erdölfelder bekäme. Geschaffen wird in der Verwaltung der PNUD mit Beteiligung der ecuadorianischen Regierung, der Zivilgesellschaft und der teilnehmenden Gesellschaften ein Kapitalfond.¹⁰⁷

Acosta sagt, „die Entwicklung muss nachhaltig für die Umwelt sein.... Wenn wir eine neue Entwicklungsethik vertreten, müssen in diesem Prozess substantielle Elemente eines radikalen Transformationsprozesse enthalten sein, wie u.a. Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, wie auch

¹⁰³ Aussage von Ricardo Patino in „Reflexiones...“

¹⁰⁴ Emir Sader, „Schaffung einer neuen Hegemonie“, Página12, 24.8.2008

Sader ist Direktor des Laboratoriums Öffentlicher Politiken, Universität Rio de Janeiro, und Exekutivsekretär des Lateinamerikanischen Rates für Sozialwissenschaften CLACSO

¹⁰⁵ Francois Houtard, „De la resistencia a la ofensiva en America Latina!“, Brüssel, 14.4.2007

¹⁰⁶ „Vertrag Yasuni ITT“ – Erdölfelder Ishpingo, Tambocochoa, Tiputini. Von Acosta Juni 2007 als Vorschlag erarbeitet.

¹⁰⁷ International Press service (IPS), in *Envolverde*, 6.2.2010 und 5.8.2010

moralische und ethische Elemente.“¹⁰⁸

Gegenwärtig geht es darum, diesen Vertrag einzuhalten. Acosta bestätigt, dass Correa durchaus den Willen hat, das „extraktivistische Modell zu überwinden“¹⁰⁹, allerdings erheblicher Druck ausgeübt werden muss, um beim abgeschlossenen Vertrag zu bleiben.

Soziale Bewegungen und die CONAIE¹¹⁰ machen Front gegen die Wasser- und Bergbaugesetze, die von der Regierung verabschiedet wurden, weil z.B. die Umverteilung und Reprivatisierung des Wassers nicht gestattet werden, aber die Nutzung für private Bergbauaktivitäten entsprechend des nationalen Entwicklungsplanes möglich ist. Das – so stellt *Raúl Zibechi* (uruguayischer Publizist, Herausgeber der „La Brecha“) fest – entspricht aber dem „extraktivistischem Modell der neoliberalen Periode“.¹¹¹

„Indigene und andere Bevölkerungssektoren haben eigenhändig Kanäle und Wassersysteme für ihren Gebrauch angelegt, wovon ca. 3.500 kommunitäre Systeme existieren. Nun will aber die Regierung eine zentrale Verwaltungseinheit schaffen, sodass ihre gegenwärtigen Eigentümer und Nutzer nicht mehr über die Wassersysteme verfügen können.“¹¹²

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stehen heute Fragen der Erzausbeutung unter freiem Himmel, wogegen sich soziale Bewegungen im konkreten Fall aussprechen. Befürchtet wird, dass die Regierung Correa Konzessionen zum Erzabbau zustimmt. Die von Rafael Correa angeführte Bürgerrevolution ist deshalb ein Prozess mit vielen Widersprüchen. Eingeschätzt wird, dass die Beziehungen Correas und der PAIS zur CONAIE, die immerhin ca. 20% der Bevölkerung vertritt, nicht problemlos waren und sind. Correa seinerseits hat die Repräsentativität der CONAIE verschiedentlich in Frage gestellt, da sie von 22 Gouverneuren in der letzten Wahl nur fünf erringen konnte.

Lateinamerika und die indigenen Gemeinschaften aus der Sicht Anibal Quijano

Peruaner von Geburt, Soziologe und Marxist¹¹³, widmete er sich intensiv den sozialen Bewegungen und insbesondere den indigenen, die sich in den letzten Jahren besonders im Andenraum entwickelten und wesentliche Träger politischer Veränderungen in Bolivien und Ecuador sind. Im Mittelpunkt seiner Studien steht die indigene Gemeinschaft (comunidad), ihre Beziehung zum Staat und die nach seiner Auffassung bestehende Möglichkeit, sie als Ausgangspunkt einer post-kapitalistischen Gesellschaft zu betrachten. In seiner Kapitalismusanalyse geht er davon aus, dass der Kapitalismus ein „Machtsystem“ weniger eine „Produktionsweise“ ist und sieht in der Kolonialisierung Lateinamerikas den Ausgangspunkt der Entstehung rassistischer Theorien, die die biologische Überlegenheit bestimmter Völker über andere propagieren.

„In Amerika war die Rassenidee die Grundlage für die Legitimierung der Herrschaft der Eroberer. Die Ausweitung des europäischen Kolonialismus auf den Rest der Welt führten zur Etablierung einer eurozentristischen Sicht des Wissens und der Rassenidee kolonialer Beziehungen zwischen Europäern und Nichteuropäern.“¹¹⁴

Nach Quijano kann eine Demokratisierung der lateinamerikanischen Gesellschaften nur als Prozess der Dekolonialisierung und der Veränderung der Machtstrukturen vor sich gehen.

Ableitend davon, ist „die Demokratie immer eine juristische und politische Gerechtigkeit zwischen Ungleichen in allen Sphären des Lebens“ und bleibt somit „limitiert und prekär“¹¹⁵. Obwohl die lateinamerikanischen Staaten unabhängig wurden, verblieben sie im Stadium kolonialer Abhängigkeit. Eine Transformation der Gesellschaft kann nur mit einer Änderung der materiellen

¹⁰⁸ Alberto Acosta in „El Buen Vivir, una oportunidad por construir“, ALAI, América Latina en Movimiento, 16-2-2009

¹⁰⁹ Acosta in Argenpress, 16.2.2010

¹¹⁰ CONAIE – Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador (Konföderation der Nationalitäten Ecuadors)

¹¹¹ Raúl Zibechi, in „Sozialismo o represión“, in La Jornada, 13.10.2009

¹¹² ebenda

¹¹³ Anibal Quijano ist Direktor des „Zentrums für soziale Forschungen“, Peru, Professor an der Universität von Binghamton, Abteilung Soziologie, New York

¹¹⁴ Anibal Quijano, „Kolonialisierung der Macht“ in „Kolonialisierung des Wissens: Eurozentrismus und soziale Wissenschaften. Lateinamerikanische Perspektiven“ Edgardo Lander (Herausgeber), Colección Sur Sur, CLACSO, Buenos Aires, September 2005

¹¹⁵ Antonio Martins, „A revolução segundo Quijano“, 9.8.2004 in IPS (International Press Service)

und sozialen Bedingungen erreicht werden. Vor allem erscheint Quijano wichtig, die eurozentristische Sichtweise zu überwinden, die er selbst dem marxistischen Denken zuschreibt.

Im Zentrum seines lateinamerikanischen Denkens stehen die Erfahrungen der indigenen Gemeinschaften, ihre kommunitären Erfahrungen: Die Gemeinschaft erzeugt ihre Produkte gemeinsam, kontrolliert ihre Verteilung. Für die Mitglieder der Gemeinschaft ist es erforderlich, den gegenwärtigen Staat nach und nach in Frage zu stellen. Eine neue Gesellschaft wird nur zustande kommen, wenn sie eine Kontrolle über den Reichtum und die Staatsmacht herstellen, ein anderes Denken und andere Kultur entwickeln und die Geschlechterfrage lösen kann.

Bei der Analyse indigener Gemeinschaften, die alle bestimmte Besonderheiten haben, ist es bisher nur in Ecuador gelungen, eine gemeinsame Organisation zu schaffen (s. CONAIE). In Ecuador wurde erstmalig die Befreiung von kolonialer Vorherrschaft mit der Idee der Änderung der materiellen und sozialen Bedingungen und damit auch die der Machtfrage verbunden. Quijano schlussfolgert, dass ein neu entstehender Staat multikulturell, multinational und international sein muss.

Auf diesem Wege ist es die erste Aufgabe, den Staat und die Gesellschaft zu dekolonialisieren und den multinationalen Staat zu konstituieren wie in Bolivien und Ecuador geschehen.

Nach Quijano ist Lateinamerika das Zentrum weltweiter Resistenz gegen den Kapitalismus und dabei, Alternativen zum gegenwärtigen Machtsystem zu entwickeln. Die da sind: „Es entstehen unserer eigenen Formen sozialen Lebens, befreit von der kolonialen Dominanz und der ethnischen, sexistischen und rassistischen Diskriminierung. Es bilden sich neue Formen von Gemeinschaften heraus wie vor allem unsere politische staatliche Organisation. Freiheit und Autonomie des Individuums als Ausdruck sozialer Diversität und Solidarität sind unsere Ziele und wir sind auf dem Wege, demokratisch zu entscheiden, was wir benötigen und was wir produzieren, d.h. wir schaffen Voraussetzungen, um den Kapitalismus zu überwinden.“¹¹⁶

Ausgangspunkt ist für Quijano die Feststellung, dass sich die indigenen, bäuerlichen Bewegungen zu bedeutenden Akteuren entwickelt haben und mit der Realisierung der Weltsozialforen mit alternativen Ideen politisch pronunziert in Erscheinung traten. Quijano sieht in den indigenen bäuerlichen Gemeinschaften Beispiele, wie sie von ihren Mitgliedern selbst gestaltet und kontrolliert werden können. Für ihn sind sie Weg und Ziel. Reziprozität in der Arbeitsorganisation und der Sozialisierung der Arbeit sowohl ihrer Ressourcen wie auch ihrer Produkte sind die Basis dieser Gemeinschaften, die sowohl Struktur wie auch staatliche Repräsentanz sein können.

Bäuerliche Gemeinschaften stellen nicht mehr nur die Frage nach einer Agrarreform, sondern fordern umfassende Reformen landwirtschaftlicher, nachhaltiger Produktionsformen und „eine substantielle Modifizierung der herrschenden Strukturen“¹¹⁷, d.h. nicht nur der Landverteilung, sondern der Veränderung der herrschenden Verhältnisse auf dem Lande.

Quijano meint, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen die Erfahrungen der indigenen Gemeinschaften wiederbelebt werden können. Ohne diese Erfahrungen zu idealisieren, unterstreichen sie vor allem ein ausgeglichenes Verhältnis des Menschen zur Natur und der menschlichen Solidarität.

Quijano unterstützt die Einschätzung Álvaro Garcías (s. dessen Auslassung zum „andinen Kapitalismus“), dass „einerseits die Kontrolle des Staates über die Gewinne aus der Vermarktung des Gases und Erdöls erforderlich ist und andererseits diese Mittel für die Förderung der Gemeinschaften, der Völker, kleiner und mittlerer Unternehmen und der öffentlichen Dienstleistungen eingesetzt werden.“¹¹⁸

Die Entwicklung der indigenen Bewegungen ging vor allem im Amazonasgebiet vor sich, das sowohl Bolivien, Peru, Ecuador, Venezuela als auch Teile Brasiliens und Venezuelas einschließt. Im Ergebnis wurde das Selbstbewusstsein dieser Völker erweckt und sie begannen, einen

¹¹⁶ Anibal Quijano, „Dekolonialisierung der Macht – alternative Horizonte“, in „La Americanidad como concepto o las Américas en el Moderno Sistema-Mundo“, in co-autoría con Immanuel Wallerstein, in *Internacional Journal of Social Sciences*, 134, Nov. 1992, Paris, Francia.

¹¹⁷ Anibal Quijano, in *OSAL*, Nr. 19 (Jahr VII), Januar- April 2006

¹¹⁸ ebenda

bedeutenden Einfluss auf die entsprechenden Gesellschaften auszuüben. Quijano spricht von einer faktischen „Parallelgesellschaft, arm und schwach, aber sichtbar in einigen Ländern Lateinamerikas“¹¹⁹.

In Folge dieser Mobilisierungen entwickelte sich ein Prozess der Wiederbelebung traditioneller Denkweisen und des Wissens dieser Völker.

In seinem Sinne ist der „Sozialismus nichts anderes, als eine radikale Transformation der Kontrolle über Arbeit/ Ressourcen/Erzeugnisse und Autorität/Institution/Gewalt, über zwischenmenschliche Beziehungen/Wissen/Kommunikation gegenüber dem täglichen Leben der Menschen, d.h. eine Sozialisierung der Macht.“¹²⁰

In seinen Überlegungen geht Quijano davon aus, dass es für diese Völker ein doppeltes Problem gibt: sie können nicht ohne den Markt existieren, aber auch nicht mit ihm. Das Gleiche betrifft den Staat. Deshalb ist für die „Opfer dieses Prozesses jeder Erfolg beim Zugang zu den Allgemeingütern und Leistungen, die auf der Basis der Arbeit entstehen, eine radikale Demokratisierung ihrer sozialen Existenz.“¹²¹

Die neu entstehende Selbstverwaltung auf kommunaler Ebene, wenngleich in embryonaler Form, ist in Lateinamerika vielfach zu beobachten: in Ecuador und Bolivien, in Brasilien und anderswo. Erst diese Entwicklung gestattet, den Auswirkungen des kapitalistischen Systems auf die Menschen konstruktiv entgegen zu treten und einer sozialen Katastrophe zu entgehen.¹²²

6. Die Transformationsdebatte in Brasilien – Neo-Desarrollismus, Reform oder Revolution?

Die politische Situation in Lateinamerika hat sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt. Deshalb ist es nur natürlich, dass die Linke Lateinamerikas sich verstärkt der Transformationsdebatte und der Entwicklungsmodelle zuwendet: progressiv, national und/oder integrationsorientiert. In mehr als elf Ländern sind durch Druck und Willen der Mehrheiten linksgerichtete Regierungen gewählt worden. In der Andenregion herrscht der ethnische indigene Faktor vor, andere haben - wie Bolivien und Ecuador - ebenfalls die Vorherrschaft des neoliberalen Modells in Frage gestellt. So können die Länder Lateinamerikas neu über ihre Zukunft und ihre Entwicklungsprojekte nachdenken. Das ist der Unterschied zu den 90-er Jahren, als der IWF im Interesse der Transnationalen die Bedingungen diktieren konnte. Natürlich haben wir es mit einer Vielzahl von Überlegungen zu tun. Und das Meinungsbild ist sehr vielfältig und zuweilen auch sehr kontrovers!

Mit der Krise des neoliberalen Kapitalismus werden in vorausdenkenden Sektoren der Unternehmerschaft Überlegungen angestellt, was an Stelle des neoliberalen Modells gesetzt werden kann. Gedacht wird im Sinne eines „globalen sozialdemokratischen Systems“, da die Krise starke Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die Armut, die sozialen Felder Bildung, Gesundheit und Sozialversicherung hat. Dieses „sozialdemokratische System“ heißt: Verstärkung öffentlicher Politiken bei Bildung, Gesundheit, Sozialprogramme, Reduzierung der Auslandsschulden der ärmsten Länder. Sinn und Zweck dieser Überlegungen ist es, eine bessere Legitimation des Kapitalismus zu erzielen und das System in seinen Grundzügen beizubehalten.

1. Konzeption des „globalisierten Sozialdemokratismus“

(favorisiert durch Vertreter des post-neoliberalen Sektors, Stiglitz, Fernando Henrique Cardoso, ehemaliger Präsident Brasiliens)

Dieses Modell geht aus von der regulierenden Kraft der Märkte und der Integration der Ökonomie in die Weltwirtschaft, kompensiert durch soziale Politiken zur Bekämpfung der Armut und Ungleichheit. Das ist verbunden mit dem Recht, einen Basiskorb an Gütern und Dienstleistungen zu erhalten, ohne dass dieses Einkommen durch eigene Arbeit erworben wird. Dem liegt die Einsicht zugrunde, dass die Arbeitslosigkeit strukturell ist und als Grundtendenz des späten

¹¹⁹ Anibal Quijano, in La Onda Digital, Juni 2004

¹²⁰ In OSAL, Jahr VII, N° 19, Januar-April 2006

¹²¹ Anibal Quijano in „Das Labyrinth Lateinamerikas – Gibt es andere Auswege?“

Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales, vol. 10, n° 1, Januar-April 2004, Seiten 75-97

¹²² ebenda

Kapitalismus erkannt ist.

Nach Meinung der Verfechter dieser Konzeption wurde in Brasilien diese Politik in verschiedenen Etappen realisiert: 2001 durch Fernando H. Cardoso (Präsident Brasiliens von 1994 – 2002) und später durch die Regierung Lula mit dem Programm „Bolsa Familia“, der Förderung der Schulbildung und Alphabetisierung, und das für 6,5 Mio. Familien 2004 und 11 Mio. 2009 (im BIP von 0,15% 2002 auf 0,32% 2008). Mit der Veröffentlichung des Programms „Brasilien ohne Armut“ durch die Regierung Dilma Rousseff wird nach Meinung der Protagonisten dieses Modells die nächste Runde eingeleitet.¹²³

Gesichert werden die für die Sozialpolitik eingesetzten Mittel aus den Überschüssen des internationalen Handels und des wirtschaftlichen Wachstums, der auch auf Kosten der Umwelt erreicht wird. Jedoch muss eine Umverteilung der Konzentration des Reichtums vorgenommen werden. Hier liegt der Widerspruch für den Staat, der ein regressives Steuersystem realisiert und einen hohen Anteil seiner Zinszahlungen den Kapitalbesitzenden zurückzahlen muss.

2. Konzeptionelle Vorstellungen der CEPAL (Comisión Económica para América Latina)¹²⁴

Im historischen Rückblick sind nach Meinung der CEPAL zwei Tendenzen sichtbar geworden: Schaffung von Stabilität durch eine Politik der Anpassung an den Markt und der Reduzierung der Rolle des Staates, was starke Defizite für die Entwicklung der Länder mit sich brachte. Besonders die Krise 2008-2010 bewirkte ein Umdenken über die Art und Weise der Entwicklung. Im Vordergrund steht die Debatte über die Rolle des Staates: „Das Verhältnis zwischen Markt, Staat und Gesellschaft, was in den letzten Jahrzehnten vorherrschte, zeigte sich unfähig, auf die heutigen und zukünftigen Herausforderungen zu antworten. Die Herausforderung besteht nun darin, den Staat auf den ihn zukommenden Platz zu setzen.“¹²⁵

Deutlich wird, dass die CEPAL ein neues Element in der Entwicklungslogik erkennt und von der „Stunde der Gleichheit“ („A hora da Igualdade“) spricht. Erkennbar ist dieses Element in einem Sozialpakt, der mehr Möglichkeiten für soziale Politik garantiert. Der Staat realisiert eine Steuerpolitik, die eine bessere Einkommensverteilung und Sicherung des Arbeitsplatzes ermöglicht. Auf diese Weise entsteht kein Konflikt zwischen sozialer Gleichheit und wirtschaftlicher Dynamik. Die CEPAL schlägt vor, „wachsen, um gleich zu stellen und gleich zu stellen, um zu wachsen.“¹²⁶ In diesem Sinne sind langfristig Gleichheit, wirtschaftliches Wachstum und nachhaltige Umweltpolitik gleichrangige Faktoren. Für diese Entwicklung wird der Staat als Protagonist dieser Politik als unabdingbar angesehen, der mehr Demokratie und mehr Gleichheit ermöglichen muss.

Drei Faktoren werden von der CEPAL genannt:

- „Treibende Kraft für die regionale Wirtschaft zu Gunsten der Entwicklung,
- begegnen der Krise mit neuen politischen Instrumenten und
- erfüllen der historischen Pflicht der Beseitigung der Ungleichheit und der Exklusion.“¹²⁷

Die CEPAL beachtet in ihren Überlegungen der weiteren Entwicklung des lateinamerikanischen Kontinents die Unterschiede, die zwischen den einzelnen Ländern existieren. Sie erkennt die klimatischen, wissenschaftlich-technologischen, demografischen und kulturellen Veränderungen, die weltweit vor sich gehen. Notwendig erscheint ein „neues Entwicklungsparadigma, das ein kollektives Bewusstsein zu den globalen öffentlichen Gütern schafft und mehr Menschen in die Bewältigung globaler Probleme und der Demokratie einbezieht.“¹²⁸

Bei der Beurteilung dieser Position taucht die Frage nach den historischen und theoretischen Wurzeln dieses Konzeptes auf. Zu vergleichen wären deshalb die ursächlichen Positionen der CEPAL, geprägt durch Raul Prebisch und Celso Furtado, mit denen der Desarrolistas der Gegenwart. Inhaltlich stimmt die Konzeption der CEPAL mit dem Konzept des „globalisierten

¹²³ In Outras Palavras, 28.6.2011

¹²⁴ Siehe dazu: „A hora da Igualdade – Brechas por selar, Caminhos por abrir“, Trigésimo terceiro período de sessões da CEPAL, Brasília, 30.5. – 1.6.2010

¹²⁵ ebenda, Seite 6

¹²⁶ ebenda, Seite 7

¹²⁷ ebenda, Seite 9

¹²⁸ ebenda, Seite 55

Sozialdemokratismus“ überein, da es den Markt als regulierende Institution betrachtet und mit sozialen Programmen versucht, Armut und soziale Ungleichheit zu kompensieren.

Für die Linke Lateinamerikas stellt es ein Reibungs- und Diskussionsthema dar, mit dem Übereinstimmung oder aber auch Ablehnung verbunden sein können. Diese Position der CEPAL ist eine Weiterführung desarrrollistischer Vorstellungen und damit - vom Ausgangspunkt her betrachtet – ein neokeynsianistisches Konzept, das durchaus in den Auffassungen bestimmter linker Kräfte theoretisch und praktisch akzeptiert wird. Dieses Problem wird in den folgenden Darlegungen untersucht.

3. Die Transformationsdebatte in Brasilien

Kontrovers werden die Entwicklung in Brasilien und die acht Jahre Regierung Lula diskutiert. Unbestritten bleiben Erfolge sowohl in der Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus, in der Vertiefung der Demokratie als auch in der Durchsetzung einer verstärkten Sozialpolitik.

Brasilien, Argentinien und Mexiko sind auf dem Kontinent die politischen und wirtschaftlichen Schwergewichte, d.h. von ihnen wird die weitere Entwicklung und auch die Art und Weise der Integration wesentlich beeinflusst.

Die Gegenwart zeigt, dass selbst in den Ländern mit linksgerichteten Regierungen das kapitalistische Akkumulationsmodell nicht verändert wurde. Sollen weitere Fortschritte in der Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Kapitalismus erreicht werden, sind diese Regierungen auf starke Unterstützung seitens der sozialen Bewegungen und aller linken Kräfte angewiesen, die eine vertiefte soziale Transformation anstreben.

Brasilien nach acht Jahren Regierung Luiz Inácio Lula da Silva

In Brasilien kehrt die Debatte um die post-neoliberale Entwicklung mit der Krise des Neoliberalismus und der Wirtschaftskrise 2008-2010 deshalb mit Macht zurück.

Im Unterschied zur Neukonstituierung des Staates in Bolivien und Ecuador sieht die brasilianische Verfassung von 1988 keine Neukonstituierung des Staates vor. Sie hat zwar mehr Raum für Partizipation eröffnet und beinhaltet positive Aspekte, aber sie behielt die institutionelle Form und die Regeln zum Eigentum bei. Brasilien ist ein vertikaler, zentralistischer und autoritärer Staat. Zwingend notwendig wird deshalb eine politische Reform des Systems.

Zweifellos ist die Entwicklung in Brasilien seit dem Jahre 2003, d.h. mit der Regierungsübernahme durch Präsident Luiz Inácio da Silva, in die Periode der demokratischen Wahlsiege linksgerichteter Regierungen in Lateinamerika einzugliedern.

Emir Sader, Soziologe, Professor an der Staatlichen Universität Rio de Janeiro, Exekutivsekretär der CLACSO, beschreibt diese Entwicklung als „neue Periode, von einer Zeit des Widerstandes in eine Phase der Auseinandersetzung um die Hegemonie.....Diese Regierungen wurden als Reaktion auf die orthodox-neoliberalen Regierungen und auf Grund ihrer Programme, mehr soziale Rechte zu gewährleisten, die Macht des Marktes zu reduzieren und die Rolle des Staates wiederherzustellen, gewählt“¹²⁹.

Brasilien gehört zu diesen Staaten und weist jedoch in Vergleich zu anderen Staaten bestimmte Besonderheiten auf. Gleichzeitig und parallel mit der Realisierung der Sozialprogramme vollzog sich nach Einschätzung von Wirtschaftsexperten und Wissenschaftlern eine Reorganisation des brasilianischen Kapitalismus. Im Unterschied zur Vorgängerregierung, die im Wesentlichen eine untergeordnete Eingliederung in die Weltwirtschaft anstrebte, reagierte die Lula – Regierung mit der Wiederaufnahme eines national - desarrrollistischen Programms.

Charakterisiert wird dieses Modell durch die Stärkung der Rolle des Staates, der als Finanzier, Investor und Sozialstaat auftritt. Die staatliche „Nationale Bank für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung“ (BNDES - Banco Nacional de Desenvolvimento Economico e Social), die Zentralbank (BC – Banco Central) und Föderale Wirtschaftsbank (CEF – Caixa Economica Federal) übernahmen die Aufgabe, private Großunternehmen zu kapitalisieren und direkte Beteiligungen

¹²⁹ Emir Sader in „Postneoliberalism – A beginning debate“, „Development Dialogue“, Dag Hammarskjöld Foundation, Nr. 51, Januar 2009, S 172

staatlicher Banken an diesen Unternehmen zu forcieren.¹³⁰ Die Regierung engagierte sich aktiv und aggressiv auf den Kapitalmärkten.

Brasilianische Ökonomen sprechen inzwischen von einem „neuen Kapitalismus“ in Brasilien. Der bedeutende Soziologe *Francisco de Oliveira* (Soziologe, emeritierter Professor der Universidade de Sao Paulo) bezeichnete diese Entwicklung als Form der Umorganisation des brasilianischen Kapitalismus. „Auslandskapital, Privatisierungen und Fusionen schufen eine neue Bourgeoisie. Und destabilisierten die politischen Kräfte.“¹³¹

Charakterisiert wird dieser „neue Kapitalismus“ durch eine hohe Konzentration des Kapitals und durch Fusionsprozesse. Vor sich geht eine Verschmelzung der bisher dominierenden Form des Landbesitzes, den Latifundien, mit dem Industrie- und Bankkapital zum sogenannten Agrobusiness. Dessen besonderes Merkmal ist die territoriale Expansion, die Produktion von nachwachsenden Pflanzen für die Energie- und Treibstoffherzeugung und der Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Dem Staat ist es vorbehalten, die Infrastruktur, den Energie- und Verkehrssektor auszubauen und die großen nationalen Unternehmen in ihrer Konkurrenzfähigkeit national und international zu fördern.

Die Entwicklung des Kapitalismus in Brasilien erschließt den herrschenden Eliten die Möglichkeit, sich selbstständiger in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht in die Weltvorgänge einzuschalten. Das Entwicklungsmodell Brasiliens ist dem Inhalt nach eine nachholende kapitalistische Entwicklung,¹³² die eine bestimmte politische Nähe zu solchen Ländern wie China, Indien, Russland usw. schafft. Eine ihrer Besonderheiten besteht darin, dass sowohl die neuen wie auch Teile der alten Eliten eine Regierung tolerieren, die als „links“ oder „links-liberal“ angesehen wird und durch eine mehr oder weniger nachhaltige Sozialpolitik eine Harmonisierung der sozialen Beziehungen herstellen und neue Entwicklungsimpulse freisetzen kann. Damit wird der Versuch unternommen, einen „humanen oder nationalen Kapitalismus“ zu gestalten. Auch der Druck der ökologischen Probleme kann neue Tendenzen in dieses Entwicklungsmodell einführen.

Post-Neoliberalismus gleich Post - Washingtonkonsens?

Nach Meinung des Direktors der Weltbank Vinod Thomas ist der Post-Washingtonkonsens die Zusammenführung der orthodoxen Wirtschaftsregeln mit der Durchführung von Sozialprogrammen. Eine Schlussfolgerung, die die Weltbank nach Analyse der Politik der Lula-Regierung vornahm. Thomas fügte noch hinzu, dass „der Washingtonkonsens für sich genommen, nicht ausreichend sondern kontraproduktiv ist, da keine wirtschaftlichen Verbesserungen erreicht werden können, wenn die soziale Lage sich nicht ändert.“ D.h. für manche Politiker, ist der „Neue Washingtoner Konsens“ nichts anderes als das Soziale zusammen gefügt mit dem Wirtschaftlichen und Politischem.¹³³

Die Frage ist, ob diese Feststellung für die Linke Brasiliens akzeptabel ist oder ob sie unter dem Post-Neoliberalismus etwas anderes versteht: Sind die acht Jahre der Regierung Lula ein Bruch mit dem Neoliberalismus oder ist die Wiederaufnahme eines national - desarrolistischen Programms eine andere Form post-neoliberaler Politik?

Der Post-Neoliberalismus nach Emir Sader basiert auf der Grundlage des Liberalismus, der nicht in der Lage ist, langfristig ökonomisches Wachstum zu garantieren. Den Grund dafür sieht Sader in der Hegemonie des Finanzkapitals. Post-Neoliberalismus heißt Deregulierung, Ausweitung auf alle Sphären des wirtschaftlichen Lebens und ideologisch die Propagierung der Zentralität des Marktes. Besonders in den Ländern der Peripherie ist die Finanzialisierung politisch und ideologisch stark verwurzelt. Deshalb – so Sader – muss dem Post-Neoliberalismus mit Anti-Neoliberalismus begegnet werden, d.h.:

- „Ablehnung der Deregulierungen,
- gegen Finanzialisierung,

¹³⁰ Nach Thomson Financial (4.10.2007) betrug die Summe der realisierten Fusionen und Aufkäufe durch brasilianische Unternehmen von Januar bis September 2007 44 Mrd.\$.

¹³¹ Francisco de Oliveira in Conjuntura da Semana Especial. "A reorganização do capitalismo brasileiro", 11.11.2009, IHU On-line

¹³² Vgl. Tobias ten Brink, „Geopolitik – Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz“, S. 251.

¹³³ IHU On-line, Conjuntura da Semana, "Pós-consenso de Washington", 14.3.2011

- Ablehnung der Schwächung der Arbeitsbeziehungen,
- Ablehnung des `Freihandels`¹³⁴.

Sader spricht sich für eine detaillierte Analyse aus, in welcher Weise die Regierungspolitik neoliberal ist oder in ihr bestimmte neoliberale Elemente eingeschlossen sind.

So meint er, dass bestimmte Linke einen Unterschied zwischen Anti-Neoliberalismus und Antikapitalismus machen, d.h. dass eine definitive Lösung nur durch den Kampf um den Sozialismus möglich ist. Eine solche Position geht aus von Giovanni Arrighi's Annahme, dass die neoliberale Phase das letzte Stadium des Kapitalismus ist. Sader stellt fest, dass eine Lösung jenseits des Neoliberalismus schwierig ist, da er bes. in Ländern der Peripherie eine Korrosion der sozialen Beziehungen verursacht hat. Sader stellt auch fest, dass neoliberales Denken breit in intellektuellen Kreisen, u.a. in Brasilien, Fuß gefasst und kritisches Denken zurückgedrängt hat. Nach Sader besteht darin das Dilemma der Linken weltweit, d.h. es fehlen subjektive Bedingungen für eine Überwindung des Kapitalismus und der Nutzung der gegenwärtigen Hegemoniekrise. Für Brasilien stellt er fest, dass Widerstand und alternatives Denken durchaus vorhanden waren und deshalb eine volle Entfaltung des Neoliberalismus verhindert wurde. Entscheidende Faktoren dafür waren die Entstehung der PT und sozialer Bewegungen. Sader legt großen Wert auf die Hervorhebung des antisystemischen Potentials sozialer Bewegungen. „Im Falle Brasiliens ...war die Beibehaltung von der Vorgängerregierung übernommener Politik bestimmend für das Schicksal der Regierung Lula. Daher die Enttäuschung in den sozialen Bewegungen...In Brasilien existiert aber die Überzeugung seitens der sozialen Bewegungen, dass, trotz der bescheidenen Ansätze sozialer Politik, Transformationsprozesse mit dieser Regierung möglich sind, da mit einer konservativen Regierung solche Veränderungen für eine lange Zeit nicht mehr möglich wären.“¹³⁵

Und Sader kommt zu einer politisch bedeutenden Aussage: „Daher existiert diese Art kritischer Unterstützung in bestimmter Abstufung solcher Bewegungen wie der MST und der CUT¹³⁶, die nicht den Schritten anderer politischer Sektoren folgten, die mit der Regierung Lula brachen und sich damit sozial isolierten.“¹³⁷

Für Sader ist deshalb Post-Neoliberalismus vor allem antineoliberaler Kampf, denn „das goldene Zeitalter des Neoliberalismus ist vorbei und begonnen hat eine neue Periode des Kampfes um den Charakter der Regierung, die der neoliberalen gefolgt ist.“¹³⁸

Sader fordert geradezu, dass die sozialen Bewegungen sich aktiv am Transformationsprozess beteiligen, als politische Kraft auftreten, Allianzen bilden, Debatten führen und Alternativen formulieren und fordern müssen, um nicht in der Defensive zu verbleiben. Die entscheidende Debatte in der Auseinandersetzung mit der neoliberalen Ideologie muss politisch geführt werden. Als Gefahr sieht er das Entstehen einer „Ultralinken“, die die Dialektik dieser Entwicklung leugnet. Hauptfrage bleibt für ihn deshalb, die Mobilisierung der Massen und die praktische und theoretische Erarbeitung von Alternativen. Und das alles in enger Zusammenarbeit mit linken Parteien, die die sozialen Bewegungen „nicht ersetzen, aber eng mit ihnen zusammenarbeiten können, um die Phase des Post-Neoliberalismus zu gestalten.“¹³⁹ Wiederholt forderte Sader, dass vor allem auch das Weltsozialforum die Regierungspolitik debattieren sollte und dass die Teilnahme von Präsidenten am WSF genutzt werden muss, um ihnen die Forderungen der sozialen Bewegungen nahezubringen. Teilhaben an der Gestaltung der Politik bedeutet nicht, die Autonomie zu verlieren, wobei Sader auf die Erfahrungen Boliviens verweist.

Für Sader ist der Post-Neoliberalismus eine theoretische Herausforderung, die für die sozialen und politischen Kämpfe zu bestehen ist. Mehr als zu jeder anderen Zeit erfordert sie strategische Überlegungen, die auf Grund der neuen Regierungskonstellationen erforderlich sind. Er bezieht das direkt auf die Situation in der PT, in der es ideologische Positionen und Vorstellungen gibt, die

¹³⁴ Emir Sader in „Postneoliberalism – A beginning debate“, „Development Dialogue“, Dag Hammarskjöld Foundation, Nr. 51, Januar 2009, Seite 174

¹³⁵ Emir Sader, „Die sozialen Bewegungen und ihre Herausforderungen für 2006“, 29.12.2005, in Carta Maior

¹³⁶ MST – Movimento dos Sem Terra – Bewegung der Landlosen; CUT – Confederacao Unida dos Trabalhadores – Vereinigten Arbeiterkonföderation

¹³⁷ Emir Sader, „Die sozialen Bewegungen...“, 29.12.2005, Carta Maior

¹³⁸ Emir Sader in „Postneoliberalism – A beginning debate“, „Development Dialogue“, Dag Hammarskjöld Foundation, Nr. 51, Januar 2009, Seite 177

¹³⁹ Emir Sader, „Die sozialen Bewegungen...“, 29.12.2005, Carta Maior

sehr gegensätzlich sind. Aber die theoretische Leere oder auch die Nichtexistenz eines alternativen hegemonistischen Modells ist nicht nur Sache der PT allein. Für die Gegner der „postkapitalistischen Linken“ wäre es nützlich, „die Hypothese zu überdenken, warum die Regierung Lula an Stelle des einfachen Post-Neoliberalismus ein überarbeitetes und neu definiertes Projekt national-desarrollistischer Ausrichtung ohne politischen und antisozialen Autoritarismus wiederaufnahm, der vorherrschend die brasilianische Geschichte bestimmte.“¹⁴⁰

Sader gibt zu bedenken, dass die brasilianische Regierung – die er „moderat“ nennt – mit anderen linksgerichteten Regierungen nicht nur die Sozialpolitik gemeinsam hat, sondern auch eine gemeinsame außenpolitische Linie vor allem in Sachen regionaler Integration fährt. Das bezieht er auf die Ablehnung der lateinamerikanischen Integration im Rahmen der ALCA, die von den USA angestrebt wurde. „Viele verstehen nicht, dass das die Trennlinie gegenwärtig auf dem Kontinent ist. Und nicht, wie versucht wird, eine Trennlinie zwischen einer `guten` und `schlechten` Linken zu konstruieren, was Spaltung der Linken bedeutet, indem die moderate Linke einvernommen und die mehr radikalere isoliert werden soll.“¹⁴¹

Mit dieser Feststellung unterstreicht Sader die Notwendigkeit der Stärkung sowohl der „moderaten“ wie auch „der mehr radikaleren“ Linken, um sie in die Lage zu versetzen, ihren bisherigen Kurs fortzusetzen und „den Post-Neoliberalismus zu überwinden.“¹⁴²

Die Auseinandersetzung um das „national-desarrollistische“ oder „neo-desarrollistische Modell“

Im historischen Rückblick war es zur Zeit der Regierung Juscelino Kubitschek ¹⁴³ die Kommunistische Partei Brasiliens, die den Gedanken des „Nationaldesarrollismus“ aufgriff und eine Entwicklung Brasiliens unter Führung der „nationalen Bourgeoisie“ befürwortete. Ein Programm sah Basisreformen vor, die die Demokratisierung der Landfrage, der Bildung, des Finanz- und des politischen Systems einschlossen. Als Minister für Planung legte Celso Furtado 1963 einen Dreijahres Wirtschaftsplan vor, der durch den Militärputsch 1964 nicht zur Ausführung kam. Die 1964 installierte Militärdiktatur, die anfänglich ein liberales Wirtschaftskonzept durchsetzte, schwenkte Anfang der 70-er auf ein konservatives autoritäres desarrollistisches Wirtschaftskonzept ein. Mit der Gründung der PT 1980 hat die „neue Linke“ Brasiliens vor allem die Jugend, die sich in dieser Partei zusammenschloss, antietatistische, antinationalistische und antidesarrollistische Überzeugungen eingebracht.

Damit musste in der PT umgegangen werden. Intellektuelle und „ältere“ Linke unterstützten die Idee einer Reform der Demokratie und der Vertiefung des Desarrollismus-Konzeptes, was nach seinem Inhalt einen „Wohlfahrtsstaat“ postulierte. Ein Teil der vormals „marxistischen Linken“ endete in der Sozialdemokratischen Partei Brasiliens (Partido Socialdemocrata do Brasil – PSDB), deren Repräsentant Fernando Henrique Cardoso wurde. So entstand das neoliberale Konzept des „abhängigen und assoziierten Desarrollismus“, das sich eng an die USA-Politik anlehnte.¹⁴⁴

Nach wie vor werden in der PT und in der brasilianischen Linken unterschiedliche Positionen vertreten, die zeigen, dass die Auseinandersetzung um das Konzept des Desarrollismus nach wie vor zentral ist und zu wesentlichen Differenzierungen seines Verständnisses geführt hat.

Anzumerken ist vor der Darstellung unterschiedlicher Positionen, dass nicht nur in Brasilien mit der Wahl Lulas sondern auch mit den Entwicklungen in Venezuela, Bolivien und Ecuador die Angriffe gegen die linksgerichteten Regierungen von Seiten neokonservativer Kräfte nicht allein die politische Debatte bestimmen. Auch linke Kräfte üben Kritik an diesen Regierungen und lehnen die Fortsetzung neoliberaler Politiken in diesen Ländern, bes. auch in Brasilien, ab. Im Falle der Politik des Nedesarrollismus der Regierung Lula, verbunden mit sozialer Politik, wurde klar, dass das strategische Ziel nicht Sozialismus sondern ein anderer brasilianischer Kapitalismus war. Lula nahm damit das Modell des Desarrollismus wieder auf, was zu Beginn der 90-er Jahre durch die

¹⁴⁰ Jornal de Comercio, 27.1.2010

¹⁴¹ Emir Sader in „Postneoliberalism – A beginning debate“, „Development Dialogue“, Dag Hammarskjöld Foundation, Nr. 51, Januar 2009, Seite 179

¹⁴² ebenda

¹⁴³ Präsident Brasiliens, 1956 - 1961

¹⁴⁴ Siehe dazu auch: José Luis Fiori „Desarrollismo“ in Carta Maior, 26.10.2009. Fiori ist Ökonom und Politologe an der Staatlichen Universität Rio de Janeiro

Politik des Neoliberalismus beiseitegelegt wurde. Die folgenden Untersuchungen sollen belegen, dass die Regierung Lula bestrebt war, eine soziale und wirtschaftliche Koalition unterschiedlichster Kräfte der brasilianischen Gesellschaft zu schaffen, die während der Militärdiktatur nicht zustande kommen konnte.

Die Transformationsdebatte in Brasilien wird deshalb von den unterschiedlichsten Positionen geprägt.

Vertreter der Position des neo-desarrollistischen Modells

1.) Konzept der Mehrheitsströmung („Artikulation“) in der PT, vertreten durch Tarso Genro, jetzt Gouverneur des Staates Rio Grande do Sul.

(Genro ist ein bedeutender Theoretiker der PT, vormals Präsident des „Rates für soziale und politische Entwicklung“ – „Conselho de Desenvolvimento Economico e Social“ (CDES), Minister für Justiz, Interimspräsident der PT)

Genro geht in seinen Überlegungen vom Inhalt der Verfassung Brasiliens 1988 aus. Sie ist sowohl Ergebnis des Kampfes um Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse wie auch Ausgangspunkt für die weitere Vertiefung der Demokratie. Mit der Wahl Lulas zum Präsidenten wurde eine „soziale Revolution“ eingeleitet, worunter er „die Gesamtheit der wirtschaftlichen und sozialen Transformation versteht, die Brasilien zu einem modernen sozialen Staat machen, die Ungleichheit reduzieren und die Integration in die globalisierte Wirtschaft in souveräner und unabhängiger Art und Weise garantieren wird. Das kann nicht ohne eine große soziale Konzertation, ohne einen neuen Sozialvertrag erreicht werden.“¹⁴⁵ Über politische und soziale Grenzen hinweg geht es um einen Transformationsprozess weg vom neoliberalen Modell hin zu einem Modell der sozialen Gerechtigkeit und der Reduzierung der Armut. In diesem Sinne betrachtet er die Regierung Lula strategisch als Reformregierung, was durch eine Mehrheit in der PT getragen wird und einen zivilisatorisch demokratischen Prozess repräsentiert. Tarso Genro geht davon aus, dass es für einen Weg vom neoliberalen Entwicklungsmodell zu einem anderen kein Vorbild gibt. Selbst theoretisch gibt es keinen Vorlauf.

Nach Genro müssen zwei Wege beschritten werden:

- Eine vom Staat bestimmte und orientierte Wirtschaftspolitik mit Schwerpunkt auf industrielle Entwicklung (Produktion von Kapitalgütern), die den privaten Sektor direkt einbezieht und mit Nachhaltigkeit einen neuen Zyklus wirtschaftlicher Entwicklung einleitet und
- einer neuen Beziehung Staat – Gesellschaft, die in der Gründung des „Rates für ökonomische und soziale Entwicklung“ durch die Regierung Lula seinen Ausdruck findet und die der Ausgangspunkt für Kontrolle und Zusammenwirken des Staates mit der Gesellschaft sein kann. Der Rat als nichtstaatliches Organ kann zur Vertiefung der Demokratie beitragen und der „neue soziale Pakt sein“, den Präsident Lula anstrebte.

Als Land, in dem die politische Kultur des Dialoges wenig entwickelt ist, wird auf diesem Wege ein Prozess eingeleitet, in dem sich die Zivilgesellschaft „verstaatlicht“ und gleichzeitig der Staat sich „zivilisiert“. Für Genro muss dieser Prozess sich im Rahmen der Nation vollziehen. „Wir wollen, dass Brasilien eine kontinentale Führungsrolle übernimmt, dass es ein entwickelter, demokratischer Staat ist.“¹⁴⁶ In diesem Sinne kann die interne soziale Integration einem Prozess der kontinentalen Integration nur förderlich sein.

2.) Gruppe „Construindo um novo Brasil“ („Schaffung eines neuen Brasiliens“)¹⁴⁷ in der PT (Auffassungen *Marco Aurelio Garcias*, Assessor bei der Präsidentschaft Lulas und *Dilma Rousseffs*)

Nach Marco Aurelio Garcia muss das Transformationsprogramm auf wirtschaftliche Reformen ausgerichtet sein, die insbesondere eine Umverteilung befördern. Eine solche Zielstellung bedingt eine Umorientierung des Entwicklungsmodells: Radikalisierung der Demokratie, Verteidigung der nationalen Souveränität und neue Rolle Brasiliens in der Weltpolitik. Eine solche Zielstellung hat erst einmal wenig mit Sozialismus zu tun, kann somit verstanden werden als ein Projekt der

¹⁴⁵ „Novos Espaços Democráticos - Diálogo social no Brasil e a experiência da Espanha, Fundação Parseu Abramo, Oktober 2003, Seite 99

¹⁴⁶ ebenda, S. 102

¹⁴⁷ „Construindo um novo Brasil“ ist eine Strömungen der PT.

Festigung des brasilianischen Kapitalismus. „Diese Reformen, die abstrakt betrachtet, den brasilianischen Kapitalismus konsolidieren, können ihn destabilisieren, wenn diese Veränderungen immer Resultat intensiver sozialer Mobilisierung sind.“¹⁴⁸ In diesem Sinne kann ein fortlaufender Transformationsprozess eingeleitet werden, in dem partielle Erfolge den Boden für neue Erfolge vorbereiten.

Wesentliche Grundlage des Konzeptes ist eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, in der die Erhaltung der Umwelt als strategische Dimension betrachtet wird. Garcia geht weiter davon aus, dass es nicht schlechterdings um eine Verbesserung der repräsentativen Demokratie geht, sondern dass neue Formen des demokratischen Miteinander entwickelt werden. Das setzt die Entwicklung einer breiten Partizipation der Bevölkerung voraus. Nach Garcia ist es Ziel dieses Entwicklungsprojektes, eine andere politische Kultur anzustreben, die eine neue Wissensgesellschaft zum Ziele hat. Gleichzeitig unterstreicht er auch die Notwendigkeit, nachhaltig zu produzieren und die Erhaltung der Umwelt in Übereinstimmung mit der sozialen und politischen Entwicklung des Landes zu gestalten. Garcia ist – wie auch andere Mitglieder seiner Strömung – antikapitalistisch orientiert und verbindet diese Position mit dem Kampf um den demokratischen Sozialismus. Garcia geht in seiner Beurteilung der Entwicklung Brasiliens vom Scheitern des national-desarrollistischen Projektes aus und unterstützt radikale Transformationen, die von breiten Schichten des Volkes getragen werden.

3.) Auffassungen einer Gruppe von Ökonomen, die der PT nahestehen

Maria Tavares Conceicao

(freie Dozentin an der Föderalen Universität Rio de Janeiro (UFRJ), Direktorin der Vertretung der CEPAL in Brasilien (1958-1964), Exil in Chile, Mitglied der PT seit 1969).

Maria Tavares Conceicao ist heute die anerkannte Dekanin der kritischen Ökonomen und Intellektuellen Brasiliens, die wesentlich das politische und ökonomische Profil der Partei Lulas, der PT, mitbestimmt hat. Sie hatte im „Instituto Cidadania“¹⁴⁹ wesentlichen Anteil an der Erarbeitung des Regierungsprogramms Lulas. Ihre politisch-ökonomische Auffassungen gehen in einigen Fragen über Celso Furtados hinaus. Grundlage ihres Denkens war und bleibt der Nationaldesarrollismus, der von der Majorität der PT vertreten wird. Die während der Lula-Regierung 2005 wirksam werdende Orientierung auf einen neuen wirtschaftlichen Wachstumszyklus und die prononcierte Realisierung sozialer Programme ist nach ihrer Meinung eine Weiterentwicklung des neo-desarrollistischen Modells. Theoretisch heißt das, dass Conceicao Tavares von der Entwicklung und Umsetzung einer zum Neoliberalismus alternativen Entwicklung ausgeht.

In einer Debatte „Globalisierung und Sozialismus“ in der Perseu-Abramo-Stiftung im Juni 2000 äußerte sie sich mit Bezug auf ihre Lehrer Celso Furtado, Florestan Fernandes¹⁵⁰ und Caio Prado¹⁵¹, dass für sie die Herausbildung der brasilianischen Nation noch nicht abgeschlossen sei. „Die Nation, die demokratische Ordnung oder der Sozialismus können nur geschaffen werden, wenn alle gewonnenen Erfahrungen im Kampf um die Erweiterung und Partizipation der Volksvertretungen auf allen Ebenen des politischen und sozialen Lebens umgesetzt werden. Ohne diese Faktoren wird es keine dauerhaften sozialen und ökonomischen Reformen geben.“ Conceicao Tavares beschreibt die Bedingungen, die dafür erforderlich sind:

- Veränderung des Modells der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung,
- eine Regierung, die die Mehrheit der Kräfte des Volkes vertritt,
- Neukonstituierung der brasilianischen Nation,
- Radikalisierung der Demokratie,
- Schaffung einer gerechten und selbstbestimmten Gesellschaft.

Nach ihrer Auffassung muss die Linke „das Laster des makroökonomischen Ökonomismus“

¹⁴⁸ Marco Aurelio Garcia, in „Socialismo no Século XXI“, Fundacao Perseu Abramo, Reihe: „Socialismo em Discussao“, Mai 2005, Seite 26

¹⁴⁹ Instituto Cidadania (NGO) wurde von 1994 bis 2002 von Lula geleitet. Gemeinsam mit Ökonomen, Vertretern der Gewerkschaften und der PT wurde das Regierungsprogramm für die Wahl nach 2002 vorbereitet. Inzwischen hat das Institut unter Leitung Lulas seine Tätigkeit wieder aufgenommen.

¹⁵⁰ Florestan Fernandes (1920.1995), Soziologe, Politiker – Kongressabgeordneter der PT, marxistisch orientiert.

¹⁵¹ Caio Prado jr. (1907-1990), Klassiker des ökonomischen Denkens in Brasilien.

überwinden und, wenn möglich, den Kampf der sozialen Bewegungen für mehr Partizipation und Demokratisierung des Staates orientieren.¹⁵²

Für sie vertritt die PT eine eindeutige Reformorientierung, die nach den Erfahrungen mit der Krise 2008-2010 wieder aufgenommen und in der Partei diskutiert werden müssen: Einmal unter dem Gesichtspunkt des Kollapses der Ideologie des Neoliberalismus und der Position Brasiliens in der Weltordnung, um mittel- und langfristige Antworten auf die Herausforderungen der Jetztzeit zu erarbeiten. Für die Regierungszeit Dilma Rousseff's sieht sie es für erforderlich, die Unterschiede herauszuarbeiten, die die Entwicklungsprojekte politisch unterschiedlicher Kräfte ausmachen. Das sind vor allem die soziale Dimension und Verständnis der Demokratie. Brasilien braucht ein nationales Entwicklungsprojekt, das von einer Mitte-links orientierten Präsidentin vertreten wird und sich von dem der neoliberalen Rechten unterscheidet.

Die PT als Regierungspartei muss sich entscheiden, welchen Typ Entwicklung sie anstrebt: Das sind einmal die nationale Frage und die Universalität der Sozialpolitik, d.h. Conceicao setzt vor allem auf die nationale Unabhängigkeit und die Lösung der sozialen Frage im Rahmen eines demokratischen vom Willen des Volkes getragenen Staates.

Im Sinne der desarrrollistischen Auffassung ist das vor allem ein starker Staat, der auf die Entwicklung neuer Technologien (bes. von Umwelttechnologien), alternativer Energiequellen, neuer Technologien in der Landwirtschaft, den kollektiven Transport und die Förderung des ländlichen Familiensektors setzen muss.¹⁵³ Sie beurteilt unter diesen Gesichtspunkten die Lula-Regierung positiv. Befürwortet die Entwicklung der Infrastruktur (u.a. auch die Verlegung des Flusslaufes der Sao Francisco, Nordost-Brasilien), das wirtschaftliche Wachstum und die Veränderung der Einkommensverteilung. Offensichtlich weicht sie in dieser Frage von Celso Furtado ab, der die Annahme vertrat, dass Brasilien wächst, ohne sich zu entwickeln. „Ich denke, dass wir uns auf dem Wege der Entwicklung befinden. Alle diesbezüglichen Fragen stehen auf der Tagesordnung: die Beseitigung der Armut, die Entwicklung der Städte, der Drogenhandel, die qualitativ bessere Bildung und v.a. die Industrialisierung, die eher zu lösen ist, als die sozialen Ungleichheiten beseitigt werden können.“¹⁵⁴

(Bemerkung: Nach Furtado sind Wachstum, Entwicklung und sozialer Fortschritt voneinander abhängig. „Wachstum ist nur eine Voraussetzung für Entwicklung, nicht bereits Entwicklung an und für sich.“ In Arturo Guillén „Die Notwendigkeit einer alternativen Entwicklungsstrategie. Der Ansatz von Celso Furtado.“¹⁵⁵)

Conceicao geht somit über Furtado hinaus und beschreibt das Wachstum des Landes als reale Entwicklung.

So bleibt sie konsequent in der Behauptung ihrer Position und erklärt auf einer Tagung des IPEA (2009): „Wir müssen (unter den gegenwärtigen Bedingungen der Krise – der Autor) souverän unsere Industrie-, Währungs- und Zahlungsbilanzpolitik verteidigen. Ich möchte nicht die makroökonomische Politik aufgezwungen bekommen, die unsere Entwicklung zerstören könnte.“¹⁵⁶

Marcio Pochmann¹⁵⁷

(Ökonom, Präsident des „Institutes für angewandte Wirtschaftsforschung“ Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada - IPEA, Professor an der Universität Campinas – Unicamp). Pochmann geht von der oben getroffenen Feststellung aus, dass Brasilien sich in einer Phase der Reorganisation des Kapitalismus befindet, die vor allem mit einer aktiven Tätigkeit des Staates verbunden ist. Die kapitalistischen Verhältnisse befinden sich in einer Phase der Expansion, basierend auf einer Reform der Organisation des Staates. Für Brasilien ergibt sich diese Notwendigkeit, weil weltweit ca. 500 große transnationale Unternehmen tätig sind, die alle

¹⁵² Maria da Conceicao Tavares, „A propósito de um debate sobre socialismo e globalizacao“ in „Globalizacao e Socialismo“ (Reihe „Socialismo em Discussao“), Verlag Fundacao Perseu Abramo, Oktober 2001, Seiten 24-25

¹⁵³ Carta Maior, 10.3.2009

¹⁵⁴ Maria da Conceicao Tavares im Interview für das „Boletim da Universidade Federal de Minas Gerais“ (UFMG), 24.8.2010

¹⁵⁵ Arturo Guillén, in PROKLA 142, März 2006, Seite 96

¹⁵⁶ Maria da Conceicao Tavares, Konferenz des Institutes für Angewandte Wirtschaftsforschung“ (IPEA), in Carta Maior, 26.11.2010

¹⁵⁷ Marcio Pochmann,

Sektoren der Wirtschaft dominieren. Brasilien ist aus diesem Spiel ausgeschlossen, befindet sich somit in einer untergeordneten Position. (Pochmann: „Nicht mehr Staaten haben große Unternehmen, sondern diese Unternehmen haben Länder, betrachtet man die Dimension ihrer Umsätze.“)¹⁵⁸ Aufgabe des brasilianischen Staates ist es deshalb, großen brasilianischen Unternehmen zu einem Platz unter den Großen zu verhelfen. Der Charakter des kapitalistischen Staates erfordert immer wieder die Neugestaltung des Marktes, bes. in Brasilien, wo 98% der Betriebe kleine und kleinste Unternehmen sind, die 2/3 Arbeitsplätze garantieren. Diese Betriebe der solidarischen Wirtschaft müssen durch Kredite, wissenschaftlich-technische Unterstützung etc. gefördert werden. Dem Staate kommt es ebenfalls zu, durch öffentliche Fonds – wie es Pochmann nennt – „die Entwicklung eines positiven Konsums“ (öffentliche Güter und Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit, Wohnen, Transport) zu garantieren. Große Unternehmen verantworten die kapitalistische Dynamik, d.h. die Entwicklung. „Wirtschaftliche Aktivitäten können sehr gut neben der Tätigkeit des Staates durch die solidarische Wirtschaft ausgeweitet werden, da der Kapitalismus immer stärker durch immaterielle Arbeit charakterisiert wird, die für die private kapitalistische Logik nicht besonders interessant ist und damit die Möglichkeiten der solidarischen Wirtschaft erweitert.“¹⁵⁹ Nach Pochmann ist die desarrollistische Wirtschaftspolitik charakterisiert durch die wachsende Rolle des Staates, der gegenwärtig und vor allem in der Krise 2008-2010 bedeutende Schritte zur Realisierung sozialer Programme unternahm. Eingeschlossen in diesen Prozess ist die Schaffung von öffentlichen Banken, von Investitionen im Energiesektor, der Erweiterung der wertschaffenden Produktionsbasis und der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Diese Politik ist in Brasilien umstritten, da nicht alle Sektoren der Regierung bereit sind, diesen Kurs einzuschlagen.

Pochmann betont, dass es nicht möglich ist, rückwärtsgewandt ein Produktions- und Konsumtionsmodell des XX. Jahrhunderts anzustreben. Entwicklung muss neu gedacht und Entwicklungsprogramme müssen auf Nachhaltigkeit und Änderung der Konsumverhaltens eingerichtet werden. Er nennt dieses Modell „sozial-desarrollistisch“ im Unterschied zum national-desarrollistischen. „Die grundlegende Feststellung, dass der Staat Teil der Lösung der existierenden Probleme ist, gestattet es nicht, eine einfache Wiederholung des national-desarrollistischen Modells anzustreben.“ Pochmann geht davon aus, dass es möglich ist, extreme Armut zu beseitigen und die Zahl der Armen bedeutend zu reduzieren. Die Entwicklung der sozialen Kennziffern macht deutlich, dass „Millionen Brasilianer mehr konsumieren können und sich die Einkommenspyramide verändert hat, was als Erfolg dieses neuen, noch unvollständigen sozial-desarrollistischen Modells zu sehen ist und seinem Inhalt nach soziale Absicherung schaffen kann.“¹⁶⁰

Eine wesentliche Voraussetzung zur Konsolidierung dieses Modells sieht Pochmann in der grundlegenden Reformierung des Staates. Der Staat in seiner gegenwärtigen anachronistischen Form muss reformiert und neu gegründet werden.

Pochmann setzt diese Erkenntnis in Relation zu der sich neu gestaltenden internationalen Umwelt, die nach der Krise 2008-2010 eine mehr polyzentrische Gestalt annehmen könnte. Für Südamerika sieht er die Möglichkeit unter Nutzung integrativer Institutionen wie dem Mercosur, der Unasur, der Banco del Sur, ein solches regionales Zentrum zu werden. Eine Voraussetzung auf dem von transnationalen Unternehmen beherrschten internationalen Markt zu bestehen, sieht er in der Schaffung eines supranationalen Staates.

Gleichzeitig erfordert die „Beschädigung der Umwelt durch die aktuellen Produktions- und Konsumtionspraktiken ... eine schnelle Veränderung dieser Praktiken... Politisch und mit wissenschaftlich-technischen Neuerungen untermauert, wird es möglich sein, ein neues Produktions- und Konsumtionsmodell durchzusetzen.“¹⁶¹ Pochmann erkennt die neuen, alten Abhängigkeiten Brasiliens vom Export von Rohstoffen, bes. jetzt in Richtung Asien (China, Indien)

¹⁵⁸ Marcio Pochmann, im Interview mit IHU On-line, 22.3.2010

¹⁵⁹ ebenda

¹⁶⁰ Marcio Pochmann „O trabalho sob o regime pós-neoliberal no Brasil“, Seite 213,

in „Trabajo y modelos productivos en América Latina : Argentina, Brasil, Colombia, México, y Venezuela luego de las crisis del modo de desarrollo neoliberal“, Buenos Aires : Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales - CLACSO, 2010

¹⁶¹ Marcio Pochmann, „O Estado e seus desafios na construcao do desenvolvimento brasileiro“, in „Margem Esquerda“, Nr.15

und fordert deshalb Schritte auf dem Wege zu einem nationalen Projekt der Entwicklung. „Die Neukonstituierung des Staates ist unumgänglich und darf nicht hinausgezögert werden. Dazu ist es erforderlich, eine neue politische Mehrheit zu schaffen, die dieses nationale Projekt vorantreibt.“¹⁶²

Entscheidend für Pochmann ist, dass diese politische Mehrheit darauf drängt, das Modell der Unterordnung und der passiven Integration zu überwinden. Das von Pochmann beschriebene Entwicklungsmodell Brasiliens umfasst die neuesten Erkenntnisse brasilianischer wirtschaftspolitischer Forschung und stimmt in wesentlichen Punkten mit den Auffassungen sowohl der CEPAL als auch anderer Ökonomen (s. Maria da Conceicao Tavares) überein. Als Transformationsmodell steht es zur Disposition der Debatten im linken Spektrum des Landes.

Zu dieser Gruppe der Ökonomen, die oben betrachtet wurden, können Namen wie Carlos Lessa, Joao Sicsú u.a. in wesentlichen Fragen hinzugerechnet werden.

(Carlos Lessa, Professor, vertritt Furtados Auffassungen, war während der ersten Regierung Lula Präsident der BNDES, Konflikt mit Vertretern der neoliberalen Position in der Regierung Lula, Rücktritt 2003, war Rektor der Föderalen Universität Rio de Janeiro.

Joao Sicsú, Direktor Makroökonomischer Studien der IPEA und Professor an der Federalen Universität, Rio de Janeiro).

Carlos Lessa kritisiert das Fehlen eines Entwicklungsplanes, da für ihn die Zentralbank nach makroökonomischen Gesichtspunkten entscheidet. Für Lessa ist das „Programm zur Beschleunigung des Wachstums“ (PAC) durchaus ein erster Schritt zur industriellen Entwicklung Brasiliens, da der Staat mit diesem Programm starke wirtschaftliche Instrumente in der Hand behält. Entwicklung heißt für Lessa, die Kaufkraft der Bevölkerung zu stärken und die produktive Kapazität des Landes durch öffentliche (d.h. staatliche), private und ausländische Unternehmen zu erhöhen. Lessa betont wie Francisco de Oliveira ebenfalls die Veränderung des Charakters des brasilianischen Kapitalismus. Gleichzeitig befürchtet er eine Schwächung der Souveränität des Landes, weil große staatliche Unternehmen wie die Petrobras teilweise privatisiert wurden und große Privatunternehmen sich internationalisiert, d.h. sich der Dynamik der weltweiten Globalisierung angepasst haben, bzw. in die Hände des internationalen Kapitals fielen. Veränderungen des Arbeitsmarktes führten keineswegs zu einer Verbesserung, es erweiterte sich im Gegenteil bedeutend der Sektor der informellen Arbeit.

Als ehemaliger Präsident der BNDES¹⁶³ verteidigt er die Rolle dieser Bank, da sie im Sinne des Desarrollismus bestrebt ist, ein „nationales Projekt“ zu unterstützen und sich gegen die konservative Politik der Zentralbank positionierte.

Joao Sicsú beschreibt die Abkehr vom neoliberalen Modell der „nicht erfüllten Versprechungen“ hin zu einem desarrollistischen Modell der Resultate.“¹⁶⁴ Nach Sicsú begann dieser Prozess mit der Installierung des „Programms der Beschleunigung des Wachstums (PAC)“¹⁶⁵.

Für Sicsú hat der Neo-Desarrollismus verschiedene Wurzeln, u.a. in den Auffassungen von Keynes, Joseph Stiglitz u.a. Sie beschreiben die sich ergänzende Beziehung zwischen Staat und Markt. Sicsú charakterisiert sie als neo-strukturalistische Vision der CEPAL, die als wesentlich für Lateinamerika die Industrialisierung erkannte, aber weder die industrielle Entwicklung förderte noch die Probleme der sozialen Ungleichheit löste. Für Sicsú ist ein abgewandelter Neo-Desarrollismus erforderlich, indem ein starker Staat geschaffen wird, der den Markt beherrscht, d.h. „einen starken Staat, der die Entwicklung eines starken Marktes fördern muss“¹⁶⁶.

Nach Sicsú ist ein starker Staat erforderlich, der regulierend auf dem Markt eingreift und die konkurrierenden Kräfte kontrolliert. Danach gilt für die neodesarrollistische Konzeption: Existenz

¹⁶² ebenda

¹⁶³ Die BNDES ist die drittgrößte Entwicklungsbank der Welt. 2008 lag die von ihr getätigte Kreditsumme bei 128 Mrd. Reais, womit sie die Weltbank mit 46 Mrd., die Interamerikanische Entwicklungsbank und die Eximbank der USA mit 16 Mrd. Reais weit übertraf.

¹⁶⁴ Joao Sicsú in „Valor“, 1-1-02008

¹⁶⁵ „Programa de Aceleração do Crescimento (PAC)“, „Programm zur Beschleunigung des Wachstums“, geplant von 2007 bis 2010 mit Investitionen in Höhe von 500 Mrd. Reais in Infrastrukturprojekte, Wohnungsbau, Transport, Energie, Wasserkraftressourcen, Kanalisation etc.

¹⁶⁶ Joao Sicsú, „Jornal dos Economistas“ Nr. 186, Januar 2005

eines starken Staates, der eine entsprechende makroökonomische Politik realisiert, Einfluss auf den Arbeitsmarkt nimmt, eine strikte Industriepolitik durchführt, die Konkurrenzfähigkeit nationaler Unternehmen zur Einbindung in die Weltwirtschaft stärkt und Krisen im Währungssystem entgegenwirkt. Im Unterschied zur traditionellen defensiven Handelspolitik sind Maßnahmen erforderlich, die die Abhängigkeit von Rohstoffexporten reduzieren helfen. Insgesamt geht es um einen forcierten Übergang von der Agrar- in die Industriegesellschaft. Der Neo-Desarrollismus schließt Kriterien zur Kapitalkontrolle ein. Wachstum heißt deshalb auch, eine Politik der Vollbeschäftigung durchzusetzen, um soziale Gleichheit zu erzielen. Für Brasilien ist nach Sicsú die Hauptfrage eine Transformationspolitik, die auf die Erhöhung industrieller Produktivität abzielt.

Dieses nationale Projekt ist ein Paket gezielter Regierungsaktivitäten zur Sicherung der Souveränität des Landes in einer Welt harter Konkurrenz. Nur ein starker Kapitalismus mit starken Unternehmern garantiert die zukünftige Entwicklung des Landes.

Sicsú hebt unterschiedliche Positionen, die es hinsichtlich der Lösung sozialer Probleme gibt, hervor. Die eine betrachtet Bildung und Qualifizierung als wesentliche Instrumente sozialer Politik und eine andere sieht die Lösung sozialer Fragen im wirtschaftlichen Wachstum. Sicsú meint, dass Neodesarrollismus beides miteinander verbindet: Wirtschaftliches Wachstum, das mit Sozial- und Bildungspolitik kombiniert werden muss. Plädiert wird für ausreichende Qualifizierung und Sicherung des Einkommens durch eigene Arbeit, um assistenzialistische Politik zu vermeiden.

4.) Kritische Positionen und Ablehnung des neo-desarrollistischen Modells

Das neo-desarrollistische Modell in der Interpretation Valter Pomars

(Mitglied des Nationalen Direktoriums der PT, gehört einem linken Flügel, der „Articulacao de Esquerda“ an, Exekutivsekretär des Sao Paulo Forums).

Zur Charakterisierung der Position Pomars zur Entwicklung in Brasilien sollen folgende Worte, die er nach dem Wahlsieg Dilma Rouseff's äußerte, vorangestellt werden: „Glückwunsch dem linken Volk, speziell den Petistas¹⁶⁷, den Millionen Brasilianern, die die Gefahr (gemeint ist die Gefahr eines Sieges des neoliberalen Kandidaten Serra – der Autor) sahen und kämpften, ohne einen Auftrag zu haben, ohne autorisiert zu sein und denen keine Orientierung vorgegeben werden musste. Es war das Volk, das die Wahlen gewann, nicht irgendwelche Regierenden, Kandidaten, Leiter, Koordinatoren oder Marketingleute.“¹⁶⁸

Pomar geht davon aus, dass mit der Regierung Lula eine Übergangszeit in Brasilien begonnen hat, die neue Möglichkeiten für eine Entwicklung zum Sozialismus eröffnet. Er interpretiert die Regierung Lula als Weg zu einer möglichen Transformation des Landes und konstatiert: „Mit der brasilianischen Linken in der Bundesregierung eröffnet sich ein neuer historischer Zyklus, ein `populär-demokratischer Desarrollismus`, der auf eine sozialistische Alternative orientiert.“¹⁶⁹ (Geschrieben wurde dieser Text in Vorbereitung auf den 3. Parteitag der PT im September 2007.)

Pomar versteht den „populär-demokratischen Desarrollimus“ im erweiterten Sinne, indem er alle demokratischen Maßnahmen einer linksgerichteten Regierung als mögliche antikapitalistische betrachtet. Für einen Übergang in eine sozialistische Phase sieht er als Voraussetzung, dass die Kontrolle des Staates, strukturelle Veränderungen der Gesellschaft, der Kontrolle der Wirtschaft und der Produktionsmittel durchgesetzt werden müssen. Aber selbst der Staat ist in seinen Möglichkeiten zur Veränderung der materiellen Basis im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft nur eingeschränkt wirksam. Auf diesem Wege – so schlussfolgert Pomar – kann der Staat in bestimmtem Maße die kapitalistische Entwicklung zu Gunsten eines sozialistischen Projektes beeinflussen.

Mehr noch: Nach Pomar muss die Linke eine strategische Position vertreten, die ihr es ermöglicht, Regierung zu sein, um auf diesem Wege graduell einen Transformationsprozess einzuleiten, „ zu einem Ausgangspunkt, den wir als `demokratischen Kapitalismus` bezeichnen können.“¹⁷⁰ Pomar geht auch davon aus, dass mit der Regierung Lula eine Reorganisation des Kapitalismus stattgefunden hat. Progressiv zu sein heißt, für die Entwicklung des Kapitalismus in einem Land

¹⁶⁷ Petista ist ein Anhänger der PT.

¹⁶⁸ Der Text ist eine Zusammenfassung der Rede Pomars in der Sitzung des Nationalen Direktoriums der PT, 19.11.2010

¹⁶⁹ Valter Pomar, „Comunicacao“, Portal da Fundacao Perseu Abramo, 16.2.2007

¹⁷⁰ Valter Pomar: „Informe sobre la izquierda en el gobierno en Brasil“, Konferenz der RLS, Brüssel, Juni 2010

der Peripherie zu sein, für einen Kapitalismus „demokratischen“ Charakters, der weniger transnationale Unternehmen zulässt, aber mehr Unterstützung den kleinen und mittleren Unternehmen zusichert, den Werktätigen mehr Rechte gibt, mehr Demokratie und mehr nationale Souveränität garantiert. Eine linksgerichtete Regierung hat aber auch Grenzen. Einerseits sind das die herrschenden kapitalistischen Verhältnisse und andererseits die Sicherung der Unterstützung des Volkes. In diesen Grenzen bewegt sich demzufolge diese Regierung: Sie kann nicht nur dem Druck neo-konservativer Kräfte nachgeben, sondern muss gleichzeitig mit den linken Kräften und sozialen Bewegungen rechnen, um keinen Bruch mit ihnen herbei zu führen.

Wie andere Politiker betrachtet auch Pomar die Politik der Jahre von 1930 bis etwa 1960 als konservative desarrollistische Phase, die in fast allen Ländern Lateinamerika bestimmend war. Die dann einsetzende Krise dieses Modells der

Politik der Importsostituierung ermöglichte es dem Neoliberalismus, die bestimmende Rolle zu übernehmen. Als wesentlicher äußerer Faktor kommt nach Pomar hinzu, dass in den zentralen Industrieländern, in denen die offizielle Sprachregelung pro Umwelt gestaltet wird, diese Länder bisher nicht bereit sind, die Kosten für die Sicherung der Umwelt verantwortungsvoll zu übernehmen. Gefährdet wird durch eine solche Politik die politische und ökonomische Stabilität der Länder des Südens.

Das stellt diese Länder vor erhebliche Probleme und zwingt zur Suche nach Auswegen, die eine bloße Wiederholung des Modells des modernen Kapitalismus ausschließen.

Seine Schlussfolgerungen gehen deshalb von folgenden Prämissen aus:

- Krise des Neoliberalismus und Wiedergeburt des lateinamerikanischen „kritischen Denkens“,
- Krise der Hegemonie der USA, ohne dass ein neuer Hegemon in Erscheinung getreten ist,
- Krise des kapitalistischen Akkumulationsmodells, ohne dass dafür ein anderes sichtbar ist,
- „Krise des konservativen Desarrollismus in Lateinamerika mit Übergang zum Post-Neoliberalismus, dessen Charakteristika erst durch den weiteren Gang der Ereignisse definiert werden.“¹⁷¹

Pomar stellt deshalb fest, dass die linksgerichteten Regierungen Lateinamerikas – auch die Regierung Lula – noch keine strukturellen Veränderungen in den Gesellschaften erreicht haben. „Die politischen Veränderungen in Lateinamerika seit 1988 sind noch recht oberflächlich. Oder, um genauer zu sein, die Transformation in Gesamtheit auf dem Kontinent es wesentlicher als die in den einzelnen Ländern..... Der Prozess in Lateinamerika ist in seiner Gesamtheit qualitativ wichtiger als das, was in den einzelnen Ländern vor sich geht. Das zeigt uns, dass der Transformationsprozess einen potentiellen mehr antiimperialistischen (national-kapitalistischen, antineoliberalen) als sozialistischen Charakter trägt.“¹⁷²

Deshalb stellt Pomar die Frage nach dem Charakter des Desarrollismus (d.h. nach dem Charakter der Entwicklung Brasiliens).

Nach wie vor – wie auch während der Regierung Lula – wird sich die Auseinandersetzung um die weitere Entwicklung Brasiliens sowohl zwischen dem orthodoxen und desarrollistischen Modell als auch zwischen dem konservativen und dem „populär-demokratischen“ oder „sozial-progressiven“ Modell des Desarrollismus abspielen. Die Linke muss sich an beiden Auseinandersetzungen beteiligen. „Ein demokratischer Desarrollismus muss starke Elemente sozialen Wohlstandes, der Erweiterung der Rechte und der Demokratisierung des Eigentums enthalten.“¹⁷³

Nach Pomar gilt, die errungenen Räume zu verteidigen und auszubauen, mit Hilfe der links orientierten Regierung strukturelle Veränderungen (Agrarreform, politische und Stadtformen) zu erkämpfen und vor allem den Prozess der regionalen Integration gegen alle Bestrebungen äußerer Kräfte zu forcieren. Für die Linke, vor allem auch die brasilianische, gilt es, sich für eine andere

¹⁷¹ Valter Pomar, „Análisis de informes latinoamericanos“, in „América Latina en Marcha- und Europa? La izquierda en el gobierno, comparando América y Europa“, Konferenz der RLS Brüssel, 27-29.7.2010, Seite 61

¹⁷² ebenda, Seite 52

¹⁷³ „Página 13“ (Zeitschrift der „Articulacao de Esquerda“, Nr.1, Dezember 2010)

politische Kultur einzusetzen und für das Volk wirksam zu machen.

Für Pomar ist deshalb die regionale Integration „eine strategische Zielstellung. Sie ist essentiell für alle und vor allem für jeden nationalen Prozess. Darin besteht der Unterschied zwischen dem aktuellen desarrollistischen Zyklus und dem vergangenen. Der aktuelle Desarrollismus hat einen pro Integrationsinhalt, was sich auch in der doppelten sozialen Basis dieses Prozesses zeigt. Einerseits die der Interessen des Kapitals an den regionalen Märkten und die der Sektoren des Volkes, die einen anderen Typus von Entwicklung anstreben.“¹⁷⁴

Pomar betrachtet die Entwicklung Brasiliens im dialektischen Zusammenhang zwischen Realismus und Wunschenken. Er selbst bezeichnet sich als Sozialist wie er auch die PT als Partei mit sozialistischer Zielstellung einordnet, die sie – entgegen aller Versuche seitens neoliberaler und sozialdemokratisch orientierter Kräfte in der PT – beibehalten hat.

Für Pomar ist klar, dass die Regierung Dilma den Übergang von einer neoliberalen hin zu einer Politik der Entwicklung, den die Regierung Lula eingeleitet hat, fortsetzen muss. Das bedeutet ebenfalls die weitere Auseinandersetzung mit dem konservativen Desarrollismus und die Festigung der PT als kollektive Organisation einer Massenpartei, die ein sozialistisches Projekt als Orientierung beibehält.¹⁷⁵

Unter den aktuellen Bedingungen, um die kapitalistische Modernisierung weiter zu führen, scheint es erforderlich, vor allem den Staatskapitalismus zu festigen und dem kleinen und mittleren Unternehmen (städtische und ländliche Kleinbourgeoisie) und Lohnabhängigen im Lande günstigere Entwicklungsbedingungen zu schaffen.

Nach Pomar ist eine progressive Alternative ein kapitalistischer Entwicklungsweg, der mit Reformen, der Demokratisierung und der Festigung der nationalen Souveränität einhergeht.

Position kritischer brasilianischer Linker

Francisco de Oliveira

(Der Soziologe und emeritierte Professor der Universität Sao Paulo gehörte mit anderen Intellektuellen zu den Gründern der PT. 2003 verließ er die Partei und unterstützt seither die PSOL (Partido Socialismo e Liberdade – Partei des Sozialismus und der Freiheit). Er wurde zu einer ihrer schärfsten Kritiker, bes. der politischen Linie der Regierung Lula.)

Seine Auffassungen zusammengefasst, lassen sich auf folgende Fragen reduzieren:

Die Regierung Lula, die politische und wirtschaftliche Veränderungen im Programm hatte, ist von diesen Voraussetzungen abgegangen und macht Kompromisse gegenüber dem Kapital und den besitzenden Klassen. Demonstriert werden kann das an Hand der Agrarreform. Die Landlosenbewegung MST verlangt die Erfüllung der Zusagen für die Ansiedlung landloser Bauern und die versprochene Durchführung der Agrarreform. Damit wird ein Konflikt geschaffen, der von der bürgerlichen Presse noch verschärft wird. Beide Seiten werden politisch geschwächt und die Antireformbewegung gewinnt an Kraft.

Oliveira verweist auf die hohen Gewinnraten der Banken und der Reichen, die unter der Regierung Lula noch reicher werden.¹⁷⁶ Vor sich ging eine Transferierung des Reichtums und des Staatseigentums zu 30% in die Hände der Besitzenden vor sich.¹⁷⁷

Oliveira analysiert ebenfalls die Umorganisation des brasilianischen Kapitalismus, die sich in der Zentralisierung des Kapitals, von Fusionsprozessen und dem Entstehen einer neuen Bourgeoisie ausdrückt.

Nach Oliveira kommt dem Staat deshalb nur „die Verwaltung der Armut“ zu. „Es sind Marketing-Staaten die solche Programme wie `Schulstipendium`, `Ernährungshilfe`, `Null Hunger` usw. erfinden und als Sozialpolitik bezeichnet werden, die in den Industrieländern längst obsolet sind, in

¹⁷⁴ Valter Pomar, „Análisis de informes latinoamericanos“, in „América Latina en Marcha- und Europa? La izquierda en el gobierno, comparando América y Europa“, Konferenz der RLS Brüssel, 27-29.7.2010, S. 58

¹⁷⁵ Página 13, 11.2.2011

¹⁷⁶ Nach neuesten Angaben in bras.gov.br, „brasil sem miseria“ vom Juni 2011 leben 16 Mio. der Bevölkerung in extremer Armut, davon 59% in der Nordostregion 9,6 Mio. Jeder Vierte auf dem Land Lebende lebt in extremer Armut – 4,1 Mio.

¹⁷⁷ IHU On-line vom 11.11.2009

der Peripherie aber durch Privatisierungen aufgebraucht wurden.“¹⁷⁸

Aus diesen Feststellungen zieht Oliveira den Schluss, dass damit eine Erosion der Klassenkräfte eingeleitet und eine „Reservearmee“ geschaffen wurde, an der die digitale Revolution vorbeigeht und eine Kombination extremer Armut gegen hohe Einkünfte und ein Lumpenproletariat gegen eine erhöhte Kapitalakkumulation entstanden ist.

Die Regierung Lula beurteilt Oliveira als Rückschritt im Vergleich zur Vorgängerregierung Fernando Henrique Cardosos und sagt, dass sie „eine Regierung der Niederlage für die Werktätigen und für den Kampf um eine Transformation Brasiliens ist.“¹⁷⁹

Es verwundert nicht, dass Oliveira auch den Beginn der Präsidentschaft Dilmias unter den oben genannten Aspekten beurteilt und auch bei ihr eine Fortsetzung des Kurses der Regierung Lula verzeichnet. Selbst mit der Durchführung der sozialen Maßnahmen erkennt Oliveira keine Veränderung des realisierten Modells.

Gleichzeitig betont Oliveira, dass soziale Bewegungen in Folge der Lula-Politik geschwächt und vor allem Teile der Gewerkschaftsbewegung kooptiert wurden.

Oliveira bezeichnet das gegenwärtige Modell Brasiliens als „sehr komisch und kritisch, für das es international kaum einen Vergleich gibt. Wir haben eine ausgeprägt große Schicht Armer, die die soziale Basis des Phänomens Lulismus bildet und andererseits eine Klasse, die vom Prozess der Zentralisation und Konzentration des Kapitals profitiert. Wir haben eine sehr ungleiche Gesellschaft, in der die Mittelklasse fast völlig fehlt.“¹⁸⁰

Aus allen folgt, dass Oliveira das desarrrollistische Modell ablehnt, aber auch keine eigenen Vorstellungen für Alternativen offeriert.

Position Joao Pedro Stediles, Koordinator der „Bewegung der Landlosen“ –(Movimento dos Sem Terra – MST))

Eine kritische, abwägende Position zur Regierung Lula nimmt die „Bewegung der Landlosen“ ein. Joao Pedro Stedile, ein Freund Lulas, bekennt, dass er von der Regierung Lulas, d.h. auch der PT, mehr erwartet hätte. Seine Erkenntnis: Um eine wirkliche Regierung des Volkes zu sein, muss das organisierte Volk starken Einfluss auf den Staat ausüben können, bzw. selbst Regierung sein.

Nach Stedile befindet sich die Linke Brasiliens in einer Phase des Rückgangs der Mobilisierungen und Aktivitäten. „Der Neoliberalismus und die Bourgeoisie besiegten die Werktätigen und förderten die Schwächung der Bewegung.“¹⁸¹ Stedile vertritt in diesem Sinne die Auffassung, dass sich der Zyklus der PT, d.h. ihrer Führung als linke Partei und Sammelbecken der Linken seit ihrer Gründung 1980, vorerst erledigt hat. Darin sieht Stedile eine Niederlage des Projektes, das die PT verfolgte.

Diese Erwartungen betrafen vor allem die Lösung der Landfrage in Brasilien und der mit der Verfassung von 1988 verbrieften Aussage, dass das Land eine soziale Funktion hat, nämlich Nahrungsmittel zu produzieren, Arbeit zu garantieren und die Umwelt zu schonen. Nach Stedile wird eine Agrarreform wirklich realisiert, wenn der Staat entsprechende Maßnahmen einleitet, die eine Demokratisierung des Landeigentums garantieren. Das Gegenteil in Brasilien ist der Fall: Es vollzog sich eine Konzentration des landwirtschaftlichen Eigentums und einen Gegenoffensive wurde eingeleitet.¹⁸²

Die Statistik belegt, dass während der Lula-Regierung wenig getan wurde, um den landlosen Bauern Land zur Verfügung zu stellen. Joao Pedro Stedile schätzt ein, dass einerseits ein modernes Brasilien sichtbar wird, andererseits aber die sozialen Probleme weiter fortbestehen. Bestimmte Indikatoren, unter anderem der Index der menschlichen Entwicklung (IDH) weist die 75. Position in der internationalen Reihenfolge für Brasilien aus, obwohl es paradoxerweise als achties

¹⁷⁸ Francisco de Oliveira in . ¿Hay vías abiertas para América Latina?. En *“Nueva Hegemonía Mundial. Alternativas de cambio y movimientos sociales”*. Atilio A. Boron (compilador). CLACSO, Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales, Buenos Aires, Argentina. 2004

¹⁷⁹ Francisco de Oliveira im Interview mit „Correspondencia de Prensa“, 2.7.2010

¹⁸⁰ Francisco de Oliveira, Interview in IHU On-line vom 22.3.2010

¹⁸¹ Joao Pedro Stedile in Estado de Sao Paulo, 24.2.2008

¹⁸² Joao Pedro Stedile, Interview im Estado de sao Paulo, 24.2.2008

stärkstes Land nach dem BIP eingestuft wird.

Nach Stedile haben die acht Jahre der Regierung Lula keine Fortschritte für die Durchführung einer Agrarreform mit sich gebracht. Nach Stedile ist eine reale Agrarreform gegenwärtig nicht mehr von anderen Fragen der modernen Gesellschaft losgelöst zu sehen. In erster Linie zählt dazu der ökologische Faktor, der direkt mit politischen und wirtschaftlichen Problemen verbunden ist. Die MST wendet sich gegen die Tendenz aus der Landwirtschaft einen ausschließlichen Marktfaktor zu machen, die durch Monokultur, Einsatz von Pestiziden und genverändernden Pflanzen gekennzeichnet wird. Das muss gestoppt und verändert werden, was aber nach Meinung von Stedile eine Angelegenheit der gesamten Gesellschaft ist. Der alternative Weg zu einer auf Nahrungsmittelproduktion, auf Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit orientierten Landwirtschaft ist eine organische und agroökologische Produktionsweise. Die MST ist bestrebt, Bildungsarbeit für einen solchen Weg zu leisten. Sie fördert technische und landwirtschaftliche Ausbildung und fordert von der PT-Regierung Unterstützung und Hilfe. Dazu gehört die Forderung, spezielle Kreditlinien für Agrarindustrien und Kooperativen einzurichten und finanzielle Mittel für den Kauf der zu enteignenden landwirtschaftlichen Nutzflächen bereitzustellen. Diese Forderung bezieht sich vor allem auf die Ansiedlung landloser Bauern, die gegenwärtig in den Camps der MST leben.

Stedile appellierte verschiedentlich an Lula, zum einen Obergrenzen für den Besitz landwirtschaftlicher Nutzflächen und Kriterien für die Produktivität landwirtschaftlicher Flächen im Abgeordnetenhaus beschließen zu lassen. Nach der Verfassung von 1988 können unproduktive Flächen enteignet und einer gesellschaftlichen Nutzung zugeführt werden.

Joao Pedro Stedile stellt deshalb fest, dass mit der zögerlichen Agrarpolitik der Regierung Lula in erster Linie die Großgrundbesitzer und der Agrobusiness profitieren, deren landwirtschaftliches Modell den Interessen der gesamten Gesellschaft widerspricht. Die Agrarfrage bringt für die Gesellschaft permanente Widersprüche hervor. „Das aktuelle landwirtschaftliche Modell, dass von den Kräften des Kapitals und der großen landwirtschaftlichen Unternehmen Brasilien aufgezwungen wird, widerspricht den Interessen des gesamten Volkes. Es verwandelt alles in Waren: Nahrungsmittel, Naturgüter wie Wasser, Land, Biodiversität und Saatmittel. Sein einziges Ziel besteht in der Aneignung von Gewinn für die nationalen und transnationalen Unternehmen.“¹⁸³

Nach Stedile führen die MST und andere soziale Bewegungen den Kampf um ein alternatives landwirtschaftliches Modell, dass für die Gesellschaft Gerechtigkeit und Ausgeglichenheit mit der Umwelt schafft. Um eine klassische Agrarreform durchzuführen, muss der Kampf gegen das neoliberale Modell geführt werden. Stedile versteht aber die Aktualität einer Agrarreform als nationales Projekt im weiteren Sinn: Demokratisierung des Bodens als Grundlage für die Industrialisierung Brasiliens. Eine Agrarreform des XXI. Jahrhunderts trägt nicht mehr den klassischen Charakter vergangener Jahre, da mit der Agrarfrage in Brasilien in engster Weise das künftige Gesellschaftsmodell verbunden ist. Es geht ihm um ein neues Landwirtschaftsmodell, basierend auf kleinem und mittlerem Eigentum an Land. Für Stedile die Familienproduktion die Grundlage für die Erweiterung des Binnenmarktes für gesunde Nahrungsmittel ohne Einsatz von toxischen Mitteln. „Ein neues Landwirtschaftsmodell ist ausgerichtet auf eine gerechte Verteilung der Einkommen, der Stärkung der industriellen Basis und der Schaffung von Arbeitsplätzen.“¹⁸⁴

Konzeption der „Movimento Consulta Popular“ –(CP), vertreten durch *Ricardo Gebrim*
(Ricardo Gebrim ist Rechtsanwalt und Koordinator der Movimento Consulta Polpular. Er war juristischer Berater der Gewerkschaft CUT, Präsident der Gewerkschaft der Rechtsanwälte Sao Paulos, Mitglied der PT bis 1994.)

Die Consulta Popular ist eine Organisation, die aus verschiedenen sozialen Bewegungen entstanden ist, 1997 zum ersten Mal zusammentrat und sich 2005 als „Movimento Consulta Popular“ konstituierte. Eine ihrer Grundlagen hat die CP in den pastoralen Zirkeln der Theologie der Befreiung und der Bewegung der Landlosen. Verbunden fühlt sich die CP mit den Klassikern des brasilianischen sozialwissenschaftlichen Denkens Caio Prado jr., Florestan Fernandes, Celso Furtado u.a. Das Ziel der CP wurde während der 2. Generalversammlung der „Kämpfer des Volkes“, wie sie sich nennen, formuliert: „Der Aufbau einer politischen Organisation wird mit der

¹⁸³ Joao Pedro Stedile, Interview für IHU On-line vom 25.11.2010

¹⁸⁴ Joao Pedro Stedile, Interview für UOL.com vom 23.4.2008

Aufgabe verbunden, umfassend eine neue Interpretation Brasiliens zu verbreiten und dem Land ein Programm struktureller Transformationen vorzuschlagen.“¹⁸⁵ Nach einem wochenlangen Marsch 1999 über 1600 km von Rio de Janeiro bis zur Hauptstadt Brasília mit über 5000 tausend Teilnehmern, Treffen und Gesprächen unterwegs trat die CP verstärkt an die Öffentlichkeit und definierte im „Brief der Generalversammlung der Kämpfer des Volkes“ ihre strategischen Ziele.

„Die Macht befindet sich in den Händen der Gruppen, die Ressourcen und alle Institutionen des gesellschaftlichen Lebens kontrollieren und die gesamte Gesellschaft ihren Interessen untergeordnet haben. Die Ursache für die anhaltende Krise ist deshalb die Ausübung der Macht durch diese Eliten. Die Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens ist der zentrale Punkt unseres Projektes.“¹⁸⁶

Die Jahre der Offensive des Neoliberalismus haben Folgen für die linke Bewegung hinterlassen, die nicht einfach zu überwinden sind, obwohl im Ergebnis des Volkskampfes eine Reihe Wahlerfolge in Lateinamerika zu verzeichnen werden konnten. Es entstanden mit der Veränderung des Kräfteverhältnisses antineoliberale Regierungen, die als eine Verbindung zwischen Sektoren der Bourgeoisie und des Volkes charakterisiert werden. Nach Gebrim ist diese Veränderung der Übergang vom konservativen Desarrollimus zum national-desarrollistischen Modell.

Die Möglichkeiten dieses Modells sieht Gebrim in zwei Fragen begrenzt (hier liegen auch die Differenzen u.a. zu linken Kräften in der PT, die wie Valter Pomar im national-desarrollistischen Modell progressive Möglichkeiten erkennen):

- Seine Verwirklichung hängt wesentlich mit günstigen Bedingungen auf dem Weltmarkt zusammen, die diese „Allianz“ entgegengesetzter Interessen zeitweilig ermöglicht.
- Mit diesem Modell können keine strukturellen Veränderungen erreicht und gravierende soziale Ungleichheiten beseitigt werden.

Ausgangspunkt für Gebrim als einer der führenden Köpfe der CP ist deshalb die Feststellung, dass sich selbst nach acht Jahren Lula-Regierung an den Verhältnissen nichts geändert hat. Daraus zieht er die Schlussfolgerung, dass der positive Zyklus einer aufstrebenden Linkspartei, der PT, beendet ist. (s. dazu auch die Position Stediles). Vor allem meint er, dass die Möglichkeiten, durch Wahlen Veränderungen herbeizuführen, sich erschöpft haben.

„Die politische Strategie konzentriert sich in diesen Falle auf die Eroberung von Wahlpositionen.“¹⁸⁷

Hinzu kommt, dass nach seiner Einschätzung in Brasilien ein Rückgang des Volkskampfes zu verzeichnen ist und der Druck seitens der Volksbewegungen abgenommen hat. Darin liegt nach Auffassung Gebrims und der CP die Ursache für die Zugeständnisse, die die Regierung Lula den Eliten des Landes machen musste. Realistisch beurteilt, erkennt Gebrim in der brasilianischen Linken antineoliberale, national-desarrollistische Kräfte, die sowohl in politischen Parteien wie auch in sozialen Bewegungen und denen der pastoralen Gruppen vorhanden sind und mit denen ein gemeinsames politisches Vorgehen möglich ist. Das betrifft auch das Verhältnis der CP zu den Regierungen Lula und nun auch zur Regierung Dilma, wenn es v.a. um die Abwehr der Angriffe konservativer und neoliberaler Kräfte geht.

Allerdings besteht die kritische Distanz zu den PT-Regierungen weiter, da Gebrim und die CP sie nicht als ausreichend politisch konsequent beurteilen.

Eine reale Transformation der brasilianischen Gesellschaft betrachten Gebrim und die CP als notwendig und möglich. Deshalb verfolgen sie ein „Projeto Popular“ (Volksprojekt), das sich von den vorliegenden linken Vorstellungen anderer Kräfte durchaus unterscheidet.

Die Grundlage für dieses Projekt wurde 1997 während einer Zusammenkunft von Politikern, Vertretern sozialer Bewegungen und Intellektuellen gelegt, die mit einer kollektiven Ausarbeitung „eine umfassenden Interpretation der brasilianischen Situation geben und die Grundlage für eine Alternative für das Land vorlegen“ wollen.¹⁸⁸

¹⁸⁵ Movimento Consulta Popular, „Documentos Básicos“, Heft Nr. 14, Juni 2005, S. 3

¹⁸⁶ ebenda

¹⁸⁷ Ricardo Gebrim, Interview für Brasil de Fato, 28.6.2006

¹⁸⁸ Das Buch „Brasilianische Option“ erschien 1998 im Verlag Contraponto, Rio de Janeiro. Zitat aus der Einleitung, S. 9

Zusammengefasst wird im Projekt gesagt:

- Sicherung der Souveränität des Landes,
- Beseitigung der sozialen Exklusion, der sozialen Ungleichheiten und Umverteilung des Reichtums des Landes,
- Beendigung der Diktatur des Finanzkapitals und der Position Brasiliens als Land der Peripherie, d.h. Entwicklung durch Mobilisierung der internen Ressourcen und Potentials,
- Suche nach einem neuen Typ der Entwicklung, der Nachhaltigkeit und ethische Prinzipien garantiert,
- Rekonstitution des politischen Systems auf neuer Basis, erweiterter Demokratie und Partizipation des Volkes.¹⁸⁹

Nach Gebrim stellen diese Zielstellungen eine große Herausforderung für die CP dar. Im Zentrum der Debatte der brasilianischen Linken, an der sich Gebrim und die CP beteiligen, steht der Charakter der Entwicklung des Landes. Sie bewegt sich zwischen Extremen: einerseits der Ablehnung jeglicher Entwicklung der Produktivkräfte (und nicht der kapitalistischen Aneignung der Entwicklung) und der Negierung jeglicher Folgen für die Umwelt (da die Menschheit über ausreichend technologische Möglichkeiten verfügt, um Umweltschäden zu vermeiden). Gebrim vertritt eine klare Position, indem er die Entwicklung der Produktivkräfte durch wissenschaftliche Fortschritte für unabdingbar hält, aber deren private Aneignung durch das Kapital ablehnt. Hier sieht er in der Linken fehlendes Verständnis für die gesellschaftliche Realität und die daraus sich ergebenden Polemiken. Nach Gebrim muss die Komplexität des Typs der Entwicklung, die angestrebt wird, erkannt und beachtet werden. Damit akzeptiert Gebrim die Zielstellung, u.a. der brasilianischen Regierung, sich vom äußeren Druck der Unterordnung zu befreien und eigene Wege bei der regionalen Integration und internationalen Zusammenarbeit zu gehen. Dazu rechnet er ebenso die in Brasilien realisierten Sozialprogramme (Bolsa Familia etc.). Unter den gegenwärtigen Bedingungen des internationalen Kräfteverhältnisses erscheint eine weitergehende Transformation der Gesellschaft jedoch nicht möglich. Für die CP bleibt offen, welchen weiteren Weg die Dilma-Regierung einschlagen wird, sodass sich auf dieser Ebene Spannungen ergeben werden. Hierin sieht er auch Unterschiede in der neo-desarrollistischen Politik Hugo Chávez' zu der der Lula-Regierung. Nach seiner Meinung denkt Chávez weiter, indem er erklärt, dass sich die chavistischen Kräfte auf einen längeren Weg vorbereiten und strukturelle Veränderungen durchsetzen müssen. Gebrim hält deshalb linke Positionen in der PT, wie sie V. Pomar vertritt, für politisch angepasst.

Allerdings ist auch in der CP die Debatte von unterschiedlichen Positionen geprägt, vor allem was das Energiemodell betrifft. Ein Beispiel ist der beabsichtigte Bau des Wasserkraftwerkes Belo Monte im Amazonasgebiet, das nach Meinung von Umweltschützern erhebliche Folgen für die Umwelt und für die dort ansässige, vorwiegend indigene Bevölkerung haben wird. Das von der Regierungsseite als Maßnahmen zur Industrialisierung angesehene Projekt ist nach Meinung von Gebrim möglich und dient der Ökonomie Brasiliens zur Erwirtschaftung von finanziellen Ressourcen, die für die Bekämpfung der Armut eingesetzt werden können. Insofern unterstützt die CP bestimmte Maßnahmen des desarrollistischen Projektes der Regierung.

Gebrim hebt jedoch hervor, dass sich in der Bekämpfung der Armut für die Regierung Dilma Grenzen auftun werden, die nur durch strukturelle Veränderungen zu lösen sind. Deshalb will die CP diese Konflikte verschärfen, um den politischen Druck auf die Regierung zu erhöhen. „Im Zentrum der Taktik steht der soziale Kampf um eine öffentliche Politik im Interesse der Werktätigen und die Aufgabe, Illusionen über den Charakter der Regierung zu überwinden und das politische Bewusstsein breiter Bevölkerungskreise anzuheben.“¹⁹⁰ Die CP nimmt deshalb vor allem Kurs auf die Stärkung der Kräfte des Widerstandes, da in der gegenwärtigen Phase ein gemeinsames Vorgehen der Linken des Landes nicht garantiert werden kann. Mit dieser Zielstellung arbeitet die CP nach Gebrim daran, eine „Neubegründung der Linken“ zu erreichen. „Die Einheit der Linken wird nicht in Wahlkämpfen erreicht, da die brasilianische Linke sich mit unterschiedlichen Taktiken präsentiert. Im Moment ist ein alternatives Projekt einer Volksregierung nicht abzusehen.....Es wäre notwendig, eine programmatische Einheit herzustellen, die auf der Basis eines

¹⁸⁹ „A opcao brasileira“, 1998, Seiten 150-151

¹⁹⁰ Erklärung der VI. Generalversammlung der CP, Bahia de Salvador, März 2011,

„Volksprojektes“ existiert.“¹⁹¹

Nach Gebrim orientiert sich die CP deshalb auf drei wesentliche Aufgaben:

- Sammlung der Volkskräfte und Kampf für das „Volksprojekt“ (Projeto Popular),
- Festigung der CP als politisches Instrument (d.h. im erweiterten Sinn der Neubegründung der brasilianischen Linken) und der Zusammenführung aller Kräfte in der „Generalversammlung des Volkes“ („Assamblea Popular)¹⁹², die in der Erklärung „Das Brasilien, das wir wollen“ dargelegt wird,
- der Bildungsarbeit in der CP und in mit der CP kooperierenden Bewegungen.

Gebrim betont, dass die von der CP realisierte Bildungsarbeit die Grundlage für die Entstehung einer neuen Generation von „Kämpfern des Volkes“ verbunden wird, die frei ist von neoliberalen Einflüssen und sich auf die Durchsetzung der Interessen des Volkes konzentriert. Beispiel für diese Bildungsarbeit ist die Pädagogik Paulo Freires, dessen Ansichten in der „Pädagogik der Unterdrückten“ dargelegt sind: „Nicht eine Pädagogik für den Unterdrückten, sondern eine Pädagogik mit ihm, d.h. einer Pädagogik, in der die Unterdrückten Bedingungen erleben, sich selbst zu entdecken und sich als Subjekt seiner historischen Bestimmung zu begreifen.“¹⁹³

5.) Positionen lateinamerikanischer Intellektueller in der Transformationsdebatte *Atilio Boron*

(Atilio Boron ist Professor an der Universität Buenos Aires. Er war lange Jahre Exekutivsekretär der CLACSO und leitet heute das Lateinamerikanische Fernstudienprogramm für Sozialwissenschaften.)

Boron hat in vielen Veröffentlichungen die Entwicklung Lateinamerikas in den letzten Jahren analysiert und als langjähriger Exekutivsekretär der CLACSO maßgeblichen Anteil an der Entwicklung des kritischen Denkens in Lateinamerika. Boron äußerte sich wiederholt zur Entwicklung in Brasilien nach dem Wahlsieg der PT 2002 und dem Regierungsantritt Lulas 2003. „Wir haben eine Reihe von Regierungen, die mit einem linken Diskurs in einem ruhigeren Wasser schwimmen, aber im Falle Argentiniens, Brasiliens, Chiles und Uruguays in der politischen und wirtschaftlichen Praxis sich nicht wie linke Regierungen verhalten.“¹⁹⁴ Boron drückt damit seine Enttäuschung aus und zieht gleichzeitig Schlussfolgerungen, die die angewandten Entwicklungsmodelle betreffen.

Er hält eine autonome Entwicklung in Ländern der Peripherie kaum für möglich und schlussfolgert, dass sie besonders unter den Folgen der neoliberalen Politik abhängig bleiben und der „Status der Unterentwicklung“ verfestigt wurde.¹⁹⁵ Boron meint, dass die Mitte-Links-Regierung Brasiliens von der irrigen Annahme ausgeht, den Abstand zu den führenden Industrieländern verkleinern oder gar überwinden zu können. Allerdings schränkt er im Falle Brasiliens ein, dass Teile der Bourgeoisie an einem mehr eigenständigen Weg interessiert sind. Eine eigenständige Entwicklung ist aber im Rahmen des Systems versperrt. Boron ist rigoros in seinen Schlussfolgerungen, wenn er sagt, dass die sozialen Bewegungen bei der Entwicklung einer Alternative gescheitert sind, und auch die gewählten Regierungen. Lula in Brasilien, Kirchner in Argentinien und Vázquez in Uruguay zeigten eindeutig die Unfähigkeit der subalternen Klassen, eine post-neoliberale Tagesordnung durchzusetzen.¹⁹⁶ Nach seiner Auffassung waren die objektiven Bedingungen herangereift, eine radikale Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen den linken und rechten Kräften zu erreichen. Aber die Linke erwies sich als unfähig, zumindest eine taktische Einheit herbeizuführen. Darunter versteht er eine Einheit in Vielfalt, die die Unterschiede nicht übergeht, sondern daraus die Stärke linker Positionen leitet. In einem Transformationsprozess muss die Demokratie als oberstes Prinzip gelten. Deshalb fragt er, unter welchen Bedingungen eine Demokratie „höchster Intensität“ erreicht wird, ohne dass die Bedingungen für ihre Realisierung ausreichend geschaffen wurden. Wie das brasilianische Beispiel zeigt, wurde die so hoch gepriesene Demokratie des

¹⁹¹ Ricardo Gebrim, Interview für Brasil de Fato, 28.6.2006

¹⁹² Die Assamblea Popular ist ein bewegungsübergreifender Raum der Debatte, Reflexion und Beschlussfassung über Aktionen.

¹⁹³ Gilberto Freire, „Pedagogia do Oprimido“, Editora Paz e Terra, 36. Auflage, Sao Paulo, 1987, Seite 9

¹⁹⁴ Atilio Boron in „Está emergiendo con fuerza una conciencia emancipadora latinoamericana“, Argenpress, 1.10.2009

¹⁹⁵ Atilio Boron, „Den Sozialkismus neu denken“, VSA-Verlag Hamburg, 2010, S. 12

¹⁹⁶ Atilio Boron in „Crisis de las democracias y movimientos sociales en América Latina: notas para una discusión.“ OSAL – Observatorio Social de América Latina, año VII, Nr.20, CLACSO, Argentinien 2006

partizipativen Haushaltes in Porto Alegre durch einen ihrer ersten Protagonisten Präsident Lula still archiviert. Lula unternahm nichts, um die Erfahrungen der Stadt Porto Alegre im Lande umfassend durchzusetzen. Nach Meinung Borons wurden die sozialen Bewegungen vereinnahmt, wodurch sie ihre Rolle, mobilisierendes Subjekt zu sein, einbüßten. Boron wendet sich in diesem Zusammenhang gegen den von Hardt/Negri verwendeten Begriff „Multitud“, in der alle politischen Subjekte vereinnahmt werden. Boron dagegen ist der Auffassung, dass ohne die Aktivierung aller Bewegungen, die den öffentlichen Raum erobern, es keinen Übergang zum Post-Neoliberalismus geben wird.¹⁹⁷ Allerdings unterstreicht Boron, dass die werktätigen Klassen große Erfahrungen sammeln konnten, die ihnen zeigen, welche transformatorisches Potential sie entwickeln können.

Boron setzt sich auch mit dem Problem der Entwicklung Lateinamerikas auseinander und bezieht sich auf Raúl Prebisch und seiner Theorie der Dependenz, die als Teil der „Theorie der Entwicklung“ (Desarrollismus) Eingang in das kritische Denken Lateinamerikas fand. Boron argumentiert mit André Gunder Frank, der in seinem Buch „Die Entwicklung der Unterentwicklung“ zeigt, dass Entwicklung in der Peripherie möglich ist, aber auf bestimmte Grenzen des Systems trifft. Boron verweist auch auf Che Guevaras Rede in Punta del Este 1961 auf der Tagung der CIES (Interamerikanischer Wirtschafts- und Sozialrat), in der Guevara ebenfalls von den Grenzen der Entwicklung im Rahmen der kapitalistischen Ordnung spricht. Für Boron steht außerhalb jeder Debatte fest, dass Länder wie Brasilien oder Mexiko als Länder der Peripherie starke Entwicklungsphasen durchmachten, sie aber bisher nicht den Sprung in die Gruppe der entwickelten Industrieländer schafften. Kritisch bewertet Boron deshalb auch die Position Hardt/Negris, die für Länder wie Brasilien u.a., die vom „Imperium“ erfasst sind, „keine sachlichen Unterschiede“ z.B. zu den USA sehen, sondern diese nur als „graduelle Unterschiede“ bewerten.¹⁹⁸

Nach Boron ist der Mythos „nationale kapitalistische Entwicklung“ im linken Bereich nicht überwunden. Das Beispiel Brasiliens zeige, dass die Regierungsallianz, die Lula mit Teilen der brasilianischen Bourgeoisie einging (der Vizepräsident Brasiliens José Alencar war selbst großer Unternehmer, Vertreter der Partido de Frente Liberal) kein „national-desarrollistisches Modell“ ermöglicht hat, obwohl im Falle Brasiliens durchaus von einer „nationalen Bourgeoisie mit desarrollistischem Potential“ gesprochen werden kann.“ Boron verweist aber auf die großen Gewinne, die das Kapital während der ersten Regierung Lulas aufweisen konnte, mit vernichtender Wirkung auf die „Reste der nationalen Bourgeoisie.“¹⁹⁹

Boron stimmt in seiner Einschätzung u.a. mit dem oben zitierten Francisco de Oliveira überein, dass in Brasilien eine stille Revolution ohne revolutionären Prozess vor sich gegangen ist. In der Phase der neoliberalen Globalisierung verstand es die Gran-Bourgeoisie Brasiliens, sich entsprechende Räume im internationalen Rahmen zu sichern. Mit dieser Entwicklung sind, so Boron, die Möglichkeiten eines „national-desarrollistischen Modells“ erschöpft, ohne dass die gravierenden Probleme des Landes gelöst werden konnten.

„Heute von Entwicklung zu sprechen, heißt bereit zu sein, vom Sozialismus zu reden... Von einer Entwicklung zu reden, die vor dem Holocaust einer Umweltkatastrophe schützt, heißt, die Lösung ohne Kapitalismus suchen, in Richtung Sozialismus“²⁰⁰

Dazu stellt Boron fest, dass es keine fertigen Modelle gibt. Der Sozialismus des XXI. Jahrhunderts, Voraussetzung für die Entwicklung der lateinamerikanischen Gesellschaften, kann kein Akt einer Imitation sein, sondern muss aus dem Kampf heraus entstehen, um die Unterentwicklung zu überwinden.

In seinem Buch „Den Sozialismus neu denken“, das im VSA-Verlag erschienen ist, macht er Vorschläge für die Diskussion des Sozialismus des XXI. Jahrhunderts, wobei er sich auf einige Grundaussagen konzentriert und „die Vertiefung der Ideen als eine kollektive Arbeit“ betrachtet.²⁰¹

Claudio Katz

¹⁹⁷ ebenda

¹⁹⁸ Atilio Boron in „El mito del desarrollo capitalista nacional en la nueva coyuntura política de América Latina“, Argenpress, 18.2.2007

¹⁹⁹ ebenda

²⁰⁰ ebenda

²⁰¹ Atilio Boron, „Den Sozialismus neu denken“, VSA-Verlag Hamburg, 2010, S. 83

(Professor an der Universität Buenos Aires, Ökonom, Mitglied der "Ökonomen der Linken" - Economistas de Izquierda - EDI)

Katz untersucht in seinen Arbeiten/Artikeln Probleme der Entwicklung Lateinamerikas, der Entwicklungsmodelle und des Verhältnisses von Reform und Revolution. Nach seiner Auffassung besteht dafür die unbedingte Notwendigkeit, da im Ergebnis der Volkskämpfe linksgerichtete Regierungen entstanden sind, die nach neuen Entwicklungswegen suchen. Nach Katz geht es um die Einleitung prinzipiell um zwei Fragen: revolutionäre Prozesse oder die Konsolidierung des Staatskapitalismus. Zwei Perspektiven, die unterschiedliche Facetten haben, z.B. für Venezuela heißt das, die Volksbewegung vertiefen oder sie blockieren, in Bolivien – sozialistische Schritte einleiten oder den Weg des andinen Kapitalismus beschreiten. Diese Situation fördert die Debatte über das desarrollistische Modell und/oder über eine Strategie der Radikalisierung der erreichten Veränderungen in Richtung des Sozialismus des XXI. Jahrhunderts.

Diese zwei Strategien stehen nach Katz zur Debatte.

Linke Kräfte, die für ein neo-desarrollistisches Modell sind, verbinden damit die Hoffnung auf die Entstehung einer regionalen Unternehmerschaft, die hilft, den peripheren Charakter des lateinamerikanischen Kapitalismus zu überwinden und so ein Übergang zum Sozialismus in Etappen eingeleitet werden kann. Das desarrollistische Schema ist lt. Katz nach graduellen Kriterien konzipiert, die verbunden sind mit dem allmählichen Reifen der Produktivkräfte und der Realisierung sozialer Veränderungen.

Andere Gruppen sprechen gegen eine solche Version, weil der Widerstand des Volkes geschwächt und der Unterschied zwischen Mitte-linken und Mitte-rechten Regierungen verwischt wird. Katz sieht darin Gefahren für die Entwicklung in Venezuela, wo sowohl eine Radikalisierung des Prozesses wie auch ein Stillstand des bolivariischen Prozesses möglich sind.

Nach seiner Auffassung entspricht die pro-desarrollistische These nicht den gegenwärtigen Möglichkeiten der Region, obwohl es Auffassungen gibt, die für eine sozialistische Entwicklung keine Bedingungen in Lateinamerika erkennen. Deshalb fragt Katz: „Was fehlt exakt, um eine antikapitalistische Transformation zu beginnen?“ Denn „in der Region existieren die materiellen Bedingungen für einen radikalen Wandel. Das Dilemma aber ist, wer von der gegenwärtig günstigen Ausgangsposition profitiert.“²⁰²

Es kommt nach Katz darauf an, eine sozialistische Alternative dem neo-desarrollistischen Modell entgegenzustellen und die Doppelbödigkeit der Politik der Mitte-links-Regierungen aufzudecken. Katz spricht sich für die Förderung und Unterstützung der ALBA aus, die er als Schritt in die Richtung einer regionalen post-kapitalistischen Integration begreift.

„Die Frage für Lateinamerika ist, ob es möglich ist, diesen transformatorischen Weg zu beschreiten.“²⁰³ Voraussetzung ist, dass dieses Projekt von der Mehrheit des Volkes getragen wird und sich in embrionaler Form sozialistische Elemente einer neuen Gesellschaft herausbilden können.

Katz zu Brasilien: Brasilien befindet sich im Unterschied zu den Staaten der Region mit linksgerichteten Regierungen in einer anderen Position. Das Land hat starke nationale und transnationale Unternehmen und einen großen Binnenmarkt. Eine Rückkehr zur Industrialisierung der Nachkriegszeit wird ebenso wie die Beseitigung der Asymmetrien gegenüber den Industrieländern nicht möglich sein. Katz nennt die Politik der Lula-Regierung sozial-liberal und stellt ein neues Gleichgewicht zwischen der Gewerkschaftsbürokratie, die in Regierungsämtern aufstieg, und Sektoren der traditionellen Eliten fest.

Katz sieht in der Verbindung Brasilien – Argentinien die politische Achse der Mitte-links Regierungen. Ihre Vertreter meinen, dass ihre Regierungen Industrialisierungspolitik betreiben, die sich gegen die Finanzspekulanten richtet. Sie sind die Progressiven, die gegen die rechte Oligarchie kämpfen. Sie begreifen das „sozialistische Projekt“ als letzte Etappe in der Auseinandersetzung mit der Rechten.

²⁰² Claudio Katz in „América Latina – Socialismo ou Neo-Desenvolvimento“, Rebellion, 1.12.2006

²⁰³ ebenda

Allerdings – so Katz – führt diese Entwicklung schließlich zur Erhaltung des Status quo, so wie es Präsident Lula mit seinem Sozial-Liberalismus eingeleitet hat.

Katz positioniert sich sehr kritisch. Er schätzt ein, dass der Sozial-Liberalismus Lulas keinen sozialen Fortschritt in den großen Ballungszentren fördert. Ebenso habe Lula die Realisierung der Agrarreform verhindert. Insgesamt verzeichne Brasilien einen hohen Grad an Depolitisierung und Demobilisierung. Nach Katz hat Lula mit dieser Politik den Klientelismus gefördert und reale Reformen verhindert.

Einige (auch polemische) Nachbemerkingen

Das Thema „Die Transformationsdiskussion der Linken in Lateinamerika an Hand ausgewählter Personen und mit dem Schwerpunkt Brasilien“ erforderte, sich mit einzelnen Positionen der lateinamerikanischen Linken, bes. der brasilianischen, im Detail auseinanderzusetzen. Bezug genommen wurde deshalb auch auf historische Wurzeln und „Denkschulen“ lateinamerikanischen Ursprungs.

Wie aus dem Text hervorgeht, spielten über Jahre hinweg die Auffassungen der Cepalisten/Desarrollisten eine bedeutende Rolle. Sie untersuchten das Verhältnis der entwickelten kapitalistischen Industriestaaten zur Peripherie und stellten fest, dass ein aus Zentrum und Peripherie bestehendes Weltsystem des Kapitalismus existiert, in dem die Peripherie durch Unterentwicklung gekennzeichnet ist. Ihre strukturelle Besonderheit: Unterordnung der Wirtschaft der Peripherie unter die der Zentren, Rohstoffexporteur und Importabhängigkeit.

Celso Furtado, der noch die Phase neoliberaler Durchdringung der Politik und Wirtschaft erlebte, suchte eine Alternative zum neoliberalen System. Für ihn bedeutete Entwicklung schließlich, ein gesellschaftliches Projekt zu entwerfen, das die existierenden sozialen Probleme neben den strukturellen der Gesellschaft als grundlegend und prioritär behandelt. Nicht die Kapitalakkumulation darf im Mittelpunkt stehen, sondern die Befriedigung der sozialen Bedürfnisse des Volkes. Nach Furtado kommt es darauf an, *in einer Phase der Transformation der Gesellschaft die Entwicklung des Landes zu einer fortschrittlichen Demokratie und der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise zu realisieren*. Die Überwindung der Unterentwicklung wird deshalb nur in einem längerfristigen demokratischen Prozess möglich sein, in dem der Staat und die Gesellschaft die im Lande vorhandenen Potenzen zu ihrem Nutzen umsetzen.

In der Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus ist der Desarrollismus in neuer Form und verschiedenen Varianten in die Politik zurückgekehrt. Von Brasilien bis Bolivien wird die Debatte um ein anderes Entwicklungsmodell geführt. Es stehen sich Befürworter und Gegner oftmals diametral gegenüber. Mehr noch: Die debattierenden Linken tragen Regierungsverantwortung und realisieren konkrete Politik oder sie sind Vertreter linker Bewegungen und Parteien, die sich mit ihren Regierungen kritisch auseinandersetzen.

Deshalb gilt es zu allererst festzustellen, dass es in dieser Debatte, die sich in der vorliegenden Ausarbeitung ausschließlich auf lateinamerikanische Quellen bezieht, sowohl übergreifende Gemeinsamkeiten wie auch von Land zu Land unterscheidliche Herangehensweisen verzeichnet. Weitgehend besteht Einigkeit, dass es sich um die Phase des Post-Neoliberalismus handelt. Gegensätzliche Antworten werden gegeben, ob der Post-Neoliberalismus Antikapitalismus ist und ob Neo-Desarrollismus auch unter diesem Aspekt gesehen werden kann.

Unter welchen Gesichtspunkten ist es nun möglich, die Transformationsdebatte der Linken Lateinamerikas zusammenzufassen?

1. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung steht der Begriff „Entwicklung“. Die hier analysierten Vertreter des Neo-Desarrollismus (national-desarrollistisch, sozial-desarrollistisch) verstehen unter „Entwicklung“ allseitige Ausnutzung der Ressourcen des Landes, um sowohl die industrielle Entwicklung des Landes voranzutreiben wie auch um die sozialen Bedürfnisse zu befriedigen, die Armut zu überwinden und die sozialen Ungleichheiten zu beseitigen. Selbst linke Kritiker wie Pomar oder Gebirim sprechen sich für die Realisierung von Großprojekten in Brasilien aus, die von Teilen der Bevölkerung unter Umweltgesichtspunkten abgelehnt werden. Pomar unterstreicht,

dass es einen Unterschied zwischen dem konservativen und dem – wie er ihn nennt – „populär-demokratischen Desarrollismus“ gibt.²⁰⁴

Ulrich Brand spricht in einem Bericht über das Seminar der RLS, Büro Quito, Juni 2010 von „eine(r) Kritik des immer wieder sich erneuernden Paradigmas der `Entwicklung`“ und weiter „Die Kritik betrifft zuvorderst die neoliberalen und neokolonialen Strategien, aber eben auch – unter Anerkennung von Erfolgen – jene der progressiven Regierungen.“ Er erklärt das mit folgenden Worten: „Die `lateinamerikanische Paradoxie` der progressiven Regierungen besteht darin, dass ihnen der politische Spielraum zuvorderst durch eine verstärkte Weltmarktintegration über die Produktion bzw. Förderung und den Verkauf von Agrargütern, fossilen Energieträgern oder Mineralien ermöglicht wird.“²⁰⁵

Alberto Acosta sagt in einem Interview, „die These der Entwicklung ist gescheitert.. In letzter Zeit spricht man von *Post-Entwicklung*,....es geht um eine Alternative zur Entwicklung.....Die Idee des Wachstums wird als der beste Weg in Frage gestellt, die Probleme der armen Länder zu lösen. Es geht nicht darum, Wachstumsmöglichkeiten zu verhindern, aber das Wachstum an sich gilt nicht mehr als Lösung.“²⁰⁶

Acosta verwendet „Entwicklung“ und „Wachstum“ im obigen Sinne offenbar als Synonyme. Dann mag Post-Entwicklung mit der These Furtados übereinstimmen, der Entwicklung und Wachstum nicht gleichsetzte, sie aber in einem wechselseitigen Verhältnis zueinander betrachtete. Acosta schließt „Wachstumsmöglichkeiten“ nicht aus, da er von „einem guten und schlechten Wachstum“ spricht. *„Alternativen zur Entwicklung“ sind – unter Beachtung der untersuchten Positionen – demzufolge eine umstrittene und bisher in der linken Debatte ungelöste Fragestellung.*

2. Das Wort „Extraktivismus“ ist für die deutsche Debatte (hier wird allerdings gern von Petrosozialismus u.a. gesprochen) ein neuer Begriff. Lander, Acosta u.a. verwenden ihn, um ihre Kritik an der wirtschaftlichen Orientierung ihrer Regierungen zu äußern. In den Untersuchungen der Positionen u.a. auch brasilianischer Linker, taucht der Begriff nicht auf, auch nicht als kritische Bewertung der Regierungspolitik, bzw. des neo-desarrollistischen Modells. „Extraktivismus“ wird von Lander u.a. als Begriff für die Fortsetzung traditioneller Politik betrachtet, was heißt: Abhängigkeit des Landes von Rohstoffexporten. Diese Abhängigkeit wird genauso von anderen Vertretern des lateinamerikanischen kritischen Denkens thematisiert. Diese gehen davon aus, dass ihr nur begegnet werden kann, wenn es gelingt, das Land zu industrialisieren und in diesem Prozess v.a. die Bedürfnisse der Menschen und ihre soziale Gleichstellung im Auge zu haben. *Kritik am „Extraktivismus“ muss deshalb mit Alternativen verbunden werden, die Auswege aus der gegenwärtigen Situation aufzeigen.*

3. Zur Rolle des Staates: Neo-Desarrollismus im Sinne der aktuellen brasilianischen Auslegung heißt Verstärkung der Rolle des Staates, der als regulierendes, planendes und demokratisch gelenktes Instrument gedacht wird. Unter Beachtung der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Situation in der Welt ist nur ein starker Staat in der Lage, die Interessen der Nation und seiner Bevölkerung durchzusetzen. Die Entwicklung der geopolitischen Konstellation macht die Sicherung der Souveränität und Unabhängigkeit jedes Landes zur erstrangigen Aufgabe. Das trifft nicht nur auf Brasilien, sondern ebenfalls auf jedes andere Land Lateinamerikas zu. (Im Zusammenhang damit ist die Debatte um einen brasilianischen „Subimperialismus“ kontraproduktiv, da sie von solchen Aufgaben wie regionale Integration, gemeinsame Sicherheitsinteressen, Kampf um Veränderung internationaler Strukturen wie des IWF, der UNO etc. ablenkt).

Über die Rolle des Staates zu sprechen, heißt heute mehr denn je, über seinen Charakter zu reden. Bezogen auf Bolivien, Ecuador und Venezuela haben sich bereits Prozesse vollzogen, die den Charakter des Staates im Verlaufe seiner Neukonstituierung veränderten. In Brasilien stehen die Reform des Staates und seine Neukonstituierung noch aus. Brasilianische Linke aller Strömungen sind sich aber darüber im Klaren, dass eine politische Reform des Staates aktuell erforderlich ist. Gefordert werden seine Demokratisierung, die Veränderung seiner Institutionen und die direkte Beteiligung der Menschen. Besonders deutlich wird das in der Forderung nach

²⁰⁴ Pomar selbst ist keine Desarrollist, er ist Sozialist

²⁰⁵²⁰⁵ Ulrich Brand, „Alternativen zu Entwicklung“, Bericht über das Seminar der RLS, Büro Quito, Juni 2010, www.rosalux.de, 25.3.2011

²⁰⁶ Alberto Acosta im Interview, RLS, deutsche Übersetzung, 26.5.2011

einem „nationalen Projekt“, das die unterschiedlichsten Kräfte übereinstimmend befürworten.

4. „Sozialismus des XXI. Jahrhunderts“ und das „vivir bien“

Die in dieser Ausarbeitung untersuchten Positionen gehen, wenn vom „Sozialismus“ gesprochen wird, davon aus, *dass der Weg zum Sozialismus ein langfristiger ist, der nur in Übereinstimmung mit dem Willen der Menschen gegangen werden kann.* Sowohl Harnecker wie auch Lebowitz, auch Sader und Boron, unterstreichen, dass das eine Zeit sich vertiefender demokratischer Prozesse sein muss und Veränderungen sowohl in der Politik wie auch in der Ökonomie erfordert. Andere Positionen verweisen darauf, dass mit dem antikapitalistischen Kampf die Aufgabe steht, Elemente des Sozialismus schon im kapitalistischen Umfeld zu erringen (Stedile, Gebrim, Harnecker). Realistisch werden alle bisherigen Veränderungen in den Staaten, in denen Mitte-links Regierungen existieren, keineswegs als sozialistisch eingeschätzt und es selbst in Venezuela noch keine tiefgreifenden strukturellen Veränderungen gegeben hat. Illusionen, die mit der Wiedergabe der Losung „Sozialismus des XXI. Jahrhunderts“ verbunden sind²⁰⁷, werden mit dieser realistischen Einschätzung relativiert. Der Vizepräsident Boliviens Linera Garcia spricht von der Entwicklung eines „andinen Kapitalismus“, den er als „reifen“ Kapitalismus bezeichnet im Unterschied zu den bisher in Bolivien existierenden kapitalistischen Verhältnissen. Nach Linera sind in diesem Prozess bereits starke antikapitalistische Elemente enthalten.

Auch die Debatte über das „vivir bien“ birgt Besonderheiten. Acosta, danach befragt, was er von dieser Vision hält, betont, dass „man nichts von einer Wirklichkeit in eine andere transferieren (kann)....Das `vivir bien` ist vor allem ein Angebot, um anders an die Suche nach Alternativen heranzugehen.“²⁰⁸ *Eine schematische Übertragung – selbst des Begriffes „vivir bien“ (als „gut leben“²⁰⁹) auf hiesige Verhältnisse muss mit Vorsicht behandelt werden. Richtig erscheint der Hinweis Acostas, dass es weltweit um die Suche nach Alternativen zu den gegenwärtigen Lebensweisen geht.*

Die Transformation der Gesellschaft

Die dazu in der brasilianischen Linken stattfindenden Debatten wurden an obigen Beispielen dargelegt. Darunter sind Auffassungen, die besagen, dass ein Transformationsprogramm der Wirtschaft und der gleichzeitigen Radikalisierung der Demokratie dem Anschein nach wenig mit dem Sozialismus zu tun hat. Ihre Vertreter meinen aber, dass der Kapitalismus verändert werden kann, wenn diese Reformen mit starker sozialer Mobilisierung einhergehen. Im Transformationsprozess werden partielle Errungenschaften neue Reformen ermöglichen, die die Gesellschaft nach und nach verändern und neue gesellschaftliche Verhältnisse schaffen. (Marco Aurelio Garcia, Marcio Pochmann). In Brasilien wird dieses Programm als „Die große Transformation: Direktiven des Regierungsprogramms 2011 – 2014“ bezeichnet. „Brasilien hat aufgehört, das ewige Land der Zukunft zu sein. Die Zukunft ist da. Und das Nach-Lula ist Dilma“.²¹⁰

Aufgeworfen wird damit ein wesentliches Problem gegenwärtigen politischen Denkens, worin gesellschaftlicher Fortschritt, d.h. Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse, zum Ausdruck kommt. Während eines kürzlich in Rio de Janeiro durchgeführten Seminars „Linksregierungen – Die Regierungen und die Wege zum Sozialismus“ wurde erklärt, dass Lateinamerika sich in einem progressiven, antiimperialistischen und demokratischen Zyklus befindet, der als Beispiel für andere Völker der Welt gelten kann. *„Dieser Prozess erfasst die unterschiedlichsten politischen Erfahrungen. Wir haben es mit unterschiedlichen Kräften zu tun, aber es gibt einige gemeinsame Merkmale wie nationale Souveränität, bedeutende Beteiligung des Volkes, mehr Rechte für die die Werktätigen und regionale Integration.“*²¹¹

Die Linke Brasiliens und mit ihr auch andere Linke Lateinamerikas schätzen ein, dass wesentliche

²⁰⁷ Es verwundert aber auch, dass in hiesigen Breiten Einordnungen, wie z.B. „Indoamerikanischer Sozialismus“ vorgenommen werden, die vor Ort so nicht vorkommen. Siehe. „Das Argument – Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften“, Nr. 276

²⁰⁸ ebenda

²⁰⁹ Klaus Lederer verwendet ihn unkommentiert in seinem Artikel „Die Linke: Programmatisch festgefahren“ in Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr.1, 2011, Seite 89

²¹⁰ Emir Sader, Marco Aurélio Garcia, „Brasil 2011-2014 “Dos Proyectos en Conflicto”, Verlag OCEAN SUR, 2010, Seite 80

²¹¹ Fundacao Perseu Abramo, „Seminário Governos de Esquerda – Os governos e os caminhos para o socialismo“, 1.7.2011

Veränderungen auf dem Kontinent vor sich gegangen sind. Selbst wenn diese Einschätzung relativiert wird, ist festzustellen, dass das Bild Lateinamerikas sich gewandelt hat. Dieter Klein verweist in seiner Schrift „Eine zweite große Transformation und die Linke“ auf diese Entwicklung in Lateinamerika. „Noch befindet sich die europäische Linke im Unterschied zu Lateinamerika in einer Situation der Defensive. Es wäre ein großer Erfolg, wenn...es gelänge, eine Transformation über den neoliberalen Kapitalismus hinaus einzuleiten und voranzutreiben....Bereits im Rahmen des Kapitalismus ginge es um Wandel zugunsten einer Soziallogik gegen die Kapitallogik.“²¹²

²¹² Dieter Klein, „Eine zweite große Transformation und die Linke“, RLS 01/2010, Beiträge zur politischen Bildung

Die Transformationsprozesse in Lateinamerika und ihre Kritiker

Trotz einiger Rückschläge und vieler belastender Faktoren zeichnet sich ein weiteres, wenn auch verlangsamtes und differenziertes Voranschreiten der gesellschaftlichen Veränderungsprozesse in Lateinamerika ab; sie werden immer wieder in demokratischen Wahlen bestätigt und sie erweisen sogar weiterhin ihr Potential zur Ausdehnung auf weitere Länder.

Wenn auch überwiegend im demokratischen Rahmen verlaufend, waren diese Wahlsiege kein einfaches Ergebnis der Abstimmung in den Wahlkabinen, sondern sind mit dem Blut von Protagonisten auf den Straßen der Städte, wie in El Alto, Quito oder Buenos Aires, auf den Halden der andinen Bergbauggebiete, in den Wäldern Amazoniens und auf besetzten Latifundien Brasiliens oder Venezuelas erkämpft worden. Und doch waren die Wahlsiege nur der erste und kleinere Teil des Ringens um den gesellschaftlichen Wandel; die Schwierigkeiten, so zeigt sich, begannen damit erst. Das ist die Erfahrung aller großen gesellschaftlichen Umwälzungen, sie bestätigt sich auch in den betreffenden Ländern Lateinamerikas heute.

In der modernen Sprachregelung westeuropäischer Theoretiker oft als „Postneoliberalismus“ bezeichnet, was allerdings gar nichts aussagt als die Scheu, einem fließenden Prozess noch unbekannter Reichweite einen Namen zu geben und sich damit zu positionieren, gehen diese Anstrengungen für den gesellschaftlichen Wandel jetzt allmählich zu den wesentlichen Fragen über, die Sicherung der Macht und die Fortsetzung des progressiven Kurses auch durch die nächste Regierung sowie die Schaffung der Voraussetzungen für tiefere Eingriffe in die gesellschaftlichen Strukturen. Es sind Gesellschaften im Übergang, in denen der Kampf um die Hegemonie jener Kräfte aufgenommen wurde, die den Übergang in eine nicht mehr vom Profitstreben bestimmte Gesellschaft suchen, in denen sich Neues herausbildet, die aber auch auf ihrem Wege scheitern können.

Diese Transformationsprozesse haben sich nicht nur mit übermächtigen Gegnern und mit den Folgen jahrzehntelanger neoliberaler Verwüstungen in den Gesellschaften, deren Überwindung mehr als eine Generation erfordern wird, auseinandersetzen, sie stehen auch vor gigantischen Herausforderungen in ihrem Anliegen, eine zukunftsfähige, gerechte und solidarische Gesellschaft ohne Ausgrenzungen zu schaffen, und weder ihre Strategie noch die Wege dafür sind in irgendeinem Konzept vorgezeichnet, sie werden Schritt für Schritt, und nicht ohne Irrtümer, neu gebahnt. Alle diese Prozesse haben bereits ernste Krisensituationen zu überstehen gehabt. Und wie es nicht anders sein kann, treten auch zunehmend Meinungsverschiedenheiten und Interessen- oder Verfahrenskonflikte unter den immer in ihrer Pluralität zu sehenden Akteuren auf, Konflikte, die unterschiedlich bewältigt werden, im Dialog im besten Fall, mit der Autorität des Präsidenten im anderen, nicht selten als ein Gegeneinander bisher vereinter Protagonisten. Dass sie unter Unsicherheiten, Lernprozessen, notwendiger Kritik und Korrekturen vorwärts schreiten, sollte nicht verwundern. Die kritische Debatte muss jedoch konstruktiv, nicht negierend und verdächtigend sein, wenn sie voran helfen will.

Der portugiesische Philosoph Boaventura de Sousa Santos, der seit Jahren die neuen Gesellschaftsprozesse in Lateinamerika und die Weltsozialforen theoretisch begleitet, sagt: „Man muss kritisch sein, aber nicht überkritisch, weil die Rechte uns ständig im Auge hat und über jede Kritik erfreut ist, die wir, die wir letzten Endes auf der Seite der Veränderungen stehen, gegen unsere eigene Sache, gegen uns selbst richten.“²¹³

Seit die ersten Regierungen mit progressiver Ausrichtung in lateinamerikanischen Ländern angetreten sind, haben nicht nur Horrorszenarien und Gewaltaktionen bis zu Putschversuchen von

²¹³ Boaventura de Sousa Santos, in: Demokratie, Partizipation und Sozialismus – Bolivien, Ecuador, Venezuela, Publikation des Büros der Rosa Luxemburg Stiftung in Quito, Ecuador, Oktober 2010, S. 196, span.

Seiten der rechten Kräfte, Drohungen der USA-Regierung und Spaltungsarbeit der von ihr beeinflussten „Hilfs“organisationen, sondern auch Unkenrufe von Kritikern aus dem linken Lager, die sich nicht in den Gang der Ereignisse einfügen konnten oder den Einfluss darauf verloren haben, eingesetzt und sich an den praktischen und ideologischen Destabilisierungsversuchen beteiligt. Dazu gehören auch belehrende und herabsetzende Stimmen aus Europa.

Über solche Kritiker sagt der Vizepräsident Boliviens, Álvaro García Linera, in einer Streitschrift, die zugleich eine Bilanz des bisher Erreichten zieht: „Mit einer gewissen belehrenden Haltung leugnen sie den schwierigen Lernprozess und negieren die immer neuen Anstrengungen, Rückschläge und neuen Fortschritte der Führungstätigkeit, die nun mal einer Regierung eigen sind, die aus Personen aus den Volksschichten, aber mit verschiedener sozialer Herkunft zusammengesetzt ist, von Menschen, die nicht als ‚professionelle Vertreter der Macht‘ erzogen worden sind und die ‚auf dem Marsch‘ lernen müssen, die ihre Fehler ‚unterwegs‘ korrigieren, jeden Moment Entscheidungen wieder ins Gleichgewicht bringen müssen, aber als höchstes Ziel immer im Auge haben, die auf den Straßen erkämpften Siege der sozialen Bewegung in befestigte Errungenschaften auf staatlicher Ebene umzuwandeln.“²¹⁴ Und er wendet sich gegen die „Patenschaften“, Beratungstätigkeit und selektiven Projektfinanzierungen, mit denen die Flut ausländischer Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen im Lande, die er, mit positiven Ausnahmen selbstverständlich, als Fortsetzung kolonialer Praktiken bezeichnet, den Gang der Auseinandersetzungen zu beeinflussen versuchen und Destabilisierungsarbeit betreiben.

Aber auch unter den Trägern der heutigen Umgestaltungsprozesse, in Parteien, Massenorganisationen, sozialen Bewegungen, an Universitäten und Strategieinstituten nimmt die Diskussion um den weiteren Weg zu – das ist begrüßenswert, um Fehler zu korrigieren, den bisherigen Mangel an theoretischer Aufarbeitung der Erfahrungen zu überwinden und den Blick in die Zukunft orientieren zu können. Diese Diskussion sollte von uns aufmerksam verfolgt und ausgewertet werden. Auf einige der Kernfragen dieser Debatten soll hier aufmerksam gemacht werden.

Hat es reale Veränderungen in den Gesellschaften gegeben oder ist alles beim Alten?

So gibt es heute verbreitet in akademischen Kreisen, sowohl unserer Länder als auch Lateinamerikas, die (abwertende) Einschätzung, von den linken Regierungen in Lateinamerika würden zwar recht lobenswerte Sozialprogramme durchgeführt, es seien aber bisher keine strukturellen Veränderungen (gemeint sind vor allem Veränderungen der ökonomischen Machtverhältnisse, der Eigentums- und Verteilungsverhältnisse) festzustellen. Was für strukturelle Veränderungen will man innerhalb von fünf, im Höchstfall (Venezuela) zehn Jahren erwarten? Vor allem wenn man sich die Ergebnisse jahrzehntelanger, unter Einsatz gewaltiger Mittel betriebener sogenannter Entwicklungspolitik der entwickelten Länder in der Dritten Welt mit ihren wechselnden Schlagwörtern vor Augen führt und damit vergleicht, was in den betreffenden lateinamerikanischen Ländern in wenigen Jahren erreicht worden ist.

Um beim Beispiel Bolivien zu bleiben: Bolivien ist auch fünf Jahre nach dem Wahlsieg von Evo Morales ein ökonomisch unterentwickeltes, in vieler Hinsicht abhängiges Land geblieben, ein Land, in dem mehr als 45% der Bevölkerung zu den Armen gehören, in dem kapitalistische Ausbeutung nicht überwunden ist. Kann das überraschen? Aber der Staat verfügt heute nach der Nationalisierung der Erdöl- und weiterer Rohstoffindustrien über 34% der industriellen Wertschöpfung gegenüber 17% beim Antritt der Regierung Morales, während das Bruttoinlandsprodukt sich in diesen Jahren verdoppelte, und setzt das erwirtschaftete Nationaleinkommen für die Entwicklung des Landes, für notwendige produktive und soziale Investitionen ein. 2011 wurden fünfmal höhere öffentliche Investitionen getätigt als 2005, fast die Hälfte davon in die Infrastruktur, was zum Beispiel in dem weitgehend wegelosen Land der Integration der einzelnen Regionen und vor allem der Landbevölkerung zugute kommt. Die Verfügung über die Wasserversorgung wurde profitgierigen ausländischen Gesellschaften entzogen, die Elektrizitätserzeugung, die Telekommunikation, die Zementindustrie wurden

²¹⁴ Álvaro García Linera, EL „Oenegismo“, enfermedad infantil del derechismo. Vicepresidencia del Estado Plurinacional, La Paz 2011.

nationalisiert und große staatliche Unternehmen, die in der neoliberalen Periode an ausländische Unternehmen verschleudert worden waren, wiederhergestellt. Die heutige Regierung weist knebelnde Handelsverträge, wie sie die USA und die EU wünschen, zurück und sucht sich ihre Handelspartner selbst, nach dem von Evo Morales formulierten Motto: „Bolivien braucht Partner, nicht Patrone“. Keine Veränderung? In diesen Jahren sind eine Million Menschen aus der extremen Armut befreit worden, die vor allem indigene Familien auf dem Lande betrifft. Die Alphabetisierung wurde vollständig erreicht. Ist das unerheblich? Landbesitz wurde auf 5 000 ha begrenzt, wenn auch bestehender Großgrundbesitz auf Grund des bestehenden Kräfteverhältnisses zunächst nicht angetastet wird; das ist zumindest eine Bremse gegen die weitere Aneignung von Kleinbauern- und Gemeindebesitz und den Aufkauf von Ländereien durch ausländische Unternehmen. Indigene Territorien, indigener Gemeindebesitz, immer angefochten und gefährdet in der Vergangenheit, wurden bestätigt und verbrieft. Alles wie bisher? In diesen Tagen werden in Bolivien die obersten Organe der Rechtspflege, ein Bollwerk der Reaktion und eins der Haupthindernisse bei der Verwirklichung der verfassungsmäßigen Neuordnung bisher, in allgemeinen Wahlen vom ganzen Volke gewählt. Ändert das nichts an den politischen Machtpositionen? Die Binnenmarktorientierung, Ansätze für die Verarbeitung der Rohstoffe im eigenen Land, die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion zur Erreichung der Nahrungsmittelsouveränität, die Preiskontrolle über Grundnahrungsmittel, alles das sind Kennzeichen nicht nur einer neuen Wirtschaftspolitik, sondern auch einer anderen Gesellschaftsorientierung. Freilich brauchen die Ansätze des Neuen Zeit, um ihre Früchte zu tragen, und viele Bolivianer drängen mit ihren Bedürfnissen auf ein schnelleres Tempo, wie es verständlich ist.

Die Rolle des Staates und Fragen der Macht

In den hier zur Diskussion stehenden Ländern kann eine Verstärkung der ökonomischen Rolle des Staates konstatiert werden. Im Gegensatz zu seinem Rückbau in der wirtschaftlichen Sphäre während der neoliberalen Periode (eine Zurückhaltung, die allerdings nie die Unterstützung der ökonomischen Interessen des Großkapitals betraf) wird ihm die Rolle eines regulierenden, planenden und demokratisch gelenkten Instruments zugewiesen.

Der Ausgangspunkt der Übergangsprozesse in den Ländern mit Mitte-Links-Regierungen ist der übernommene Staat, der zur Erfüllung seiner neuen Rolle im Transformationsprozess selbst der Transformation bedarf.

„Die Demokratie, die Menschenrechte, das Recht sind Instrumente, die benutzt worden sind, um die soziale Emanzipation zu verhindern, aber nun versuchen wir sie unter bestimmten Aspekten zu nutzen, um die soziale Emanzipation herzustellen. Wie kommt man zu dieser gegenhegemonialen Nutzung? ... Der Staat wird zu einem Experimentierfeld.“²¹⁵

Sowohl die Schwierigkeiten dieser Umformung als auch der inhärente Widerspruch zwischen der lenkenden und machtausübenden Rolle des Staates und der selbständigen Aktivität und Eigenverantwortung der handelnden Subjekte im Umgestaltungsprozess veranlassen manche Kräfte, den Staat überhaupt mit Misstrauen zu betrachten, die von ihm geleiteten Prozesse als „nichtoriginär“, sondern von oben initiiert unter Verdacht zu stellen oder dem Staat die ungenügende Unterstützung von Eigeninitiativen vorzuwerfen. Dies ist ein Diskussionsproblem, das auch von „antiautoritären“ Kreisen der westeuropäischen Linken, die sich in oder zu Lateinamerika betätigen, gern aufgegriffen wird.

Grundsätzlich steht fest: Angesichts der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Situation in der Welt ist nur ein starker Staat in der Lage, die Interessen der Nation und der Bevölkerung geltend zu machen. Die staatlichen Großunternehmen in wichtigen Wirtschaftszweigen sind heute die Hauptstütze der Organisation der Wirtschaft und der Mittlerwirtschaft für den Umgestaltungsprozess. Der Staat nimmt die Umverteilungspolitik in die Hand und sichert die Grundorientierung der gesellschaftlichen Entwicklung, die Entkolonisierung und den sozialen Ausgleich. Die geopolitische Konstellation macht die Sicherung der Souveränität und Unabhängigkeit jedes Landes zur erstrangigen Aufgabe. Nach wie vor liegt die wirtschaftliche

²¹⁵ Boaventura de Sousa Santos, a.a.O., S. 195/ 196.

Macht zum größten Teil, über viele Mechanismen vermittelt, in den Händen des Auslandskapitals und der mit ihnen im Inneren jedes Landes verbundenen Bourgeoisie. Die Linke darf und kann zudem nicht vergessen, dass trotz einer zunehmenden Schwächung der USA ihre militärische Macht jederzeit dazu eingesetzt werden kann, einen weiteren Machtverlust, insbesondere in Lateinamerika, zu verhindern.

Über die Rolle des Staates zu sprechen heißt heute mehr denn je, über seinen Charakter zu reden. In der Tat wirft die Nutzung des vorhandenen alten Staatsapparates für progressive Veränderungen und sein Verhältnis zur Eigenaktivität der sozialen Organisationen große Probleme auf, die seinen grundlegenden Umbau erfordern. Voraussetzungen dafür wurden durch die verfassungsgebenden Prozesse in verschiedenen Ländern geschaffen, jedoch steht die staatsrechtliche, institutionelle und organisatorische Umsetzung meist noch bevor, sie ist bekanntlich in einem demokratischen System an bestimmte Verfahren gebunden und wird von den politischen Gegnern in den Parlamenten und staatlichen Institutionen nach Kräften behindert, zuweilen auch von Kräften, die sich selbst als Linke sehen, wie in Ecuador. In Bolivien, Ecuador und Venezuela lassen sich bereits Ansätze erkennen, den Charakter des Staates im Verlaufe seiner Neukonstituierung zu verändern. Er steht auch in diesen Prozessen in einem gewissen Spannungsverhältnis zu den Konzepten und Praktiken der kommunitären Eigenständigkeit und Selbstbestimmung entsprechend den indigenen Traditionen, ein Spannungsverhältnis, das durch Abgrenzung der Kompetenzen zur unverzichtbaren gegenseitigen Ergänzung entwickelt werden kann, aber in der Gegenwart auch Konflikte hervorruft. Durch die Wiederbelebung der kommunalen Ordnung werden bestimmte Bereiche dem Machtzugriff des Staates entzogen. Ansätze zur Herausbildung einer Volksmacht sind auch in Venezuela, im konfliktreichen Verhältnis zwischen konstituierter und sich konstituierender Macht (wie Dario Azzellini das Verhältnis zwischen vorhandenen staatlichen Institutionen und revolutionären Räten der sich organisierenden Bevölkerung fasst) noch erste und widerspruchsvolle Schritte.

In Brasilien stehen die Reform des Staates und seine Neukonstituierung noch aus. Brasilianische Linke aller Strömungen sind sich aber darüber im klaren, dass eine politische Reform des Staates aktuell erforderlich ist. Gefordert werden seine Demokratisierung, die Veränderung seiner Institutionen und die direkte Beteiligung der Menschen. Besonders deutlich wird das in der Forderung nach einem „nationalen Projekt“, das die unterschiedlichsten Kräfte übereinstimmend befürworten.

Der Charakter, die Wege und die Ziele der Transformation

Immer wieder wird die Frage nach der Richtung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Prozesse in Lateinamerika aufgeworfen. Damit wird häufig die Losung vom „Sozialismus des XXI. Jahrhunderts“ verbunden, die Hugo Chávez schon 2005 in die Diskussion gebracht hat. Er entwickelte diesen Gedanken in seiner Rede auf dem Sozialforum in Porto Alegre aus der Erkenntnis, „dass es notwendig ist, den Kapitalismus zu überwinden“, da die bisherige Entwicklung zwar den Volksmassen Errungenschaften gebracht habe, noch mehr aber das einheimische Kapital stärke. Dies ist jedoch als ein weiter Blick voraus zu verstehen. In keinem Moment hat der venezolanische Staatschef die gegenwärtige Gesellschaft Venezuelas sozialistisch genannt und auch nicht nennen können.

Der X. ALBA-Gipfel in Otavalo (Ecuador) im Juni 2010 definierte als die Ziele dieses Integrationsbündnisses: Sicherung der Souveränität der Länder der Region; Aufbau eines alternativen ökonomischen Modells; Aufbau von einbeziehenden, kulturell vielfältigen und umweltbewussten Gesellschaften, die im gleichberechtigten Dialog und Austausch von Wissen und Visionen stehen.²¹⁶

Die gegenwärtigen Veränderungsprozesse sind noch nicht klar als Systemablösung definiert. Sie richten sich auf „eine andere Gesellschaft“, in der mehr soziale Gerechtigkeit, demokratische Beteiligung, sozialstaatliche Verantwortlichkeit und neue Wertvorstellungen erreicht werden.

²¹⁶ Vgl. Declaración de Otavalo, X Cumbre de Jefes de Estado y de Gobierno de la Alianza Bolivariana de los Pueblos de Nuestra América (ALBA) y el Tratado de Comercio de los Pueblos (TCP), 25 de junio de 2010.

Unbestimmt bleibt, ob damit in der Zukunft die Loslösung aus dem kapitalistischen System verbunden sein muss. Das entspricht auch der sozialen, politischen und ideologischen Vielfalt der gegenwärtig wirkenden Fortschrittskräfte, die ihre gesellschaftlichen Erfahrungen sammeln und ihre Reifeprozesse durchmachen müssen.

Während eines kürzlich in Rio de Janeiro durchgeführten Seminars „Linksregierungen – Die Regierungen und die Wege zum Sozialismus“ wurde erklärt, dass Lateinamerika sich in einem progressiven, antiimperialistischen und demokratischen Zyklus befindet, der als Beispiel für andere Völker der Welt gelten kann. „Dieser Prozess erfasst die unterschiedlichsten politischen Erfahrungen. Wir haben es mit unterschiedlichen Kräften zu tun, aber es gibt einige gemeinsame Merkmale wie nationale Souveränität, bedeutende Beteiligung des Volkes, mehr Rechte für die Werktätigen und regionale Integration.“²¹⁷

Rafael Correa, der Präsident Ecuadors, formulierte den Inhalt der „Bürgerrevolution“ in seinem Lande als radikalen, tiefen und schnellen Wandel der bestehenden Strukturen, insbesondere der politischen Machtverhältnisse, einen definitiven Wechsel von der Macht einiger weniger Eliten, die immer im Zusammenspiel mit den ausländischen Mächten die Völker ausgebeutet haben, zur Macht der Mehrheiten, als Übergang zu wirklichen Volksstaaten – dies, sagte er, sei die große Herausforderung für Lateinamerika im 21. Jahrhundert, zumindest in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts. Alle diese Äußerungen betonen die Langfristigkeit des Wandlungsprozesses und den Übergangscharakter der gegenwärtigen Verhältnisse.

Wenn der „Sozialismus des XXI. Jahrhunderts“ als Orientierung angesehen wird, so ist der Weg dorthin noch lang und kann nur in Übereinstimmung mit den Willen der Bevölkerung beschritten werden. Eine Zeit sich vertiefender demokratischer Auseinandersetzungen wird erforderlich sein, um Veränderungen in den politischen und ökonomischen Verhältnissen, in Kultur und Bewusstsein dorthin zu führen und dauerhaft zu machen. Andererseits bedeutet diese Orientierung auch, Elemente des Sozialismus schon im kapitalistischen Umfeld zu erringen zu suchen, so in Formen des kollektiven Eigentums, in der Entfaltung der Basisdemokratie, bei der Durchführung radikaler Reformen, die von breiten Bevölkerungsschichten getragen werden. Der „Ausreifungsprozess“ kapitalistischer Verhältnisse kann bereits starke antikapitalistische Elemente enthalten. Im Transformationsprozess werden partielle Errungenschaften neue Reformen ermöglichen, die die Gesellschaft nach und nach verändern und neue gesellschaftliche Verhältnisse schaffen.

Die gegenwärtige Wirtschafts- und Sozialpolitik der Transformationsperiode lässt eine Neubelebung der Entwicklungskonzeptionen der CEPAL (UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika) aus den 50er und 60er Jahren, des Desarrollismus (von span. desarrollo = Entwicklung), erkennen. Unter neuen Vorzeichen sind Prämissen wie das Streben nach nationaler Verfügung über die Naturressourcen, der Aufbau einer eigenen industriellen Basis, Agrarreformen, die Entwicklung des Humankapitals, die regionale Integration wieder aufgenommen worden. Diesem Neo-Desarrollismus, der die demokratische, linksorientierte Variante des alten Desarrollismus aufgreift, entspricht die zentrale Rolle des Staates in der Ökonomie; die Umsetzung erfolgt jedoch in den einzelnen Ländern in verschiedenen Varianten und unter im Vergleich zu damals veränderten Bedingungen, wobei insbesondere auf das Nebeneinander von staatskapitalistischer und kommunitär-vorkapitalistischer Wirtschaft sowie die ungleich stärkere Rolle des Auslandskapitals und auf die veränderten geopolitischen und geoökonomischen Bedingungen hingewiesen werden muss. Im Widerspruch miteinander, für den Lösungen gefunden werden müssen, liegen die Industrialisierungskonzeptionen des Desarrollismus und die unabdingbare Notwendigkeit, die Zerstörung der Natur nicht weiter voranzutreiben.

Die Debatte um das Entwicklungsmodell

Die heutigen Umgestaltungsprozesse in Lateinamerika fallen in eine Epoche, da die bisherige Entwicklungsauffassung, die auf Ausbeutung der Natur basiert, zutiefst in Kritik geraten ist, weil sie die Fortexistenz der Menschheit aufs Spiel setzt. Diese Kritik hat bei einer Reihe von Intellektuellen

²¹⁷ Fundação Perseu Abramo, Seminário Governos de Esquerda – Os governos e os caminhos para o socialismo, 1.7.2011.

in den lateinamerikanischen Ländern starken Eingang gefunden, es handelt sich aber keineswegs um eine intellektuelle Debatte. Der Fortschrittsbegriff der kapitalistischen Ära wird auch von indigenen Völkern, deren Lebensweise durch die kapitalistische Modernisierung zerstört wird, nachdrücklich in Frage gestellt. Naturzerstörung, Umweltverseuchung und Raubbau an den natürlichen Ressourcen haben durch das Wirken der ausländischen Unternehmen, die sich meist nicht an Umweltgesetze halten, wie auch infolge der Armut und der Verdrängungsprozesse einen kritischen Grad erreicht. Der Bergbau und industrielle Großprojekte dringen in bisher unerschlossene Regionen – sensible Bergregionen, das Amazonasgebiet – vor, die Gentechnik dringt in die Landwirtschaft ein, das Agrobusiness bemächtigte sich der Sojaproduktion für den Export und der Produktion von sog. Agrartreibstoffen und führt zur Auslaugung der Böden und zur Vertreibung der Kleinlandwirte. Das ist eine der explosiven Problemlagen, aus denen starke soziale und Umweltbewegungen hervorgehen, und eine der wichtigsten Fragen, denen sich die Transformationsprozesse zu stellen haben. Festgestellt muss auch werden: Ohne den Druck von unten sind Lösungen nicht zu erwarten.

In die heutigen Debatten zu Lateinamerika hat jedoch unseres Erachtens eine Verabsolutierung der Forderung nach neuen Entwicklungsmodellen Eingang gefunden, die vor allem gegen die um die Lösung dieser Fragen bemühten neuen Regierungen gerichtet wird. Von ihnen werden Sofortlösungen gefordert. Dabei werden das Erbe der Vergangenheit, notwendige Zeiträume für Umorientierungen und globale Zusammenhänge völlig außer acht gelassen. Manchen Kritikern ist bereits das Wort Entwicklung obsolet, ohne dass ihr Inhalt, wie er in den lateinamerikanischen Ländern heute auf der Tagesordnung steht, definiert wird – er umfasst bekanntlich weitaus mehr als das ökonomische Wachstum. Die (ererbte) auf Rohstoffexport basierende, als „Extraktivismus“ bezeichnete Erwirtschaftung der benötigten finanziellen Ressourcen - andere Quellen stehen in der unmittelbaren Gegenwart meist nicht zur Verfügung -, das Wirtschaftswachstum überhaupt werden unterschiedslos, ohne Differenzierung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, gebrandmarkt, ohne dass realistische Alternativen für die ökonomische und soziale Entwicklung aufgezeigt werden. Die Rechte bedankt sich für die Stichwörter und mutiert zum glühenden Verteidiger der Natur. Vergessen wird oder sogar als Zweideutigkeit diffamiert, dass zum Beispiel gerade die bolivianische Regierung in der Klimadebatte eine hervorragende und konsequente mobilisierende Rolle gespielt und diese Problematik aus den Konferenzräumen der Staatenvertreter in die weltweite soziale Bewegung eingebracht hat. Die Dringlichkeit dieser Probleme wurde dabei sichtbar gemacht. Aber schnelle Ergebnisse bleiben aus. Die Kritiker übergehen die Blockadehaltung der wichtigsten Industriestaaten, der Hauptverantwortlichen für den übersteigerten Ressourcenverbrauch, dafür werden jene Länder angeklagt, die, ohne eine „nachholende“ Entwicklung anzustreben, doch das Recht in Anspruch nehmen müssen, sich aus der Unterentwicklung zu lösen. Die Adressaten der Kritik sind falsch gewählt. Von den schwächsten Ländern kann nicht die Vorreiterrolle gefordert werden.

Die Forderung nach einem Ressourcen- und Technologietransfer aus den Industrieländern zur Bewältigung der Anforderungen des Klimawandels, im globalen Interesse unerlässlich, stößt dort auf Verweigerungshaltung. Hier ergeben sich neue innergesellschaftliche und internationale Konfliktpotentiale.

Unbestreitbar ist jede industrielle Entwicklung und Rohstofferschließung mit Naturzerstörungen und Raumforderungen verbunden, doppelt fühlbar in Ländern, wo indigene Territorien bereits immer wieder eingeschränkt und auf bisher ungenutzte Gebiete verdrängt wurden. Selbst bei Einsatz ressourcensparender Technologien – die in diesen Ländern meist nicht verfügbar sind – werden Umweltschäden durch Bergbau- und Industriestandorte, durch große Infrastrukturprojekte verursacht. Nach den neuen Verfassungen Venezuelas, Ecuadors und Boliviens haben die indigenen Bewohner das Recht, über Industrie- oder Bergbauprojekte, Infrastrukturmaßnahmen und ähnliche Vorhaben auf ihrem Territorium mitzuentcheiden und an dem Gewinn beteiligt zu werden. Diese Vorab-Konsultationen werden jedoch nicht immer eingehalten, wie jetzt in Bolivien beim geplanten Bau einer 600 km langen Trasse fühlbar wird, die die Departements Beni im Norden und Cochabamba in Zentralbolivien verbinden soll, unter Durchquerung eines bisher fast unberührten Urwaldgebietes und indigenen Siedlungsgebietes. Zwischen divergierenden Interessen ist zu vermitteln, Beeinträchtigungen sind zu kompensieren, ausländische Organisationen mischen sich ein und der Weg des Dialogs stößt auf beiden Seiten auf Verhärtungen, so dass der Konflikt heute die ganze Nation erschüttert.

In Ecuador entstand aus den Protesten der Anwohner und Umweltaktivisten die Idee, im Yasuní-Nationalpark das dort lagernde Erdöl nicht weiter zu fördern, sondern im Boden zu lassen und den ecuadorianischen Staat, dessen Haushalt zu 60% von den Erdöleinnahmen abhängt, für die entgangenen Gewinne zumindest teilweise durch einen zu bildenden internationalen Fonds zu entschädigen – eine hervorragende Initiative, die hohes internationales Lob fand. Yasuní, in der Guaraní-Sprache „Heilige Erde“, im „Mittelpunkt der Erde“ am Äquator gelegen, ein Gebiet von fast einer Million Hektar, gehört zu den artenreichsten der Erde, es nimmt eine besondere Stellung in der erdgeschichtlichen Entwicklung ein und ist von indigenen Gemeinschaften bewohnt, die in freiwilliger Isolation leben. Aber dort befinden sich 20% der Erdöllagerstätten Ecuadors, bestätigt sind gegenwärtig 846 Mill. Barrel, was einem geschätzten Wert von etwa 9 Mrd. Dollar entspricht. Nach 40 Jahren Erdölgewinnung in diesem Gebiet durch das US-Unternehmen Texaco (heute Chevron), die zu großen Verseuchungen von Boden und Wasser geführt hat, wurde durch die Regierung Correa 2007 ein Fördermoratorium erklärt, im Rahmen eines Planes, innerhalb von 13 Jahren zu erneuerbaren Energien überzugehen. Es ist einer der wenigen konkreten Schritte in großem Maßstab in der Welt gegen die Klimakatastrophe. Doch die Einzahlungen in den Treuhandfonds, der bei der UNO (UNDP) eingerichtet wurde, fließen trotz internationaler Versprechungen spärlich. Ecuador hat die Zeitvorgabe für die Aufrechterhaltung des Moratoriums mehrfach verlängert, gelangt aber jetzt an die Grenze seiner Hoffnungen. Wenigstens 100 Mill. Dollar sind bis Ende 2011 erforderlich, um die Tragfähigkeit der Initiative zu beurteilen. Gegenwärtig sind nicht mehr als 40 Mill. Dollar tatsächlich eingezahlt. Es handelt sich hier nicht um Spenden, sondern um Kompensationszahlungen an ein souveränes Land, das sogar die Hälfte der Einbußen selbst zu tragen bereit ist. Der Deutsche Bundestag hat bereits 2008 mit parteienübergreifender Übereinstimmung (außer der FDP) eine Beteiligung der Bundesrepublik beschlossen, in Gesprächen wurden 40 Mill. Euro jährlich erwogen; aber unter der schwarz-gelben Regierung negiert Entwicklungsminister Dirk Niebel diese Zusage, obgleich die Einrichtung des Treuhandfonds bei der UNO und die Aufnahme eines deutschen Vertreters in das Direktorium der Initiative Forderungen gerade der Bundesrepublik waren, die umgesetzt wurden. Man wolle keinen Präzedenzfall für Kompensationsforderungen schaffen, heißt es, und auch die Dauerhaftigkeit des Förderverzichts wird angezweifelt, obgleich gerade das durch den geschaffenen Treuhandfonds abgesichert ist. Rettungsschirme für Banken lassen sich offenbar schneller aufspannen.

Die Regierung Correa droht damit, die Erdölförderung wiederaufzunehmen, hat aber auch eine Verlängerung des Moratoriums erwogen, während die indigenen Bewohner dieses Territoriums eine Fortsetzung der Produktion auf keinen Fall dulden wollen. „Wir meinen, dass das Projekt Yasuní viel mit der Ethik zu tun hat. Es wird vom Schutz der Umwelt, der indigenen Gemeinschaften, und vom Kampf gegen die Umweltverseuchung gesprochen, aber die entwickelte Welt geht ziemlich heuchlerisch mit dieser Ethik um“, lautet die Meinung, die sich ecuadorianische Umweltaktivisten gebildet haben.²¹⁸ Andere aber erklären die Regierung Correa für wortbrüchig.

Die Lösung des Problems der Armut, der Umgang mit der Natur, der Ausgleich des Nord-Süd-Verhältnisses, die von jeder Unterdrückung freie Gestaltung der Geschlechterverhältnisse, alles das sind Erfordernisse, die über den Kapitalismus hinaus weisen, aber sie verlangen darüber hinaus, die neue Gesellschaft vor allem als ein anderes Zivilisationsmodell, als eine andere Wirtschafts-, Lebens- und Verhaltensweise zu gestalten. Neue Blicke dafür ergeben sich aus den Werten und Praktiken der indigenen Welt: aus den Werte der kommunitären Demokratie und Horizontalität, der Autonomie als Impuls, der schöpferische Kräfte freisetzt, dem Ideal des Buen Vivir, das vielen Vorstellungen alternativen und sozialistischen Denkens auch bei uns gar nicht so fremd ist.

Um mit B. de Sousa Santos zu sprechen: „Wir haben es mit einer zivilisatorischen Debatte zu tun, und alle solche Debatten dauern Jahrzehnte. Wir rechnen mit der Zeitskala des Menschen, die nicht der sozialen und historischen Zeitskala entspricht. Es gibt eine große Anzahl von Übergangsprozessen, die länger dauern, als wir uns vorstellen können.“²¹⁹ Doch unbegrenzte Zeit

²¹⁸ Die Umweltaktivistin und Bevollmächtigte des Umweltministeriums Ecuadors, Yvonne Baki, während ihrer Europareise im Juli 2011 im Interview, in: Antonio Rondón, Yasuní-ITT: un voto por la ética medioambiental, Prensa Latina v.4.Juli 2011.

²¹⁹ B. de Sousa Santos, a.a.O., S. 196.

steht der Menschheit nicht mehr zur Verfügung.

Regierungen, Parteien und soziale Bewegungen heute

Über das Verhältnis von linken Parteien und sozialen Bewegungen wurden bereits in der Vergangenheit eine Flut von Konferenzen abgehalten und Berge von Papier beschrieben.

Motor des Kampfes breiter Volksschichten für ihre Lebensinteressen ist die Gesamtheit der Linkskräfte Lateinamerikas. Die Bildung linksgerichteter Regierungen ist Ergebnis des Kampfes weitgefächerter sozialer Bewegungen und einer pluralen Linken mit ihren vielgestaltigen politischen Orientierungen und Organisationsformen.

Die Respektierung der realen Vielfalt und ihre Verteidigung als unverzichtbares Gut – entgegen dem Zwang zur Unterordnung unter fremde Modelle - wird als Voraussetzung für das Zusammenwirken sowohl im Maßstab jedes Landes als auch im regionalen Rahmen angesehen, eine Losung, die eine enorme Sprengkraft entwickelt und auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften wirkt und besonders in den ethnisch heterogenen Gesellschaften auch zeitweilige Schwierigkeiten und Spannungen hervorruft.

Mehrheitlich streben sowohl die politische wie auch die soziale Linke eine alternative Gesellschaft zum Kapitalismus an, die vornehmlich über tiefgehende Reformprozesse erreicht werden soll. Aber die Umsetzung einer alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist eine gewaltige Aufgabe und stößt auf enorme Schwierigkeiten.

Die progressiven Regierungen Lateinamerikas, die unter unterschiedlichen politischen Kräfteverhältnissen ihr Amt angetreten haben, haben ein schweres Erbe übernommen. Die Faktoren, die die Proteste der Massen hervorgebracht haben und Millionen Wähler zum Votum für linke Politik geführt haben – die verzweifelten Lebensverhältnisse, die Delegitimierung der politischen Apparate, die Verletzung der nationalen Würde –, wirken jetzt als Entwicklungsschranken und behindern die Handlungsfähigkeit. Es dürfte kaum verwunderlich sein, dass nicht alle diese Übel nach einer vollen Regierungsperiode eines linken Präsidenten schon überwunden sind. Es gibt neue Verfassungen, aber es fehlt die Umsetzung im von alten Kräften beherrschten juristischen System und in den ökonomischen Verhältnissen. Zwischen der Amtsübernahme neuer Regierungskräfte und der Herausbildung neuer politischer Machtverhältnisse kann kein Gleichheitszeichen gesetzt werden, und es fehlt noch weitgehend die ökonomische Basis für die Herausbildung neuer gesellschaftlicher Beziehungen. Alles das bildet ein weites Feld für Konflikte auch innerhalb der progressiven Kräfte und in ihrer Massenbasis. Diese Auseinandersetzungen nehmen in der letzten Zeit zu. Die Kräfte differenzieren sich ihren jeweiligen konkreteren Interessen entsprechend.

Auch in Lateinamerika gibt es eine Distanz zwischen Diskurs und Realität, es gibt Fälle von Korruption in den Regierungsparteien, Vernachlässigung von Wahlversprechen unter dem Druck von Schwierigkeiten und ungünstiger Kräfteverhältnisse, unterschiedliche Einschätzungen zwischen Regierung und sozialen Bewegungen, was die Dringlichkeit bestimmter spezifischer Anliegen betrifft, und nicht immer funktioniert der Dialog zwischen ihnen. Aber auch soziale Bewegungen, auch indigene Kräfte ziehen nicht immer am gleichen Strang.

Dieses insgesamt widersprüchliche Bild verweist erneut auf die Langfristigkeit der Veränderungen, die angestrebt werden. Demgegenüber gibt es jedoch überall einen starken Druck von unten zur Beschleunigung von Veränderungsprozessen, der nicht immer den realen Kräfteverhältnissen Rechnung trägt, im ganzen aber zwar unbequem, jedoch notwendig ist, und es stellt sich erneut, unter den veränderten Bedingungen, die Frage nach dem Verhältnis von Parteien, jetzt an der Spitze von staatlichen Institutionen, und sozialen Bewegungen.

Die regierungstragenden Parteien, in den Anfängen der Umbruchprozesse zuweilen als zu starr, als wenig attraktiv, als überholt angesehen, entwickeln ihre politischen Gestaltungspotentiale und erscheinen auf der jetzigen Stufe der Entwicklung im Vorteil gegenüber den Bewegungen, die ihre Kraft in Mobilisierungen hingeben. Viele Aktivisten befürchten eine Schwächung sozialer Bewegungen und damit die Gefährdung der Reformprozesse. Kritisch werden solche Regierungen beurteilt, die – wie teilweise in Ecuador - es bisher nicht verstehen, eine konstruktive Beziehung zu den sozialen Bewegungen herzustellen. Als problematisch und ungelöst schätzt der

ecuadorianische Ökonom und Aktivist der sozialen Bewegungen Alberto Acosta, ehemals Minister für die Erdölindustrie und Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung, bis er von diesem Amt zurücktrat, das Verhältnis zwischen Regierungen und sozialen Bewegungen ein: „Groß ist das Risiko für die Übergangsprozesse durch wenig kooperative Regierungen, die nicht versuchen, Beziehungen und Allianzen mit jenen Bewegungen herzustellen, die es ermöglichen, geschichtliche Fortschritte zu machen“, sagte er auf einem Seminar in Quito.²²⁰

Die Option für eine desarrollistische Politik mit dem Schwerpunkt Überwindung der Abhängigkeit und Unterentwicklung wird nicht von allen bisherigen Protagonisten gutgeheißen und führt zu Konflikten und Auseinandersetzungen, die auch die Beziehungen zwischen Regierung und Basis betreffen. Manche linke Parteien und auch soziale Bewegungen lehnen eine Politik des Desarrollismus ab. Nach ihrer Auffassung konserviert eine desarrollistische Politik die aktuellen kapitalistischen Verhältnisse, negiert nachhaltige Umweltpolitik und setzt die extraktivistische Exportwirtschaft fort. In den Andenländern steht für indigene Bewegungen die Hinwendung zu den Traditionen des „Buen Vivir“ und zur Förderung kommunitärer Lebensformen im Vordergrund.

Linksgerichtete Regierungen sind trotz mancher Missgriffe bemüht, ihre Politik in Übereinstimmung mit den Forderungen ihrer Protagonisten zu verfolgen. Dies zeigt schon der häufige Rückgriff in verschiedenen Staaten auf die Konsultation der gesamten Bevölkerung, auf Referenden zur Entscheidung von Streitfragen über das weitere Vorgehen. Von der weiteren Mobilisierung breiter Volksschichten wird es abhängen, ob die eingeleiteten Prozesse vertieft werden können. Eine Gegenüberstellung von sozialen Bewegungen, Linkskräften und Regierungen, wie es in Kreisen der europäischen Dritte-Welt-Aktivisten zuweilen geschieht, ist unproduktiv. Auftretende Probleme können nur in konstruktiver Auseinandersetzung gelöst werden. Bestrebungen in einzelnen Ländern, übergreifende politische Bündnisse zu erreichen, in denen Parteien, soziale Bewegungen und Linksregierungen gemeinsam agieren, werden von vielen Kräften als politisches Ziel unterstützt. Viele Beispiele belegen die Möglichkeit, breitere Volkskräfte in politische Prozesse einzubeziehen und die demokratische Partizipation von unten zu verstärken. Während sich zum Teil Koordinationsorgane der verschiedenen sozialen Bewegungen herausgebildet haben, ist jedoch die Schaffung regulärer Mechanismen eines kontinuierlichen Dialogs zwischen ihnen und den Regierungen, vielleicht bis auf die Arbeitsweise der Frente Amplio in Uruguay, in Ansätzen auch die Schaffung des „Paktes der Einheit“ (Pacto de Unidad) zwischen der Regierung und den wichtigsten sozialen Organisationen in Bolivien, bisher zurückgeblieben.

Die regionale Integration und die internationalen Wirkungen der Veränderungsprozesse

Die Bedeutung der neuen Tendenzen in der Entwicklung lateinamerikanischer Länder wird unseres Erachtens vor allem deutlich, wenn sie in der Gesamtheit des Kontinents betrachtet werden. In ihrem Gesamtzusammenhang gesehen sind die in Lateinamerika sich vollziehenden Veränderungen gewichtiger als die Veränderungen in jedem einzelnen der Länder. Verstärkt wird diese Tendenz noch durch die Notwendigkeit für alle Länder des Kontinents, sich gegen die Auswirkungen der Krise des Kapitalismus zur Wehr zu setzen. Diese Krise, so kann man feststellen, trägt auch besonders dazu bei, noch vorhandene Illusionen über die Europäische Union abzubauen und verstärkt nach eigenen Wegen zu suchen.

Vor allem für die Länder mit linksgerichteten Regierungen beginnt die regionale Integration, in der Vergangenheit so oft angestrebt und so oft für gescheitert erklärt, politisch wie wirtschaftlich mehr und mehr an Bedeutung zu gewinnen. Ohne die USA und unter Einbeziehung Kubas, ermöglicht es die regionale Integration, Ansätze einer eigenständigen Handels- und Finanzpolitik in Angriff zu nehmen, auch wenn verschiedene Integrationsbündnisse noch keinen alternativen Charakter haben und auch die ALBA unter Schwierigkeiten voranschreitet.

Auch diese Prozesse verlaufen keineswegs gradlinig und ohne Hindernisse, und sie brauchen Zeit. Schnelle Wendungen, neue Anläufe und langwierige Diskussions- und Reifeprozesse wechseln einander ab, Rivalitäten untereinander, Verteilungskonflikte und ökonomische Verwerfungen, besonders unter den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, sind dabei nicht ausgeschlossen. Alles das schafft auch Boden für Konflikte im Inland, für unterschiedliche

²²⁰ Alberto Acosta, in: Demokratie, Partizipation und Sozialismus ..., a.a.O., S. 181.

Einschätzungen und Prioritäten, Kritik an den Regierungen und Enttäuschungen.

Die lateinamerikanische Diplomatie, die Diversifizierung der Wirtschaftsbeziehungen haben unter den neuen Konstellationen einen schnellen Aufstieg genommen. In den Außenhandelsbeziehungen verschiedener Länder Lateinamerikas hat China den ersten Platz erobert. Viele Investitionen, nicht nur zur Erschließung von Rohstoffvorkommen, sondern auch zur Entwicklung verarbeitender Industrien und in der Infrastruktur, werden von China übernommen. Die Verbindungen, die lateinamerikanische Länder mit der arabischen Welt, mit Afrika, mit Indien geknüpft haben, betreffen sowohl die politische als auch die ökonomische Ebene und beginnen ihre Wirkungen zu zeigen. Besonders die Entwicklung in einigen arabischen Ländern weist Parallelen zur Situation in Lateinamerika auf, die von beiden Seiten erkannt und in konkrete Politik umgesetzt werden kann. Auf dem internationalen Parkett treten die progressiv regierten lateinamerikanischen Staaten heute weitaus aktiver auf und initiieren ein internationales Zusammenwirken der Länder der Dritten Welt.

Damit ist eine relative Schwächung des US-amerikanischen Einflusses auf Lateinamerika verbunden; auch wenn dieser immer noch über die verschiedensten Instrumente übermächtig ist, gibt es in den meisten Ländern keine schweigende Akzeptanz der Einmischung und Missachtung der Souveränität mehr. Die Stärkung der nationalen Souveränität ist eine wesentliche Triebkraft und Grundlage für die Einbeziehung weiterer Kräfte, so auch Militärs, in progressive, demokratische Prozesse. Die Gestaltung der Beziehungen zu den USA bleibt jedoch eine zentrale Frage auch für die progressiven Regierungen. Hoffnungen auf eine neue Ära der Beziehungen unter Obama wurden schnell begraben. Die unter Hillary Clinton entwickelte „smart power“, die „intelligente“ Kombination von militärischen, diplomatischen und Instrumenten der Entwicklungspolitik sowie die Differenzierungsversuche der USA-Politik gegenüber den einzelnen Ländern, von der US-Außenministerin selbst als „eine unserer wichtigsten Waffen in unserem außenpolitischen Instrumentarium“ bezeichnet, hat bereits genügend Erfahrungen bei den neuen Regierungen erbracht, von wirtschaftlichen Drangsalierungen über die Anstiftung von Putschversuchen bis zur Diversion mittels CIA-Aktivitäten und USAID. Damit sind auch Fragen der Beziehungen zu den Streitkräften, die anstehenden Reformen der Polizeikräfte, die Bekämpfung des Drogenhandels, des Schmuggels und Probleme der Grenzsicherung verbunden, also Probleme und Aufgabenstellungen, die tief in die inneren Prozesse eingreifen.

Mit den USA zu verhandeln oder erträgliche Beziehungen zu pflegen kann nicht als „Paktieren“ oder „Rechtswendung“ diffamiert werden. Eine selbstbewusste, aber für einvernehmliche Lösungen offene Haltung ist erforderlich gegenüber einer Macht, die man mit Prinzipien nicht wegdiskutieren kann, sondern die in vieler Hinsicht die konkreten Bedingungen der Umgestaltungsprozesse beeinflusst.

Die Entwicklung in Lateinamerika steht unter den Herausforderungen, die die grundsätzlichen Probleme der Zukunft der Menschheit heute aufwerfen. Das verbindet uns hier in Europa mit jenen Kräften, die in Lateinamerika um den gesellschaftlichen Wandel ringen. Nicht nur ein Systemwechsel, sondern den Übergang zu einem neuen Zivilisationsmodell ist erforderlich. Diese Probleme komplizieren den Weg, aber treiben auch voran, weil sie sowohl Brüche als auch neue, schöpferische Lösungen verlangen – die Weltkonferenz der Völker in Cochabamba hat dies am Beispiel der Klimakrise demonstriert. Im Herangehen an diese Aufgaben gibt es hier wie dort Nachholebedarf, wie B. de Sousa Santos zutreffend feststellt: „Was wir brauchen, ist nicht nur die Entwicklung von Alternativen, sondern wir brauchen ein anderes Denken, aus dem sich Alternativen ableiten lassen. Das ist eine Aufgabe der Zukunft, denn dieses alternative Denken existiert noch nicht, ich jedenfalls sehe es nicht.“²²¹

Linke Parteien und Bewegungen in Europa, und jene Kräfte, die sich in Lateinamerika für einen gesellschaftlichen Wandel mühen, ob in sozialen Bewegungen, linken Parteien oder Regierungen, kämpfen unter unterschiedlichen Bedingungen, aber für Ziele, die nicht weit auseinander liegen. Informations- und Erfahrungsaustausch und eine Diskussion von Gesichtspunkten und Einschätzungen, die nicht einseitig ausfallen sollte, sind nötig, und manche Erfahrungen, die dort gemacht werden, können auch für uns sehr aufschlussreich sein. Auch in vielen Fragen der

²²¹ B. de Sousa Santos, a.a.O., S. 195.

internationalen Entwicklung kann die Linke Europas in Lateinamerika Gemeinsamkeiten und Unterstützung für ihre Positionen finden. Bisher werden unseres Erachtens die Möglichkeiten der Zusammenarbeit bei weitem nicht ausgeschöpft.

So gewiss, wie idealisierende und revolutionsromantische Vorstellungen über die Kämpfe in Lateinamerika fehl am Platze sind, so gewiss dürfen wir uns nicht durch kurzsichtige Kritik, belehrende Rechthaberei oder Intoleranz gegenüber anderen Standpunkten und Ungeduld in unserer Erwartungshaltung gegeneinander stellen lassen.

